# Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier

Herausforderungen und Perspektiven für ostdeutsche Großwohnsiedlungen



Herausgeber: StadtumMig-Projektteam



### **Impressum**

#### Vom Stadtumbauschwerunkt zum Einwanderungsquartier

Herausforderungen und Perspektiven für ostdeutsche Großwohnsiedlungen

Herausgeber: StadtumMig-Projektteam

Januar 2023

#### Verbundpartner im Projekt

- Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) Projektkoordination
- Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR)
- Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)
   (Humboldt Universität zu Berlin)
- Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH (B.B.S.M.)
- Landeshauptstadt Schwerin
- Stadt Cottbus / Chóśebuz
- Stadt Halle (Saale)

Projektteam: PD Dr. habil. Matthias Bernt (IRS), Dr. Madlen Pilz (IRS), Dr.-Ing. Stefanie Rößler (IÖR), Dr.-Ing. Katja Friedrich (IÖR), Dr. Nihad El-Kayed (BIM), Anna Wiegand (BIM), Leoni Keskinkılıç (BIM), Vojin Šerbedžija (BIM), Dr. Heike Liebmann (B.B.S.M.), Dr. Anne Volkmann (B.B.S.M.), Carla Kienz (B.B.S.M.), Ulrike Milstrey (B.B.S.M.), Reinhard Huß (Landeshauptstadt Schwerin), Dr. Hiram Fernandes (Landeshauptstadt Schwerin), Dr. Stefanie Kaygusuz-Schurmann (Stadt Cottbus / Chóśebuz), Doreen Mohaupt (Stadt Cottbus / Chóśebuz), Uwe Weiske (Stadt Halle (Saale)), Dr. Steffen Fliegner (Stadt Halle (Saale))

Autor\*innen: Matthias Bernt (IRS), Yağmur Dalga (BIM), Hêlîn Demirkol (BIM), Nihad El-Kayed (BIM), Hiram Fernandes (Landeshauptstadt Schwerin), Katja Friedrich (IÖR), Leoni Keskınkıliç (BIM), Carla Kienz (B.B.S.M), Madlen Pilz (IRS), Stefanie Rößler (IÖR), Vojin Šerbedžija (BIM), Anne Volkmann (B.B.S.M.), Anna Wiegand (BIM)

Redaktion: Anne Volkmann (B.B.S.M.), Carla Kienz (B.B.S.M.)

Gestaltung und Layout: Vivienne Graw (B.B.S.M.), Clara von den Driesch (B.B.S.M.)

Unter Mitarbeit von: Tabea Danke (IÖR), Hiram Fernandes (Landeshauptstadt Schwerin), Reinhard Huß (Landeshauptstadt Schwerin), Stefanie Kaygusuz-Schurmann (Stadt Cottbus / Chóśebuz), Sara Köhler (Stadtteilmanagement Quartier 63, Schwerin), Anne-Katrin Schulz (Stadtteilmanagement Quartier 63, Schwerin), Luis Schwarzenberger (IÖR), Marc Steinbach (Mecklenburgisches Staatstheater GmbH)

DOI: https://doi.org/10.18452/25294

**Zitiervorschlag:** StadtumMig-Projektteam (Hrsg.) (2023): Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier. Herausforderungen und Perspektiven für ostdeutsche Großwohnsiedlungen. DOI: 10.18452/25294.

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz. Weitere Informationen finden Sie unter https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/.

Das Forschungsprojekt "Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier? Neue Perspektiven für periphere Großwohnsiedlungen (StadtumMig)" wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Förderkennzeichen: 01UR1802A-E, Laufzeit: 05/2019-09/2022



Dieses Handbuch gibt die Auffassung und Meinung des Zuwendungsempfängers wieder und muss nicht mit der Auffassung der Zuwendungsgeber übereinstimmen.

Besuchen Sie unsere Projektwebseite: www.stadtummig.de

# Inhaltsverzeichnis

ΤΙ	mattsverzeichnis		(Zusammen)Leben im Quartier	55
	Einleitung	5	(Zusammen)Leben - Zugänge	
	Vom Stadtumbauschwerpunkt		und Ausschlüsse im Quartier	55
	zum Einwanderungsquartier	5	Die zwei Seiten der Infra-	
	Herausforderungen für Großwohnsiedlungen als		strukturen: Unterstützung und eingeschränkte Teilhabe	61
	Einwanderungsquartiere	6	Grafiken: (Zusammen)Leben	
	31,		im Quartier	65
	die Entwicklung ostdeutscher Großwohnsiedlungen	10	Vignetten: Bleibeperspektiven, Anfeindungen,	
	Die untersuchten Großwohnsiedlungen:	12	Unterstützungsstrukturen	66
	□ Schwerin - Mueßer Holz & Neu Zippendorf	14	Zuwanderung als kommunales Handlungsfeld	69
	□ Halle (Saale) - Südliche Neustadt	18		
	□ Cottbus - Sandow	22	Zuwanderung als kommunales Handlungsfeld. Strukturen,	
	Wohnungsmarkt	25	Akteure und Kooperationsformen	69
	Wo wohnen Geflüchtete und warum?	25	Interview mit Dr. Stefanie Kaygusuz-Schurmann	77
	Vignetten: Ankommen & Wohnungssuche	33	Zeitliche Entwicklung der kommunalen Integrationsarbeit in Schwerin	80
	Grafiken: Wohnungsmarkt	34	Dranbleiben – POST63	81
	Räume & Infrastruktur	39	Grafiken: Zuwanderung als	
	Voraussetzungen öffentlicher Räume als Orte für Begegnungen		kommunales Handlungsfeld	85
	und Aneignung	39	Vignette: Mehrsprachigkeit	86
	Interview mit Reinhard Huß zu den Erfahrungen mit		Ausblick	89
	Gartenprojekten in Schwerin	47		
	Grafiken: Räume & Infrastruktur	50		
	Begegnungsraum Keplerplatz	52		





### Autor\*innen:

Matthias Bernt, Nihad El-Kayed, Katja Friedrich, Leoni Keskınkıliç, Madlen Pilz, Stefanie Rößler, Vojin Šerbedžija, Anne Volkmann, Anna Wiegand

# Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier

Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier – das ist der Titel dieses Handbuchs und der Titel eines dreijährigen Forschungsprojekts. Es hat sich, im Verbund von Wissenschaft und Praxis, der Frage gewidmet, welche neuen Perspektiven sich mit dem Zuzug Geflüchteter für Großwohnsiedlungen in ostdeutschen Städten auftun.

### Forschungsfragen des Projekts

Welche politischen und strategischen Lösungen haben die Kommunen im Umgang mit der internationalen Einwanderung in den Großwohnsiedlungen entwickelt? Welche Potenziale und Probleme bergen die aktuellen Strategien?

Welche Veränderungen in Bezug auf Wohn-, Infrastruktur- und Freiraumbedarfe ergeben sich durch Fluchtmigration?

Welche Bleibeperspektiven bieten sich neuen geflüchteten Bewohner\*innen der Quartiere?

Wie kann die Integration von geflüchteten Bewohner\*innen im Sinne von Teilhabemöglichkeiten und sozialen Kontakten auf Quartiersebene erleichtert werden? Welche Hemmnisse stehen dem entgegen?

Welche Formen der Kooperation und Koordination sind in diesem Prozess zwischen öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu erkennen?

Inwiefern trägt die internationale Einwanderung von Migrant\*innen in die "Stadtumbauviertel" langfristig zu deren Transformation in Ankunftsquartiere bei?

Seit der Wiedervereinigung sind die meist an den Stadträndern liegenden, Großwohnsiedlungen von tiefgreifenden ökonomischen, sozialen und demographischen Veränderungen betroffen. Diese Gebiete waren lange durch Bevölkerungsverluste und den Stadtumbau, insbesondere den Rückbau von Wohngebäuden und Infrastruktureinrichtungen, charakterisiert. Seit 2014 haben sich die Vorzeichen für ihre Entwicklung jedoch stark verändert. Durch den Zuzug von Geflüchteten diversifiziert sich die Bewohner\*innenschaft in den Gebieten bei z. T. wieder steigender Bevölkerungszahl und die Kommunen stehen vor der Herausforderung, die einstigen Stadtumbauquartiere nun als Einwanderungsquartiere weiterzuentwickeln.

In diesem Handbuch werden die Ergebnisse des Forschungsprojekts vorgestellt, Beispiele aus der Praxis in drei Kommunen sowie lokale und politische Handlungsansätze aufgezeigt und es kommen Stimmen aus den Quartieren zu Wort. Damit soll all denjenigen ein Einblick in die Potenziale und Herausforderungen dieser Quartiere gegeben werden, die im beruflichen Kontext,

durch ehrenamtliches und politisches Engagement, als Bewohner\*innen und lokal Aktive an deren Entwicklung teilhaben. Ein Erfahrungsaustausch zwischen all diesen Akteuren ist ein wichtiger Baustein für die Entwicklung der Quartiere. Hierzu will das Handbuch einen Beitrag leisten.

# Herausforderungen für Großwohnsiedlungen als Einwanderungsquartiere

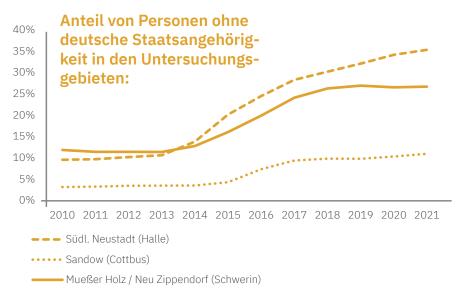
Die ostdeutschen Großwohnsiedlungen verändern durch den Zuzug Geflüchteter grundlegend ihren Charakter – und dies geschieht nicht zum ersten Mal in ihrer etwa 50-jährigen Geschichte. Nach 1989 waren es vor allem Abwanderung und Alterung der Bevölkerung, die das Leben in den Plattenbaugebieten und deren Erscheinungsbild prägten. Es gab viel Leerstand, Schulen und Kindertagesstätten wurden nicht mehr im bisherigen Umfang benötigt. In Reaktion auf diese Herausforderungen setzte die Bundesregierung im Jahr 2002 ein großangelegtes Städtebauförderungsprogramm zum Stadtumbau in Kraft. Dessen Anliegen war es unter anderem, den Wohnung- und Infrastrukturbestand in den Großwohnsiedlungen an die zurückgehende Bevölkerungszahl anzupassen. Ursprünglich sollte dies geschehen, indem an den Rändern der Siedlungen gezielt zurückgebaut und die zentralen Gebiete gestärkt und aufgewertet werden. Dieser Ansatz konnte allerdings nur begrenzt umgesetzt werden - insbesondere aufgrund von Privatisierungswellen bei den Wohnungsbeständen und einer damit einhergehenden erschwerten Steuerbarkeit des Rückbaus und der Aufwertungsmaßnahmen. Der Stadtumbau ist dadurch unvollständig geblieben und in vielen ostdeutschen Großwohnsiedlungen durch einen Flickenteppich geprägt, der auf der einen Seite sanierte Wohnblöcke und Infrastrukturen, neugestaltete Grünflächen und Sportangebote, neue Einkaufsmöglichkeiten und Begegnungsorte aufweist, auf der anderen Seite ungenutzte Brachflächen, leerstehende Wohnungen und Funktionsgebäude sowie unsanierte und schlecht instandgehaltene Wohnungsbestände.

In dieser Ausgangssituation haben sich die Rahmenbedingungen der Quartiersentwicklung während der vergangenen acht Jahre stark verändert. Die Großwohnsiedlungen sind von Abwanderungs- zu Einwanderungsquartieren geworden, von Rückbaubaugebieten zu Quartieren, in denen auf eine Zunahme, Diversifizierung und Verjüngung der Bevölkerung reagiert werden muss. Und sie entwickeln sich zu Quartieren, die eine große Bandbreite an Herkunftskulturen und Sprachen aufweisen. Gleichzeitig sind sie aufgrund von Segregationsmechanismen meist stärker als andere Gebiete in den Städten mit schwierigen sozio-ökonomischen Bedingungen wie Kinderarmut und hohen Anteilen von Sozialleistungsempfänger\*innen konfrontiert. Und auch die spezifischen Unterstützungs- und Beratungsbedarfe bei der neu ankommenden Bevölkerung stellen eine Herausforderung dar.

- 1 Das Städtebauförderungsprogramm "Stadtumbau Ost" wurde 2002 gestartet, 2017 mit dem "Stadtumbau West" zum "Stadtumbau"-Programm verknüpft und 2021 in das Städtebauförderungsprogramm "Wachstum und nachhaltige Erneuerung (WNE)" überführt.
- 2 Bernt, M.; Colini, L.; Förste, D. (2017): Privatization, financialization and state restructuring in Eastern Germany: The case of Am Südpark. International Journal of Urban and Regional Research 41(4): 555–571.

Bernt, M.; Milstrey, U. (2018): Quartiere auf Zeit revisited. In: Altrock, U.; Grunze, N.; Kabisch, S. (Hrsg.): Großwohnsiedlungen im Haltbarkeitscheck. Differenzierte Perspektiven ostdeutscher Großwohnsiedlungen. Wiesbaden, S. 145–168.

3 Helbig, M.; Jähnen, S. (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. WZB Discussion Paper 2018–001.



Quelle: Stadt Halle (Saale), Fachbereich Einwohnerwesen; Stadtverwaltung Cottbus/Chóśebuz, FB 33, Statistik und Wahlen; Landeshauptstadt Schwerin, Fachdienst Bürgerservice. Datenaufbereitung: Anna Wiegand.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen und die Quartiere nachhaltig, sozial gerecht und lebenswert zu entwickeln, sind Akteure auf unterschiedlichen Ebenen gefragt. Es braucht eine Weiterentwicklung stadtplanerischer Konzepte zum Umbau und zur Anpassung der Quartiere, eine adäquate Wohnraumversorgung, eine ausreichende finanzielle Ausstattung von Projekten und Initiativen vor Ort sowie eine gute Ausstattung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Es braucht Infrastrukturen und Freiräume, die für alle

zugänglich sind, aber auch gezielte Anstrengungen, um Menschen dazu zu befähigen, sich diese anzueignen, sie zu nutzen und zu gestalten. Auch eine Veränderung von Einstellungen und Gewohnheiten der Akteure in den Quartieren, in den Stadtverwaltungen und den Behörden sowie in der Politik ist notwendig, um auf die diversifizierten Bedürfnisse adäquat reagieren zu können und Gestaltungsmöglichkeiten für die neuen Bewohner\*innen zu schaffen. Letztlich bedarf es auch Veränderungen in den bundes- und landespolitischen Rahmensetzungen für lokale Integrationspolitiken.

#### Herausforderungen:

## Unsichere Finanzierung und fehlende Querschnittsorientierung von Integrationsarbeit

- Eine mangelnde Grundfinanzierung von Integrationsaufgaben führt zu Planungsunsicherheiten und wirkt destabilisierend auf die Verstetigung erfolgreicher Ansätze.
- Die ressortübergreifende Zusammenarbeit ist noch zu schwach ausgeprägt; Integration ist in den Kommunen nicht in ausreichendem Maße als Querschnittsaufgabe verankert.
- Eine mangelnde Diversifizierung des Personals erschwert das Einbringen migrantischer Perspektiven in die Verwaltungsarbeit.

#### Vielfältige Ansprüche unterschiedlicher Gruppen an Freiflächen

- Die Siedlungen verfügen über viele Grünflächen, aber es mangelt an bedarfsgerechten und multifunktionalen, sowie gleichzeitig robusten, flexiblen und offenen Freiräumen und Infrastrukturangeboten, die auch unter engen finanziellen Rahmenbedingungen funktionieren.
- Planung, Gestaltung und Nutzung öffentlicher Freiräume erfolgen häufig gruppenspezifisch. Damit ist die Nutzung öffentlicher Räume als Orte der Begegnung und Integration erschwert.

## Beeinträchtigter Ressourcenzugang durch soziale Grenzziehungen und Zugangsbarrieren

- Soziale Ein- und Ausgrenzung beeinträchtigen den Ressourcenzugang von Geflüchteten in den Quartieren. Lokale Institutionen und Ankunftsinfrastrukturen müssen weiter geöffnet werden, damit sie Geflüchteten (besseren) Zugang zu Ressourcen bieten können.
- Akteure und Einrichtungen aus Sozialarbeit und Zivilgesellschaft, die sich explizit für alle Einwohner\*innen öffnen und Position gegen rassistische und andere exkludierende Haltungen beziehen, werden in ihrer Arbeit noch nicht ausreichend gestärkt. Antidiskriminierende Haltungen müssen in allen relevanten Einrichtungen und Infrastrukturen ausgebaut und unterstützt werden.

## Mangelnde Einbindung von neu eingewanderten Bewohner\*innen in die Quartiersentwicklung

- Die mangelnde zielgruppenspezifische Ansprache von neu eingewanderten Bewohner\*innen verhindert vielfach noch deren Einbindung in das Quartier.
- Migrant\*innenselbstorganisationen müssen besser in lokale Netzwerke eingebunden werden, um ihre Position, auch gegenüber der Verwaltung und Politik, zu stärken.

#### Ungenutzte Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung

- Die Erhaltung und Weiternutzung der Großwohnsiedlungen mit ihrem Gebäudebestand, den vorhandenen Infrastrukturen und den multifunktional nutzbaren Freiflächen ist wichtig zum Erreichen übergeordneter, aber auch von den Kommunen selbst formulierter Ziele einer nachhaltigen Entwicklung.
- Die spezifischen Potenziale und mögliche Synergien mit Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung, der Begegnung oder der Selbstbefähigung werden bisher nicht ausgeschöpft.

Wohnungsversorgung ist insbesondere bei privaten Wohnungsunternehmen vielfach nicht bedarfsgerecht

- Der zum großen Teil gute und bezahlbare Wohnungsbestand sollte erhalten und weiter gepflegt werden. Die engen finanziellen Spielräume von Wohnungsunternehmen sowie die Gebäudemanagement- und Vermietungspraktiken privater Eigentümer erschweren erforderliche Anpassungen an Anforderungen wie größere Wohnungen, Barrierefreiheit und energetische Einsparbedarfe.
- Durch eine Vermietungspraxis der privaten Eigentümer\*innen, die vielfach auf Sozialleistungsempfänger\*innen ausgerichtet ist, finden sich in deren Wohnungsbeständen oft hohe Anteile von Bedarfsgemeinschaften, darunter auch viele Geflüchtete und Kinder in Bedarfsgemeinschaften. Damit gehen spezifische Wohnbedarfe einher.

Infrastrukturangebote sind wenig vielfältig und im Bereich der Kinder- und Bildungseinrichtungen unzureichend

- Neben einer i. d. R. ausreichenden und guten Grundversorgung für den täglichen Bedarf oder die Gesundheitsvorsorge mangelt es in den Quartieren an vielfältigen, attraktiven und anregenden Angeboten des Einzelhandels, der Gastronomie und kultureller Freizeitangebote.
- Kinder- und Bildungseinrichtungen reichen zum einen im Umfang und zum anderen in der Ausstattung nicht für die gestiegenen Bedarfe in den Quartieren aus. Auch die Kapazitäten der Schulsozialarbeiter\*innen sind zu gering, um mit den steigenden Zahlen an Kindern und den Herausforderungen von Diversifizierung und Armutsbelastung umzugehen.

### Ein Forschungsprojekt untersucht die Entwicklung ostdeutscher Großwohnsiedlungen

Das Forschungsprojekt "Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier? - Neue Perspektiven für periphere Großwohnsiedlungen (StadtumMig)", das mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wurde, untersuchte am Beispiel von Großwohnsiedlungen in Schwerin, Halle (Saale) und Cottbus die Potenziale und Herausforderungen, die mit einer Zuwanderung Geflüchteter in ehemalige Stadtumbauquartiere einhergehen. Der thematische Fokus lag dabei auf den lokalen Integrationspolitiken, der städtebaulichen Entwicklung und der Entwicklung von Freiräumen, den Anpassungsbedarfen bei der sozialen Infrastruktur, den Bleibeperspektiven Geflüchteter und dem Zusammenleben im Quartier sowie der Öffnung der Stadtgesellschaft gegenüber den neuen Bewohner\*innen.

### Wer war an dem Forschungsprojekt beteiligt?

In das Proiekt haben drei wissenschaftliche Institute ihre unterschiedlichen disziplinären Perspektiven eingebracht: 1) das Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS), das insbesondere die kommunalpolitische Steuerung von Integration und Stadtplanung sowie die Funktionsweisen des Wohnungsmarkts in den Großwohnsiedlungen untersucht hat, 2) das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR), welches schwerpunktmäßig Freiräume und Infrastrukturen sowie deren Nutzungen in den Blick genommen hat und 3) das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), das mit seiner Expertise im Bereich der Migrationsforschung die Zugänge und Ausschlüsse im Quartier sowie die Bleibeperspektiven untersucht hat. Gemeinsam mit den Stadtverwaltungen und mit Unterstützung von lokalen Akteuren aus den drei am Projekt beteiligten Kommunen wurden die aktuellen Entwicklungen in den Untersuchungsgebieten analysiert, Handlungsansätze ausgelotet und ein Erfahrungsaustausch initiiert. Der Transfer von Forschungsergebnissen und Praxiserfahrungen wurde durch die Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH (B.B.S.M.) unterstützt.

**Projekt**partner





Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung















### Wie war das Vorgehen bei der Untersuchung?

Um die aktuellen Entwicklungen zu analysieren und die Herausforderungen und Potenziale herauszuarbeiten, wurden in den drei Untersuchungsgebieten Interviews sowohl mit Bewohner\*innen als auch mit lokalen Akteuren und Expert\*innen aus Stadtverwaltung, Politik und Wohnungsunternehmen geführt. Daneben gab es in Schwerin eine breit angelegte Umfrage unter den Bewohner\*innen mit knapp 1.300 Befragten. In allen drei Städten wurden mit Methoden der Begehung, der Kartierungen und der teilnehmenden Beobachtung die Gebiete analysiert. Zudem haben die Projektpartner\*innen an zahlreichen lokalen Veranstaltungen teilgenommen sowie in Expert\*innen- und Transferworkshops ihre Ergebnisse und Erfahrungen untereinander und mit anderen Akteuren in den Quartieren diskutiert. Daraus entstanden unterschiedliche Produkte – neben wissenschaftlichen Fachartikeln, Beiträgen zu Policy-Papieren im Projektverbund, Vorträgen und Arbeitspapieren zum Beispiel auch ein Beteiligungskonzept für die Quartiere in Schwerin. Vieles davon kann auf der Webseite des Projekts (https://stadtummig.de/) eingesehen und heruntergeladen werden.

### Untersuchungsansätze:

Vor-Ort- Beobachtungen	Interviews mit Expert*innen aus Stadtverwaltung, Politik, Wohnungs- unternehmen & mit lokalen Akteuren	Interviews mit Bewohner*innen
Schriftliche Bewoh- ner*innenumfrage	Kartierung, Bestandsanalyse	Auswertung statistischer Daten
Teilnahme an lokalen Veranstaltungen	Auswertung von Beteiligungsforma- ten	Expert*innen- workshops, Trans- ferwerkstätten, Diskussionsveran- staltungen

### Die untersuchten Großwohnsiedlungen

Bei den im Projekt betrachteten Gebieten handelt es sich um zwischen 1960 und 1990 in industrieller Bauweise errichtete Großwohnsiedlungen. Alle drei Untersuchungsgebiete waren in den 1990er und 2000er Jahren mit erheblichen Bevölkerungsverlusten konfrontiert. Die Südliche Neustadt in Halle und das Mueßer Holz in Schwerin verloren in diesem Zeitraum etwa 50 Prozent ihrer Einwohner\*innenschaft, Sandow in Cottbus etwa ein Viertel. In der Folge waren in allen Gebieten umfangreiche Rückbaumaßnahmen vorgesehen. Diese erfolgten auch, jedoch blieb die Umsetzung hinter dem ursprünglich geplanten Umfang zurück. Eine Umsetzung von flächenhaftem Rückbau (der in Randbereichen der Gebiete in Halle und Schwerin angestrebt war), ließ sich in keinem Fall verwirklichen. Parallel zum Abriss von Wohngebäuden wurden in allen drei Gebieten soziale und gemeinwesenorientierte Infrastruktureinrichtungen geschlossen und teilweise abgerissen. Das betraf vor allem Schulen und andere Kinderbetreuungseinrichtungen, für die aufgrund der zurückgehenden und alternden Bevölkerung kein Bedarf mehr gesehen wurde.

In der Folge sind nicht nur die Infrastrukturangebote in den Gebieten erheblich reduziert. Durch die umgesetzten Abrisse und die meist vor allem einfache Begrünung der Abrissflächen wirken weite Teile des öffentlichen Raumes und der (das Wohnumfeld prägenden) Grünflächen vernachlässigt und unstrukturiert und weisen nur eine geringe Aufenthaltsqualitäten auf (siehe Räume und Infrastrukturen). Gleichzeitig zum Stadtumbau und zum Rückbau von Wohngebäuden erlebten alle drei Gebiete in den 2000er Jahren eine Welle von Aufkäufen. Im Zuge dessen gingen erhebliche Teile der Wohnungsbestände in die Verwaltung privater Finanzinvestoren über. Am stärksten zugespitzt verlief diese Entwicklung in dem am Rand der Südlichen Neustadt in Halle gelegenen Gebiet "Am Südpark", in dem mittlerweile fast drei Viertel der Wohnungen renditeorientierten Privatinvestoren gehören (siehe Wohnungsmarkt).

Eine ausführliche Beschreibung der Stadtteile und ihrer Entwicklung findet sich im Working Paper 2 des Projekts StadtumMig, abrufbar auf der Webseite https://stadtummig.de/:

Friedrich, K.; Rößler, S. (2023): Working Paper 2 - Situationsanalyse. Städtebau, Wohnungsbestand, Freiraum, Infrastruktur. Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung. Dresden.



# SCHWERIN MUESSER HOLZ & NEU ZIPPENDORF

Die Stadtteile Neu Zippendorf und Mueßer Holz liegen am südöstlichen Stadtrand der Landeshauptstadt Schwerin. Die Entfernung zum Stadtzentrum beträgt, je nach Standort, ca. 5 bis 7 Kilometer und ist für die Bewohner\*innen der Stadtteile nicht unerheblich. Gleichzeitig sind die Stadtteile geprägt durch einen attraktiven Naturraum und die Nähe zum Schweriner See. Die beiden Stadtteile sind zwischen 1976 und 1989 als zweiter und dritter Bauabschnitt des ehemals größten Wohngebiets in Schwerin, Großer Dreesch, errichtet worden. Es dominieren fünfgeschossige Wohngebäude sowie einzelne elfgeschossige Hochhausgruppen. Die Siedlungen sind großflächig von einer städtebaulich relativ gleichförmigen Grundstruktur geprägt.

Nach 1990 führten Abwanderungen sowie Geburtenrückgänge zu einem massiven Einwohner\*innenverlust – die beiden Stadtteile verloren etwa die Hälfte ihrer Bewohner\*innen. Deswegen sollte ein umfangreicher Rückbau von Wohnungen und Infrastrukturen vorgenommen werden, wobei einzelne Kerne in den Stadtteilen gestärkt und vor allem die Ränder und Zwischenräume zurückgebaut werden sollten. In den beiden Gebieten wurden Wohnungsbestände in größerem Umfang an private Investor\*innen veräußert, was die Umsetzung des Rückbaus zum Teil erheblich erschwerte. Die hohen Leerstände und günstigen Mieten führten in den letzten Jahren allerdings dazu, dass in Neu Zippendorf und insbesondere im Mueßer Holz vermehrt Haushalte mit Fluchthintergrund eine Wohnung finden konnten. Dadurch muss sich auch der Stadtumbau neu ausrichten. Der Fokus liegt daher aktuell nicht mehr auf dem Rückbau von Gebäuden, sondern verstärkt auf der Qualifizierung zentraler Bereiche wie dem Berliner Platz und einem Ausbau der Infrastruktur, wie Schulen und dem Stadtteilzentrum, Campus am Turm'.

Neu Zippendorf und das Mueßer Holz sind in den letzten Jahren vielfältiger geworden. Etwa ein Viertel der Bewohner\*innen hat eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit. Auch das Durchschnittsalter ist durch die Einwanderung junger Familien stark gesunken. Hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung der Bewohner\*innenschaft sind die beiden Stadtteile durch einen hohen Anteil von Haushalten mit Transferleistungsbezug und eine relativ hohe Arbeitslosenquote geprägt. Es gibt im Stadtteil vielfältige Einrichtungen und Akteure der sozialen Arbeit und der Jugendarbeit, verschiedene Vereine und migrantische Selbstorganisationen sowie ein sehr aktives Stadtteilmanagement.

### **MUESSER HOLZ & NEU ZIPPENDORF**

### **SCHWERIN**



#### Kurzcharakteristika:

Großwohnsiedlungen mit großer Distanz zum Zentrum, die baulich wenig abwechslungsreich gestaltet sind, aber in einem attraktiven Naturraum liegen. Die Vielfalt von Angeboten in den Quartieren wächst mit den neuen Einwohner\*innen – Projekte werden zum großen Teil von lokalen Initiativen und Netzwerken initiiert und getragen.

### **Entfernung zum Zentrum:**

 $5 - 7 \, \text{km}$ 

### Weitere Fakten:

Halbierung der Bevölkerungszahl seit der Wende, aktuell ca. 16.000 Einwohner\*innen

Anteil der

Einwohner\*innen nach



Staatsangehörigkeit

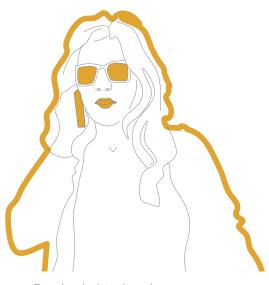
**Staatsangehörigkeit** Vietnam: 0,3% (2020): Türkei: 0,4% Sonstige: 5,2% Irak: 0,5% Rumänien: 1,3% Ukraine: 3% Polen: 0,3% Hautigge Intility of the Staatsangehörigkeiten 2010: Hratie Staatsangehörigkeiten 2010 Armenien: 0,4% Syrien: 8,8%

Anteil der Arbeitslosen unter den

15 - 64-Jährigen:



Bevölkerungsrückgang Gesamtstadt Schwerin (2000-2021): **-3%** 



Durchschnittsalter der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit (2021):

**32** Jahre



Quelle für alle statistischen Daten: Landeshauptstadt Schwerin, Einwohnermeldeamt, Fachdienst Bürgerservice & Daten. Datenaufbereitung: Anna Wiegand (BIM), Vivienne Graw (B.B.S.M.)



# HALLE (SAALE) -SÜDLICHE NEUSTADT

Die südliche Neustadt ist Teil des Stadtteils Halle-Neustadt, der bis zur Wiedervereinigung eine eigenständige Kommune war. Halle-Neustadt wurde ab 1964 als Chemiearbeiterstadt errichtet, die Wohnraum sowie die erforderlichen Infrastrukturen für die Beschäftigten der nahegelegenen Betriebe bereitstellen sollte. Der 1990 nach Halle (Saale) eingemeindete Stadtteil war mit neun Wohnkomplexen und ca. 35.000 Wohnungen für 94.000 Einwohner\*innen die größte deutsche Großwohnsiedlung außerhalb Berlins. Der Stadtteil hat, anders als andere Großwohnsiedlungen, ein eigenständiges Stadt(teil)zentrum entlang der Neustädter Passage, auf welches das gesamte Gebiet städtebaulich ausgerichtet ist. Ergänzend gibt es kleinere Zentren in den Wohnkomplexen. Trotz des Anspruchs, einen multifunktionalen Stadtteil zu schaffen, wurden viele wichtige Infrastrukturen nicht oder erst sehr spät realisiert. Die Anbindung an die Innenstadt erfolgt einzig über die Magistrale.

Die südliche Neustadt befindet sich in einer Distanz von ca. 3 - 5 Kilometern zum Stadtzentrum von Halle (Saale). Sie wird von einer stark befahrenen Bundesstraße, der S-Bahn-Trasse und der Magistrale begrenzt und umschließt den Ort Passendorf. In der Nachbarschaft befinden sich der Südpark und die Saaleauen. Die südliche Neustadt umfasst die zwischen 1966 und 1977 errichteten ehemaligen Wohnkomplexe II und VII sowie das Wohngebiet Südpark im äußersten Süden von Halle-Neustadt. Der Südpark wurde als letztes Gebiet der Neustadt zwischen 1982 und 1986 errichtet. Aufgrund der anhaltenden Wohnungsnot sollte hier schnell weiterer Wohnraum geschaffen werden. In seinen städtebaulichen Ansprüchen steht das Gebiet allerdings hinter den anderen Wohnkomplexen weit zurück.

Halle-Neustadt hat seit 1989 etwa die Hälfte seiner Einwohner\*innen verloren. Auf diesen massiven Bevölkerungsrückgang konnte mit dem Stadtumbau nur begrenzt reagiert werden. Insbesondere der Rückbau von außen nach innen war in Halle-Neustadt nur bedingt umsetzbar, da hier, wie am Südpark, Wohnungsbestände vermehrt an Privatinvestoren veräußert wurden, die sich kaum am Stadtumbau beteiligten. In der südlichen Neustadt konzentrierte sich der Rückbau deswegen in den zentraler gelegenen Wohnkomplexen II und VII. Hier fanden auch schwerpunktmäßig Aufwertungsmaßnahmen bei der Infrastruktur und im öffentlichen Raum statt. Und die vorwiegend kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbestände wurden meist grundständig saniert. Halle-Neustadt ist in den letzten Jahren durch die neuen migrantischen Bewohner\*innen zu einem diversifizierten Stadtteil geworden. Ein Drittel der Einwohner\*innen in der südlichen Neustadt hat keine deutsche Staatsbürgerschaft. Aufgrund der Vermietungspraxis der Privateigentümer\*innen wohnen Geflüchtete und von Armut betroffene Haushalte in der südlichen Neustadt schwerpunktmäßig in deren Beständen, unter anderem im städtebaulich schwierigeren Bereich Südpark, weshalb hier ein Mangel an Aufenthaltsqualität, an guten Infrastrukturen und Versorgungseinrichtungen besonders problematisch ist.

# SÜDLICHE NEUSTADT

# HALLE (SAALE)



### Kurzcharakteristika:

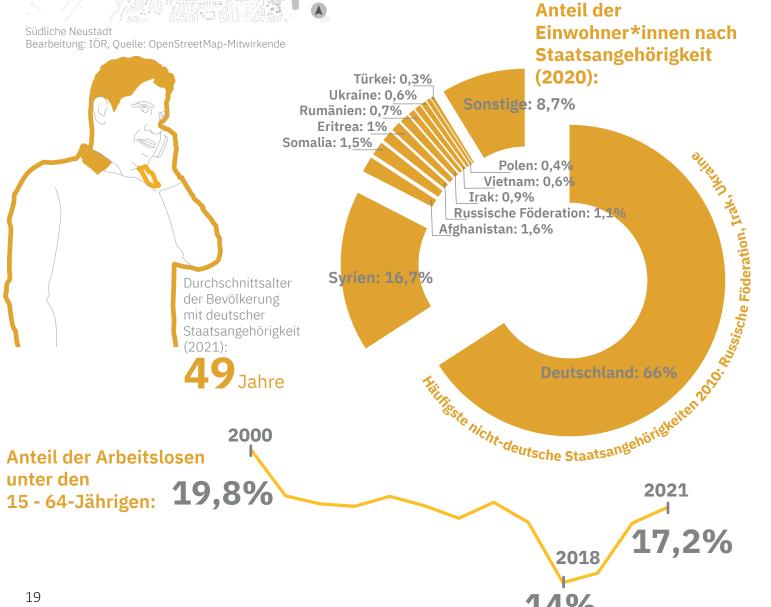
Sozialistische Chemiearbeiterstadt mit Zentrum und Wohnkomplexen, die durch jeweils eigene zentrale Bereiche gekennzeichnet sind. Im Zuge des Stadtumbaus wurde mit Rückbau, Aufwertung der Freiflächen und Anpassung der Infrastruktur auf die Veränderungen des Stadtteils reagiert. Zurzeit liegt ein starker Fokus auf der Weiterentwicklung der Bildungsinfrastruktur.

### **Entfernung zum Zentrum:**

3 - 5 km

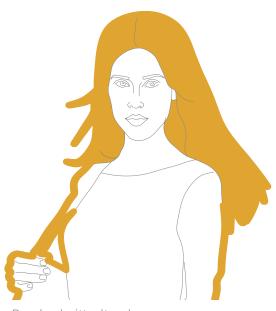
### Weitere Fakten:

Halbierung der Bevölkerungszahl in Halle-Neustadt seit der Wende; aktuell in der südlichen Neustadt ca. 15.200 Einwohner\*innen





Bevölkerungsrückgang Gesamtstadt Halle (2000-2021): **-3%** 



Durchschnittsalter der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit (2021):

**26**Jahre



Quelle für alle statistischen Daten: Stadt Halle (Saale), Fachbereich Einwohnerwesen. Datenaufbereitung: Anna Wiegand (BIM), Vivienne Graw (B.B.S.M.)

**Barrieren und Chance** 



### **COTTBUS - SANDOW**

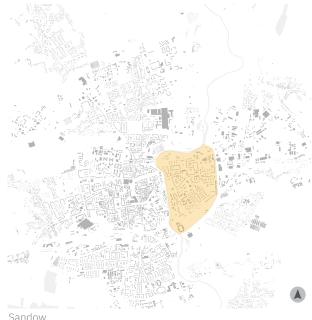
Der Stadtteil Sandow ist aus einem historischen Fischerdorf hervorgegangen. Schon während der Gründerzeit gab es Stadterweiterungen in diesem Gebiet, das 1904 eingemeindet wurde. In den 1930er und 1950er Jahren wurde hier weiterer Wohnraum geschaffen. Der Großteil des Gebäudebestands entstand seit den 1960er Jahren in industrieller Bauweise, um die durch Bergbau- und Energieindustrie wachsende Bevölkerung mit Wohnungen zu versorgen. Dabei wurde, anders als in anderen sozialistischen Großwohnsiedlungen, auf eine gewisse Diversität der vier- bis elfgeschossigen Baustrukturen gesetzt. Die Mischung an Gebäudestrukturen und Baualter prägt noch heute den Stadtteil. Sandow wird an zwei Seiten von der Spree umschlossen und grenzt direkt östlich an das Stadtzentrum. Dadurch hat Sandow im Vergleich zu den anderen untersuchten Großwohnsiedlungen eine sehr zentrale Lage – alle wichtigen Einrichtungen und Geschäfte der Stadt Cottbus sind von hieraus gut erreichbar. Aber auch im Stadtteil besteht ein Netz von Versorgungs-, Sozial-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Den Kern bildet das Stadtteilzentrum.

Seit den 1990er bis in die Mitte der 2000er Jahre war der Stadtteil durch Abwanderung und ein negatives natürliches Bevölkerungssaldo mit mehr Sterbe- als Geburtenfällen geprägt, seitdem ist die Bevölkerungszahl relativ stabil mit nur noch leicht abnehmender Tendenz. Insgesamt leben heute ca. 15.000 Einwohner\*innen im Stadtteil. Da die Wohnungsleerstände in Sandow im Vergleich zu anderen Großwohnsiedlungen in Cottbus eher gering waren, lag der Schwerpunkt des Stadtumbaus hier schon sehr früh vor allem auf der Aufwertung des Stadtteilkerns, der Wohnungsbestände und der Freiflächen. Der Stadtteil soll damit an neue Bedürfnisse und Nutzer\*innengruppen angepasst werden, indem zum Beispiel das Wohnungsangebot diversifiziert wird, Wohnungen barrierefrei gestaltet werden und auch Neubauten den bisherigen Stadtteil ergänzen, sowohl Miet- als auch Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser. Auch die Freiraumqualitäten des Stadtteils werden weiter qualifiziert, insbesondere die Bereiche entlang des Spreeufers, und es wird ein besonderes Augenmerk auf die Wegeverbindungen gelegt.

In Cottbus-Sandow gibt es nur wenige Wohngebäude, die im Besitz privatwirtschaftlicher Unternehmen sind, womit sich der Stadtteil wiederum von den anderen Gebieten im Forschungsprojekt StadtumMig unterscheidet. Allerdings gibt es hier innerhalb der Gebäude zum Teil unterschiedliche Eigentümer\*innenstrukturen. Auch in Sandow hat sich die Bevölkerungsstruktur durch die Fluchtmigration diversifiziert. Der Anteil von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit beträgt aktuell etwa 10 Prozent, knapp die Hälfte davon stammt aus Syrien. Ein beachtlicher Anteil der Neuzugezogenen besteht aus jungen Familien. Dadurch verjüngt sich auch dieser Stadtteil.

# **SANDOW**

## COTTBUS



### Kurzcharakteristika:

Ein zentrumsnahes Quartier mit einer relativ stabilen Entwicklung der Bewohner\*innenzahl. Der Stadtteil hat eine abwechslungsreiche Bebauungsstruktur und besticht durch die attraktive Lage im Spreebogen.

### **Entfernung zum Zentrum:**

1 - 2 km

#### Weitere Fakten:

Anteil der Einwoh-

Aktuell ca. 15.000 Einwohner\*innen

Bearbeitung: IÖR, Quelle: OpenStreetMap-Mitwirkende

Durchschnittsalter der Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit (2021):

53 Jahre

ner\*innen nach
Staatsangehörigkeit
(2020): Syriem: 4,6% Polen: 0,7%
Russische
Föderation: 0,5%
Türkei: 0,2%

Alghanistan: 0,6%
Viertnam: 0,3%

Deutschland: 89,7%

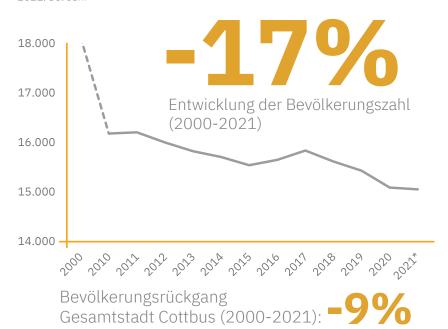
14,4%

14,4%

Anteil der Arbeitslosen unter den

**15 - 64-Jährigen:** 

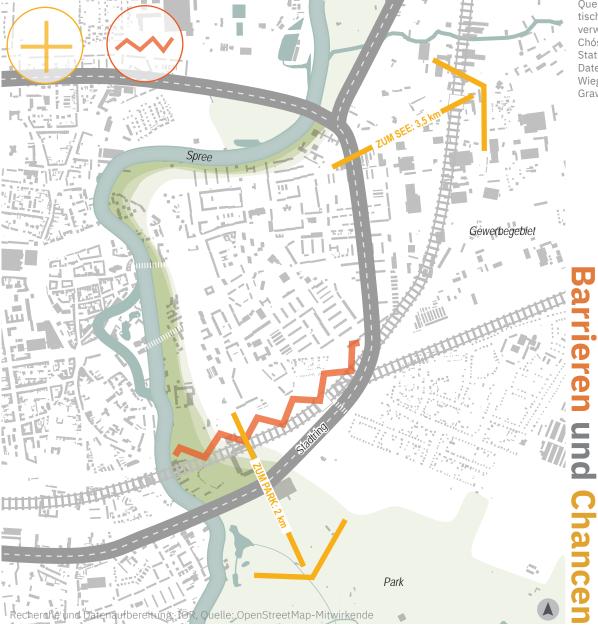
2010 2012 11,2% 11,7% 2019 2021 9 7%



Durchschnittsalter der

Durchschnittsalter der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit (2021):

**31**Jahre



Quelle für alle statistischen Daten: Stadtverwaltung Cottbus/ Chóśebuz, FB 33, Statistik und Wahlen, Datenaufbereitung: Anna Wiegand (BIM), Vivienne Graw (B.B.S.M.)

### WOHNUNGSMARKT

Seit einigen Jahren kommt es in ostdeutschen Großwohnsiedlungen zu verstärkten Zuzügen von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. In der Regel handelt es sich dabei um Geflüchtete. In diesem Kapitel werden die Gründe für diese Entwicklung diskutiert. Zwei Problemkomplexe sind dabei von besonderer Bedeutung: Zum Ersten führen asyl- und sozialrechtliche Regelungen für Personen mit Fluchtgeschichte zu besonderen Hürden bei der Wohnungssuche. Zum Zweiten wirken Vermieter\*innen als "Gatekeeper" und entscheiden, wer in den von ihnen verwalteten Wohnungen wohnen darf – und wer nicht. Diese beiden Faktoren wirken zusammen und treiben eine Konzentration von Geflüchteten in peripheren Großwohnsiedlungen voran.



Autor: Matthias Bernt

### Wo wohnen die Geflüchteten und warum?

Seit einigen Jahren kommt es in ostdeutschen Städten zu verstärkten Zuzügen von Geflüchteten. Dieser Zuzug manifestiert sich insbesondere in den Großwohnsiedlungen. Statistiken belegen sehr eindeutig, dass Quartiere wie das Mueßer Holz in Schwerin oder die Südliche Neustadt in Halle (Saale) inzwischen einen hohen Anteil an Bewohner\*innen nichtdeutscher Staatsbürgerschaft haben¹, ein Großteil davon ist seit 2014/15 nach Deutschland eingewandert.

Aber wie kam es dazu? Warum zogen viele Syrer\*innen und Eritrear\*innen, die seit 2015 nach Deutschland kamen, in diese Städte und in genau diese und nicht in andere Wohngebiete? In diesem Text wird erläutert, wie die Regularien und Restriktionen, denen Geflüchtete bei ihrer Wohnortwahl unterliegen, dazu führen, dass es eine Konzentration dieser Bewohner\*innengruppe in bestimmten "Plattenbaugebieten" gibt und wie diese Mechanismen als eine "Segregationsmaschine" wirken, die fortlaufend arme Haushalte in die bereits jetzt schon von Armut betroffenen Gebiete verschiebt.

Eine erste Erklärung verweist auf die Asyl- und Sozialgesetzgebung. Es werden deswegen zunächst die staatlichen Regelungen beschrieben, die für die Wohnungssuche von Geflüchteten wichtig sind. Eine zweite Erklärung richtet den Blick auf die Vermieter\*innen: sie entscheiden letztendlich, wer in den von ihnen verwalteten Wohnungen wohnen darf – und wer nicht. Daher werden die Belegungspolitiken der unterschiedlichen Vermieter\*innen analysiert. Der Text stützt sich dafür auf Interviews, die im Rahmen des Projektes StadtumMig mit Wohnungsunternehmen in Cottbus, Halle (Saale) und Schwerin geführt wurden.

### "Residenzpflicht", "Wohnsitzregelung" und "Kosten der Unterkunft"

Wenn Geflüchtete nach Deutschland kommen, werden sie zunächst nach dem sogenannten "Königsteiner Schlüssel" auf die Bundesländer verteilt. Das ist ein Index, der auf der Basis von Steuereinnahmen und Bevölkerungszahl berechnet wird und festgelegt, wie viele Asylbewerber\*innen ein Bundesland aufnimmt. So soll eine angemessene und gerechte Verteilung der Geflüchteten auf die Bundesländer sichergestellt werden. Allerdings haben die Asylsuchenden in diesem System keine Wahl und dürfen nicht entscheiden in welchem Bundesland und an welchem Ort sie wohnen wollen.



In den Bundesländern werden die Geflüchteten zunächst in "Erstaufnahmeeinrichtungen' untergebracht. Das sind häufig Sammelunterkünfte mit wenig Privatsphäre und unzureichenden Wohnbedingungen, die häufig an schlecht erreichbaren Standorten und in kleineren Gemeinden liegen. Die Geflüchteten haben daher ein Interesse, so schnell wie möglich aus diesen Unterkünften in eine eigene Wohnung zu ziehen. Geflüchtete können bis zu 18 Monaten verpflichtet werden in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. Im Anschluss an die Unterbringung in einer Erstaufnahmeeinrichtung werden Asylsuchende meist einer Gemeinschaftsunterkunft oder einer Wohnung im selben Bundesland zugewiesen. Auf eigene Wohnungssuche können sie sich in der Regel aber erst nach Klärung ihres Aufenthaltsstatus begeben. Zusätzlich zu dieser Beschränkung beim Zugang zu einer eigenen Wohnung unterliegen die Geflüchteten je nach Aufenthaltsstatus und -dauer oftmals einer "Residenzpflicht', einer ,Wohnsitzauflage' oder der ,Wohnsitzregelung'. Diese Regelungen schränken die Bewegungsfreiheit der Geflüchteten stark ein und begrenzen insbesondere auch die Möglichkeit der freien Wohnortwahl, weshalb sie vielfach kritisiert wird. In der Praxis bedeutet es, dass die Geflüchteten letztendlich zunächst in den Bundesländern wohnen bleiben müssen, denen sie bei der Erstaufnahme zugewiesen wurden. Auch nach Anerkennung sind Geflüchtete verpflichtet, für einen Zeitraum von drei Jahren in dem Bundesland zu wohnen, in dem ihr Asylverfahren durchgeführt wurde. Eine Ausnahme von der Wohnsitzregelung gilt u. a. nur dann, wenn den Geflüchteten eine eigenständige Sicherung ihres Lebensunterhalts möglich ist, das heißt wenn sie einen ausreichend gut bezahlten Arbeitsplatz finden können und nicht mehr auf Sozialleistungen angewiesen sind<sup>2</sup>. Dass die Suche nach einem Arbeitsplatz in einem anderen Bundesland jedoch unter den Bedingungen der Wohnsitzregelung schwierig ist, erscheint einleuchtend. Somit ist es vielen Geflüchteten nicht möglich, dort zu wohnen, wo es bereits Freunde und Familienangehörige sowie gute Einstiegsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt gibt. Viele Expert\*innen gehen davon aus, dass ein Großteil der Geflüchteten in den ostdeutschen Städten vielfach den Wunsch äußern, nach Westdeutschland umzuziehen, weil sie dort auf etablierte Strukturen und Netzwerke zurückgreifen könnten. Stattdessen sind sie auf Regionen verwiesen, in denen Strukturen frisch etabliert werden, die Arbeitsmarktsituation weniger dynamisch ist und eine Einwanderungskultur noch wachsen muss. Dies bringt besondere Herausforderungen mit sich – sowohl für die Geflüchteten als auch für die betroffenen Städte und Regionen.

Die rechtlichen Beschränkungen sind jedoch nicht die einzige Hürde bei der Wohnortwahl. Wenn Geflüchtete auf Wohnungssuche gehen, stoßen sie oftmals auch auf eine rassistische und stereotypisierende Diskriminierung<sup>3</sup>. Verschiedene Studien haben eindeutig belegt, dass Haushalte aus Afrika oder dem Nahen Osten häufig auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert werden. Wohnungsbewerber\*innen aus diesen Regionen haben selbst dann kaum eine Chance darauf, eine Wohnung in stark nachgefragten Stadtteilen zu bekommen, wenn sie über ein ausreichendes Einkommen verfügen und bereit sind, überhöhte Mieten zu bezahlen.

Eine weitere relevante Beschränkung bei der Wohnortwahl stellen die Wohnkosten dar. In den ersten Jahren nach ihrer Ankunft sind Geflüch-

1 Bernt, M.; Hausmann, P. (2019): Studie zur kleinräumlichen Untersuchung sozialstruktureller Veränderungen in Halle (Saale). Ergebnisse der Auswertung von Daten der kommunalen Statistik. https://leibnizirs.de/fileadmin/user\_upload/pure\_files/1259752/2019\_03\_13Monitoring\_Halle\_final.pdf (04.04.2022).

Helbig, M. und Salomo, K. (2019): Sozialräumliche Spaltung in Mecklenburg-Vorpommern. Studie im Auftrag des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern. https://docplayer.org/180471057-Sozialra-umliche-spaltung-in-mecklenburg-vorpommern. html (04.04.2022).

Huntington, D. (2021): Urban Shrinkage and Socio-Economic Segregation in Medium-Sized Cities: The Case of Schwerin (Germany). In: Quaestiones Geographicae 40(4): 29–46.

Kabisch, S. und Pößneck, J. (2021): Grünau 2020. Ergebnisse der Bewohnerbefragung im Rahmen der Intervallstudie "Wohnen und Leben in Leipzig-Grünau". https://www.ufz.de/export/data/2/253453\_UFZ-Bericht\_01-2021.pdf (04.04.2022).

Kompetenzzentrum Großsiedlungen (2021): Berliner Grosssiedlungen am Scheideweg?, Berlin. http://www.grosssiedlungen.de/de/media/pdf/4251.pdf (31.03.2022).

- 2 El-Kayed, N. und Hamann, U. (2018): Refugees' Access to Housing and Residency in German Cities: Internal Border Regimes and Their Local Variations. Social Inclusion, 6(1): 135-146.
- 3 El-Kayed, N. und Hamann, U. (2018): Refugees' Access to Housing and Residency in German Cities: Internal Border Regimes and Their Local Variations. Social Inclusion, 6(1): 135-146.



tete häufig von Arbeitslosigkeit betroffen oder in Jobs mit Niedriglöhnen beschäftigt. Um ihre Wohnkosten bezahlen zu können, sind sie dann auf staatliche Unterstützung angewiesen. Dabei gelten für sie grundlegend dieselben Regelungen wie für deutsche Transferleistungsempfänger\*innen: der Staat übernimmt die Miete, aber nur bis zu einer bestimmten Höchstgrenze, die durch Bestimmungen über die maximalen "Kosten der Unterkunft" unter Bezug auf die durchschnittlichen Wohnkosten in einer Gemeinde festgelegt wird. So soll sichergestellt werden, dass nur "angemessene" Mieten über die Transferleistungen finanziert werden. Allerdings ist der Wohnungsmarkt in vielen Städten sehr dynamisch und oft auch stark polarisiert. Wohnungen mit einer "angemessenen" Miethöhe sind daher häufig nur in Städten mit einem weniger angespannten Wohnungsmarkt und in einfachen Wohnlagen wie Großwohnsiedlungen zu finden.

Zusammen wirken diese Restriktionen, denen Geflüchtete auf dem Wohnungsmarkt ausgesetzt sind, wie ein "Verschiebebahnhof": die Geflüchteten sind zunächst gezwungen, in dem Bundesland zu bleiben, dem sie bei ihrer Ankunft zugewiesen wurden. Gehen sie dort auf Wohnungssuche, finden sie am ehesten in denjenigen Städten eine Wohnung, die einen entspannten Wohnungsmarkt aufweisen. Gleichzeitig besteht aber vielfach der Wunsch, innerhalb des Bundeslandes zumindest in die größeren Städte zu ziehen, da es hier bereits soziale Netzwerke und migrantische Infrastrukturen gibt und auch die Arbeitsmarktsituation oftmals besser ist. Innerhalb der Städte ist der Zugang zu Wohnungen wiederum durch die "Kosten der Unterkunft" und durch Diskriminierungsmechanismen eingeschränkt. Die tatsächlich in Frage kommenden Wohnmöglichkeiten werden also so weit gefiltert, bis in Ostdeutschland im Prinzip nur noch Plattenbauwohnungen in Großwohnsiedlungen und in peripheren Lagen in Frage kommen.

### Strategien der Vermieter

Innerhalb dieser Gebiete geht der 'Filterungsprozess' weiter. Denn die Bereitschaft, eine Wohnung an Geflüchtete, Transferleistungsempfänger\*innen und Bezieher\*innen niedriger Einkommen zu vermieten, ist bei den Vermieter\*innen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Im Wesentlichen können drei Gruppen unterschieden werden, die jeweils spezifische Belegungs- und Vermietungstrategien in ihren Wohnungsbeständen praktizieren: kommunale Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und privatwirtschaftliche Vermieter\*innen.

#### Kommunale Wohnungsunternehmen

Kommunale Unternehmen werden zur Unterstützung bei der Erfüllung kommunaler Pflichtaufgaben herangezogen. Hierzu zählt auch die Bereitstellung von Wohnraum für einkommensschwache und am Wohnungsmarkt ausgegrenzte Personengruppen, die sich nicht selbst am Markt versorgen können. Dies umfasst auch Personen im Asylverfahren und anerkannte Geflüchtete. Deswegen stellen kommunale Wohnungsunternehmen oft mehr als andere Wohnungsunternehmen Wohnraum für Geflüchtete zur Verfügung. Da die Bestände der Unternehmen in Ost-



deutschland räumlich stark auf die Großwohnsiedlungen konzentriert sind, führt das für sich bereits zu einer verstärkten räumlichen Konzentration von Geflüchteten.

Gleichzeitig hatten die kommunalen Unternehmen in der Vergangenheit häufig in relevantem Umfang Wohnungsleerständen zu verzeichnen. Sie haben deshalb auch ein Eigeninteresse an der Gewinnung neuer Mieter\*innen. Als die Kommunen im Sommer 2015 schnell Wohnraum für Geflüchtete organisieren mussten, waren die kommunalen Unternehmen schnell zur Stelle und brachten viele der Geflüchteten in leerstehenden kommunalen Wohnungen unter. Eine interviewte Wohnungsverwalterin berichtete darüber im Interview:

"Wir hatten zu der Zeit auch einen höheren Leerstand, ganz klar. [...] Und genau in diese Geschichte kam diese Flüchtlingswelle. Und insofern war das für uns eine Chance. Wir haben keine Wohnung extra [...] freigemacht, sondern wir sind in Wohnungen gegangen, die sowieso leer standen oder schwer auf dem Markt angenommen wurden." (Interview Kommunales Wohnungsunternehmen)

Teilweise versuchen die Unternehmen jedoch, bei der Verteilung der Geflüchteten innerhalb ihrer Wohnungsbestände nachzusteuern und eine "übermäßige" Konzentration von nicht-deutschen Haushalten zu vermeiden. Ein interviewtes kommunales Wohnungsunternehmen berichtete so:

"Also wir haben da so eine Größe, dass wir sagen: pro Aufgang zehn Prozent nicht überschreiten. Das sind unsere internen Festlegungen. Kann man nicht immer einhalten, passiert manchmal auch, dass das ein bisschen überschritten wird. Aber das ist das, was wir versuchen. Wenn wir sie höher konzentrieren, müssen Sie aufpassen, dass das nicht zu Segregation kommt in den jeweiligen Stadtteilen. Also es hat sich nach unserer Erfahrung immer bewährt, wenn Sie die Bevölkerung mischen. Also, dass eben gar nicht erst die Konzentration der Flüchtlinge auf bestimmte Eingänge erfolgt. Dann haben wir teilweise Zusammenrottungen […] gehabt. Und wenn Sie die verteilen, dann ist es für beide Seiten vorteilhaft." (Interview Kommunales Wohnungsunternehmen)

Nicht alle kommunalen Wohnungsunternehmen folgen diesem Verfahren. Typisch ist nichtsdestotrotz ein Spannungsverhältnis, in dem Geflüchtete einerseits als Mieter\*innen für Wohnungen begrüßt werden, die sonst nur schwer zu vermieten wären – andererseits aber Sorgen über eine "zu große" Konzentration von Geflüchteten existieren.

#### Genossenschaften

Neben den kommunalen Unternehmen stellen die Wohnungsbaugenossenschaften eine zweite Säule der Wohnraumversorgung in den Großwohnsiedlungen in Ostdeutschland dar. Die Genossenschaften sind in der Regel jedoch wesentlich zurückhaltender bei der Wohnungsvergabe an Geflüchtete als die kommunalen Wohnungsunternehmen. Ein we-



sentliches Hemmnis sind hierbei die Genossenschaftsanteile, die Wohnungsbewerber\*innen mit der Anmietung einer Wohnung zeichnen, d. h. erwerben müssen. Für Transferleistungsbeziehende ist das ein erhebliches Problem, da diese Kosten nur selten von den Jobcentern bzw. den Ausländerbehörden übernommen werden. In der Folge ist der Anteil dieser Personengruppen in den genossenschaftlichen Beständen weit unterdurchschnittlich. Von den Genossenschaftsvorständen selbst gibt es jedoch auch kein starkes Interesse, diese Zugangshürde abzubauen, wie im folgenden Zitat deutlich wird:

"...die Stadt hat natürlich die Möglichkeit, mit ihrem Wohnungsunternehmen bestimmte Verträge so zu gestalten, (...) dass es Unterbringung gibt. Solche Verträge gibt es mit uns nicht. Auch wenn wir eine Genossenschaft sind, wir sind ein freies Wirtschaftsunternehmen. Wir würden solche Verträge wahrscheinlich auch nicht eingehen. Es gab durchaus Anfragen, wo wir gesagt haben: Das tun wir nicht. Weil dann müsste ja die Stadt bei uns Mitglied werden, damit die bei uns wohnen können." (Interview Genossenschaft)

### Privatwirtschaftliche Wohnungsunternehmen

Neben den kommunalen Unternehmen und den Genossenschaften sind private Vermieter die dritte Säule der Wohnungsversorgung in den ostdeutschen Großwohnsiedlungen. Dabei handelt es sich um Unternehmen, die ihre Bestände erst in den letzten 20 Jahren erworben haben, als in zwei Privatisierungswellen kommunale und genossenschaftliche Wohnungen in großem Stil verkauft wurden, zuerst vielfach an sogenannte "Zwischenerwerber" und anschließend an internationale Finanzinvestor\*innen<sup>4</sup>. Innerhalb dieser privatisierten Wohnungsbestände kommt es häufig zu Weiterverkäufen und schnellen Eigentümer\*innenwechseln.

Die Vermietungsstrategien dieser privatwirtschaftlichen Unternehmen gestalten sich außerordentlich heterogen. Neben Unternehmen, die kaum an Transferleistungsempfänger\*innen und Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft vermieten, finden sich auch solche, die ihr Vermietungsgeschäft genau auf diese Gruppen ausgerichtet haben. Die Unternehmen haben häufig enge Zielvorgaben in Bezug auf die Mieteinnahmen und wenig Spielraum für Investitionen. Daher konzentrieren sie sich oft auf die Gewährleistung hoher Vermietungsquoten und werben hierfür auf dem Wohnungsmarkt sehr kompetitiv um Bewohner\*innen. Berichtet wird zum Beispiel von der ,99 Euro-Wohnung', von arabischsprachigen Flyern, die vor Geflüchtetenunterkünften verteilt werden und einem Verzicht auf die Schuldenfreiheits- und Bonitätsprüfung vor Abschluss des Mietvertrags. Folgende Aussage einer Hausverwaltung spiegelt die reine Umsatzorientierung der privatwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen prägnant wieder:

4 Fields, D. und Uffer, S. (2016): The financialisation of rental housing: A comparative analysis of New York City and Berlin. Urban Studies 53(7): 1486–1502.

Bernt, M., Colini, L. und Förste, D. (2017): Privatization, Financialization and State Restructuring in Eastern Germany: The case of Am Südpark. International Journal of Urban and Regional Research 12(2): 555–571.

"…irgendwo an einem fernen Standort sitzt ein Vermietungsmensch, der die Statistiken bearbeitet. Und dem ist das ehrlich gesagt egal, ob wir jetzt ein Kopftuch unterbringen oder ob wir einen Hartz IV-Empfänger unterbringen, Hauptsache eben dann das, was an Kündigungen reinkommt, kompensiert sich durch Neuabschlüsse eben halt wieder." (Interview privates Wohnungsunternehmen)



Mietervereine bezeichnen die Praxis der Finanzinvestoren mitunter als "Hartz IV – Vermietungsmodell", bei dem niedrige Mieten mit einer hohen Kostenersparnis auf dem Rücken der Bewohner\*innen kombiniert werden, was sich oft in einer reduzierten Instandhaltung und einem schlechten Service äußert. Die Fokussierung auf eine einkommensschwache und diskriminierte Bewohnerschaft sichert somit als Geschäftsmodell selbst bei Vermietung zu den "Kosten der Unterkunft" auskömmliche Renditen. Dies bestätigen auch Befragungsergebnisse des BIM. Sie zeigen, dass Menschen mit Fluchthintergrund die Bewohner\*innengruppe sind, die am wenigsten mit dem Zustand ihrer Wohnung zufrieden sind.

In Folge dieser Vermietungspraxis können Haushalte, die anderswo diskriminiert werden oder sich aufgrund ihrer Einkommenssituation nur die preiswertesten Angebote leisten können, in den Beständen der privatwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen noch am ehesten eine Unterkunft finden. In diesen Beständen ist die Konzentration von Geflüchteten und armen Haushalten deswegen besonders hoch. Gleichzeitig befinden sie sich häufig in besonders abgehängten Randlagen der Großwohnsiedlungen, in denen aufgrund stadtentwicklungspolitischer Strategien über Jahrzehnte nur wenig öffentliche Investitionen getätigt wurden.

### Segregationsmaschine Großwohnsiedlung

In der Summe lässt sich die wachsende Zahl von Personen mit Migrationshintergrund und Transferleistungsbezieher\*innen in den ostdeutschen Großwohnsiedlungen also zu einem wesentlichen Teil durch das Zusammenwirken von Asyl- und Sozialgesetzgebung mit Wohnungsmarktmechanismen und Vermietungsstrategien erklären. Die Verteilung der Geflüchteten auf die Bundesländer sowie die Wohnsitzauflage einerseits und die Verwertungsstrategien privater sowie der Versorgungsauftrag kommunaler Wohnungsunternehmen andererseits wirken wie eine "Segregationsmaschine", die fortlaufend arme Haushalte in die bereits jetzt schon armen Gebiete verschiebt.

Was kann die Stadtpolitik und -planung in dieser Situation tun? Die Möglichkeiten kommunaler Akteure sind tatsächlich sehr begrenzt. Nichtsdestotrotz sind drei grundsätzliche Optionen denkbar, die allerdings auch miteinander kombiniert werden können:

- Die öffentliche Hand könnte für mehr bezahlbare Wohnungen in attraktiven Lagen sorgen, indem sie beispielsweise Sozialwohnungen in der Innenstadt baut oder Belegungsrechte in attraktiven Lagen aufkauft. Eine solche Politik wäre wahrscheinlich teuer.
- Man könnte versuchen, die Großwohnsiedlungen durch Wohnumfeldmaßnahmen, Imagearbeit und hochwertige Wohnungsangebote attraktiver zu machen. Die Kehrseite einer solchen "Aufwertung" könnte aber leicht eine Verdrängung von benachteiligten Gruppen in andere unattraktive Bestände sein.
- Die Politik kann ein gewisses Maß an Segregation akzeptieren und versuchen, von Armutshaushalten geprägte Quartiere mit speziellen Infrastrukturangeboten zu fördern. Gerade die Literatur zu "Ankunftsquartieren" hält hier wichtige Hinweise bereit, die belegen,

<sup>5</sup> Bernt, M. (2021): Die Segregationsmaschine. Entmischung in ostdeutschen Großwohnsiedlungen und ihre Ursachen. Die Wohnungswirtschaft 74 (2): 8–11



dass Konzentrationen ethnischer Gruppen unter bestimmten Umständen sogar förderlich für die Integration sein können. Politik und Planung müssten sich dabei allerdings - wenigstens teilweise - vom Ideal einer "sozialen Mischung" verabschieden und eine stärkere Segregation akzeptieren.

Es gibt also unterschiedliche Wege, wie man mit der beschriebenen Situation umgehen kann. Dabei gibt es keinen Königsweg. Ohne jedoch die wesentlichen Bauteile der hier beschriebenen "Segregationsmaschine" zu verändern, wird es aber schwer sein, die Großwohnsiedlungen dauerhaft als attraktive Wohngebiete zu erhalten.



### **Ankommen**

Autor\*innen: Leoni Keskinkılıç & Voijn Serbedzija

Amina Khalif\* kam 2016 nach Cottbus-Sandow. Vorher lebte sie mit ihrer Familie in einer Gemeinschaftsunterkunft in Brandenburg. Nach Cottbus sind sie gezogen, da ihr Vater dort schon Bekannte hatte, die ihm zu Beginn helfen konnten, Fuß zu fassen: "Unser Ziel war es eigentlich nicht hierhin zu kommen, aber, naja, man muss irgendwo anfangen". Für ihren Vater ist es schwierig, in Cottbus Arbeit zu finden. Deshalb versuchte die Familie bereits mehrmals, in andere Städte zu ziehen, doch bisher erfolglos: "Eigentlich jedes Jahr sagen wir, wir ziehen um in eine andere Stadt. Wir haben in Köln, Wuppertal und Düsseldorf gesucht. Aber wir fanden entweder keine Wohnung oder wir fan-



den eine Wohnung, aber keinen Schulplatz." Amina selbst gefällt es in Cottbus gut – vor allem, weil sie hier ihr Abitur machen kann: "Für mich ist das zurzeit das Beste, was in meinem Leben bisher passiert ist". Zurzeit kann sich Amina gut vorstellen, in Cottbus wohnen zu bleiben: "Für mich ist Cottbus schon eine schöne Stadt eigentlich. Ich finde alles, was ich brauche. Ich habe einen Abi-Platz. … Obwohl manche Sachen auch nicht gut sind, aber naja, man muss auch die guten Seiten sehen."

### Wohnungssuche Autor\*innen: Leoni Keskinkılıç & Voijn Serbedzija



Junis Ibrahim\* wohnt seit 2018 mit seiner Familie in Halle-Südliche Neustadt. Zuvor lebte er in einer Unterkunft in einer naheliegenden Kleinstadt. Als seine Ehefrau mit den Kindern nach Deutschland nachkam, hörte sich Junis in seinen Bekanntenkreisen um, in welche Stadt sich ein Umzug lohnen würde. Seine Bekannten empfahlen ihm die Neustadt in Halle (Saale) als geeignetes Wohnviertel. Die Dolmetscherin übersetzt im Interview: "Er hat ein paar Freunde dort, auch Geflüchtete, gefragt: ,Wo soll ich hingehen?' Sie haben empfohlen, nach Halle Neustadt, weil es hier einen Arabischen Markt gibt, hier ist das Jobcenter und alles ist in der Nähe." Außerdem werde er sich wegen der dort bereits lebenden arabischsprachigen Bewohner\*innen "nicht fremd fühlen". Doch die Wohnungssuche in der Neustadt war schwierig, erinnert sich Junis. Die Familie lebte lange in einer Gemeinschaftsunterkunft. Die Dolmetscherin: "Seine Familie war in einem Heim ... ein Jahr lang. Er hat nichts gefunden. Und dann, durch einen Freund, der eine Familie kannte, die umziehen wollte und nach einem Nachmieter suchte, kam die Möglichkeit, hierher zu ziehen." Zwar ist die 3-Zimmer-Wohnung für die Familie recht klein, nochmals auf Wohnungssuche gehen, kann sich Junis aber nicht vor-

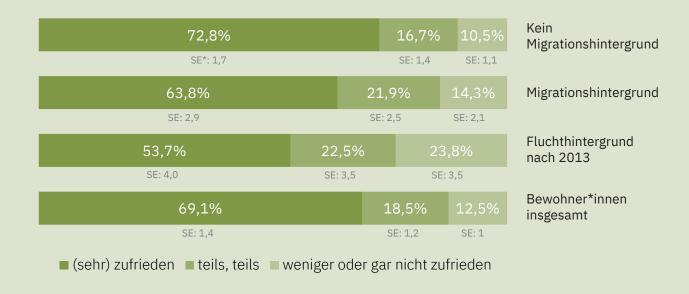
Es ist sehr kompliziert." Da Junis' ältestes Kind in einer nahegelegenen Großstadt eine Ausbildung absolviert und täglich pendelt, gab es jedoch Versuche, dorthin zu ziehen. Allerdings war die Wohnungssuche erfolglos. Außerdem wollten seine jüngeren Kinder in Halle bleiben und stellten sich einen erneuten Umzug belastend vor. Mittlerweile kann sich auch Junis vorstellen, in der Neustadt wohnen zu bleiben. Er kennt zwar viele Familien, die in westdeutsche Städte ziehen, für ihn zähle aber, dass es bisher in der Neustadt "immer gut geklappt hat". Besonders positiv hebt er die Schulanbindung seiner Kinder hervor: "Die Schule ist sehr gut, … sie haben gute Kontakte zu Lehrerinnen. Und übermorgen ist die Lehrerin eingeladen zum Essen."

### Mueßer Holz / Neu Zippendorf in Schwerin



<sup>\*</sup> Der Standard Error (S.E., dt.: Standardfehler) schätzt, inwiefern der tatsächliche Mittelwert in der Grundgesamtheit von dem durch die Stichprobe geschätzten Mittelwert abweicht.

# Und wie zufrieden sind Sie mit dem Zustand Ihrer Wohnung?



Bei den Auswertungen der Umfrage unterscheiden wir drei Gruppen.

Personen ohne Migrationshintergrund: Personen, die selbst und deren Eltern in Deutschland geboren sind.

Personen mit Migrationshintergrund: Personen, die selbst oder deren Eltern nicht in Deutschland geboren sind und die nicht zu der Gruppe der Geflüchteten gehören, die nach 2013 nach Deutschland gekommen sind.

Personen mit Fluchthintergrund nach 2013: Personen, die nach 2013 nach Deutschland geflüchtet sind.

**Hinweis:** in der Gruppe "Personen mit Migrationshintergrund" können durchaus auch Personen sein, die einen Fluchthintergrund haben, aber vor 2014 nach Deutschland gekommen sind.

### Eigentümerschaft der Wohngebäude Südliche Neustadt Halle (Saale)





Wohnungsunternehmen



Eigentümer\*innen



Genossenschaften



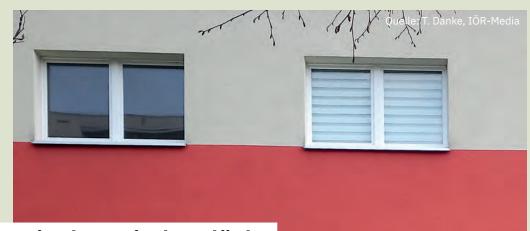
Sonstiges

Recherche und Datenaufbereitung: IÖR, IRS, B.B.S.M., Stand: 11/2021 Stadtgrundkarte mit Angabe des Liegenschaftskatasters: Stadt Halle (Saale), FB Planen, Abt. Stadtvermessung ALKIS © GeoBasis-DE/LVermGeo LSA, 6/2020/A18-42603-09-14 Quelle: OpenStreetMap-Mitwirkende

"[…] also wir stoßen da natürlich auch mit unserem Bestand an einige Grenzen, [...] bei uns hört das mit einer klassischen Viererwohnung auf und der Bedarf ist oftmals mehr, mehr Räumlichkeiten – bis zu 6-Raum-Wohnungen. Unsere Antwort ist dann häufig, innerhalb eines Hauses zwei Wohnungen zur Verfügung zu stellen, im Idealfall vielleicht noch [auf] einer Etage. [...] Die Frau wohnt [dann] auf der einen Seite, der Mann wohnt auf der anderen Seite, und [sie] haben die Kinder halt verteilt. Und [...] die gehen über den Mittelgang [...] und besuchen sich halt gegenseitig und versuchen da dieses Familienleben abzuwickeln, was 📺 natürlich zu Störungen [...] führt." es Wohnungsunternehmen

Quelle: K. Friedrich, IÖR-Media

Quelle: Interview IRS



HIER KÖNNEN SIE EINZIEHEN!

Info 0800 290 3000

"Das war ja genau in der Zeit der Flüchtlingskrise, […] wo es sehr, sehr viel Andrang gab, [da gab es] halt auch Leute, die gesagt haben, das ist uns eigentlich egal. Wir brauchen erstmal irgendwie eine Woh-

nung. [...] Ich weiß auch, dass wir viele

Mieter hatten, die nur einen Briefkasten brauchten. Da waren die Wohnungen oft gar nicht bewohnt - weil die ja diesen Residenzzwang hatten, im Bundesland zu bleiben. Die [Geflüchteten] befanden sich dann oft zum Beispiel in Hamburg [...], aber die mussten ja hier gemeldet sein. Deswegen

war es diesen Kunden dann auch egal, ob die Wohnung renoviert ist oder nicht."

### Privates Wohnungsunternehmen

**Quelle: Interview IRS** 

"Die Alltagswirklichkeit ist ja erstmal so, dass wir schon Mieter haben, die ja schon vorher da waren. [...] Da gibt es eben auch Berührungsängste. So. Und da müssen wir natürlich auch Rücksicht drauf nehmen. Weil, es nützt nichts, dass wir jetzt neu vermieten wie die Kaputten und unsere Altmieter hauen aber reihenweise ab, weil die sich einfach nicht mit dieser neuen Situation anfreunden können oder wollen. [...] Ich sage mal, wer wohnt da drin? Sie brauchen keinem, der ein Hakenkreuz tätowiert hat – dem können Sie nicht irgendjemanden aus Syrien hinsetzen." Privates Wohnungsunternehmen **Quelle: Interview IRS** 

Quelle: B.B.S.M.

# RÄUME UND INFRASTRUKTUREN

Für das Gemeinschaftsleben im Stadtteil sind vielfältige Räume und alltägliche Begegnungsmöglichkeiten von zentraler Bedeutung. Die Wohnhäuser, Grünflächen und öffentlichen Plätze im Quartier sind Orte, wo man sich trifft und kennenlernt oder auch unterschiedliche Vorstellungen des Zusammenlebens verhandelt. Versorgungs-, Dienstleistung- und Freizeitangebote sowie Bildungseinrichtungen sind Anlässe sich im Alltag zu begegnen. In diesem Kapitel werden die räumlichen und infrastrukturellen Bedingungen in den Quartieren für Begegnung und Aneignung skizziert und Empfehlungen zur Weiterentwicklung gegeben.



#### Autorinnen: Stefanie Rößler, Katja Friedrich

Mit dem Prozess der Raumaneignung erwächst ein Zuhause - als Gefühl und als Ort. Erst die Raumaneignung, als eine individuelle und teils gemeinschaftliche Auseinandersetzung mit dem Gebauten samt aller Gegenstände, lässt das Gefühl entstehen, zu Hause zu sein. Im Bewohnen, im Aneignen (= sich etwas zu eigen machen) geben wir Räumen Bedeutungen. So ist Raumaneignung auch eine Auseinandersetzung mit den eigenen Bedürfnissen und der Verräumlichung dieser durch Aktivitäten im Alltag. Man kann es als Formgebung und zugleich Ausdruck des eigenen Lebens bezeichnen, bei welchem man sich selbst ansichtig werden kann und selbstbestimmt handeln kann. Siehe dazu auch:

Friedrich, K. (2011): Geplante Unbestimmtheit. Aneignungsoffene Architektur für Selbstbestimmung im gelebten Raum am Beispiel des Kölner Bretts. Aachen: Shaker Verlag.

Seel, M. (2004): Überlegungen zum Begriff der Selbstbestimmung. In: Szaif, J.; Lutz-Bachmann, M. (Hrsg.): Was ist das für den Menschen Gute? Berlin, New York: de Gruyter, S. 293–306.

# Voraussetzungen öffentlicher Räume als Orte für Begegnungen und Aneignung

Der private Raum der Wohnung und der öffentliche Stadtraum spielen für Begegnungen und Raumaneignung¹ jeweils eine wichtige Rolle. In der Wohnung findet das Zusammenleben innerhalb von Familien und Freundeskreisen statt, sie ist sicherer Rückzugsort und bildet einen intimen Raum des Zuhauses. Die Wohnung ist umgeben von (halb)öffentlichen Räumen. In den grünen Freiräumen, in Hausaufgängen, auf öffentlichen Wegen und Plätzen sowie an Orten der Bildung, des Konsums, der Freizeitgestaltung und der Kultur findet Begegnung statt und wird Gemeinschaft erlebt. Hier wird sowohl durch flüchtige als auch intensive zwischenmenschliche Beziehungen in der Nachbarschaft Vertrauen hergestellt. Es stellt sich ein, wenn man die Menschen und die "Regeln" einer Nachbarschaft kennt, sich gut orientieren kann und weiß, wo Versorgungsangebote sind. Offentliche Räume sind aber gleichzeitig auch Aushandlungsorte verschiedener Nutzungen und Interessen, was zu Konflikten und Ausgrenzung führen kann (siehe (Zusammen)Leben im Quartier). Damit Wohnquartiere zu Orten der Gemeinschaft werden, die von allen Bewohner\*innen im Sinne ihrer Bedürfnisse und Interessen genutzt und mitgestaltet werden können, benötigen sie neben angemessen ausgestatteten Wohnungen vor allem Orte für Begegnungen und Austausch<sup>2</sup>. Dies ist in Einwanderungsquartieren mit einer diversen Einwohner\*innenstruktur umso wichtiger.

Die Möglichkeiten für Begegnungen sind vielseitig: in öffentlichen sowie halböffentlichen Räumen, sowohl innen als auch außen, in Räumen mit oder ohne Zugangsbeschränkung und sozialer Kontrolle<sup>3</sup>. Je nach ihren Voraussetzungen bieten diese Räume verschiedene Qualitäten für die Aneignung durch Gruppen oder Einzelpersonen. So sind z. B. Eingänge oder Vorbereiche von Wohnhäusern für den Austausch in der Hausgemeinschaft besonders relevant. Und attraktiv gestaltete Bildungseinrichtungen, gut frequentierte Einkaufsstraßen, Parks und Kulturorte ermöglichen flüchtige Begegnungen und die Entstehung von Stadtgesellschaft. Dieser öffentliche (Außen) Raum erfährt seine Bedeutung als Erfahrungsund Handlungsraum aufgrund der Anwesenheit von Menschen aller gesellschaftlicher Gruppen. Damit er diese Funktion auch erfüllen kann, sind vielfältige, für alle zugängliche und erreichbare Angebote genauso notwendig wie eine offene und ungezwungene Atmosphäre.



Gebauter Raum, also architektonisch sinnvoll angeordnete und gebrauchsgerecht gestaltete Treffpunkte und einladende, auffordernde Freiräume, und gelebter Raum, also das von Menschen gefühlte, belebte und mit Bedeutungen angereicherte Quartier, gehen Hand in Hand<sup>4</sup>. Es sind vor allem die Alltagserfahrungen, die Gemeinschaftserlebnisse, die konflikt- und angstfreien Begegnungen, die zum Wohlfühlen im Quartier beitragen. Dafür muss es Räume geben.

#### Begegnungsraum Großwohnsiedlung?

Die Großwohnsiedlungen in Ostdeutschland sehen sich einigen städtebaulichen und räumlichen Herausforderungen gegenüber, um über Wohnorte hinaus auch Begegnungsräume zu sein. Die weitläufigen Abstandsgrünflächen und die strikte bauliche Trennung von Wohngebäuden und sonstigen Nutzungen erschweren dies. Angesichts der großflächigen Quartiere und der weiten Distanzen verlieren sich einzelne Infrastrukturen wie Supermärkte, Dienstleistungen und Freizeitangebote oft, Restaurants, Cafés und kleine Geschäfte samt ihrem belebenden Umfeld sind kaum in den Quartieren zu finden. Sowohl bei den Wohngebäuden als auch bei den Freiräumen und den Infrastrukturen gibt es Hemmnisse für die Entstehung von Begegnung und Gemeinschaft, aber auch Potenziale und Ideen.

#### Wohngebäude

Die hohen Stockwerkszahlen der Wohngebäude führen oft zur Anonymität unter den Hausbewohner\*innen. Dies kann auch nicht ohne weiteres abgestellt werden, da es meist keine Angebote wie einen Concierge, gewählte Hausgemeinschaften oder Treffpunkte gibt. Innen- und Außenraum der Wohnhäuser sind relativ unverbunden. Die Wohnräume können weder in den Garten hinein erweitert werden, noch gibt es ausreichend gemeinschaftliche Freiraumangebote, Sitzgelegenheiten und Flächen zur gemeinschaftlichen Nutzung. Dies beeinträchtigt die Bildung eines Gemeinschaftsgefühls. Zum Teil nutzen die Bewohner\*innen jedoch die kleinen Flächen vor den Balkonen und Eingängen der Gebäude und eignen sich diese aktiv an. Die Spielräume dafür sind zwar nicht groß, aber die Kreativität ist es dafür zum Teil umso mehr.

#### Freiflächen

Angesichts der guten Ausstattung mit vielfältig nutzbaren und auch größeren Parkanlagen, den Kleingartenanlagen in unmittelbarer Wohngebietsnähe und den umgebenden attraktiven Landschaftsräumen gibt es in den Quartieren im Grundsatz eine gute Freiraumversorgung. Besonders positiv sind die vielen Freiräume (siehe Karte zum Freiraum) die im Grundsatz allen Bewohner\*innen offen stehen und die somit potenzielle Begegnungsorte darstellen. Die wohnungsnahen Grünflächen sind jedoch sehr groß, wenig strukturiert und es ist nicht immer ersichtlich, wem die Flächen eigentlich gehören und wer ansprechbar ist, wenn man diese nutzen und gestalten will.

- 2 Begegnungsorte ermöglichen zunächst das gegenseitige Kennenlernen durch ein voraussetzungsfreies Zusammentreffen, d. h. ohne konkrete Anliegen oder Unterstützungsbedarfe. An diesen Orten können die evtl. auch unterschiedlichen Vorstellungen des Zusammenlebens verhandelt und Gemeinsamkeiten entdeckt, aber auch Grenzen definiert werden.
- 3 Berding, U.; Karow-Kluge, D. (2017): Begegnung in öffentlichen Räumen. Eine Annäherung an den Stand der Diskussion. URL: http://publications.rwthaachen.de/record/690964/files/690964. pdf.

Fugmann, F.; Karow-Kluge; D., Selle, K. (2017): Öffentliche Räume in stadtgesellschaftlich vielfältigen Quartieren: Nutzung, Wahrnehmung und Bedeutung. PT\_Materialien 37, RWTH Aachen. DOI: 10.18154/RWTH-2017-02663.

4 Der **gebaute Raum** dient als Abstraktum im Kontext von (Stadt)Planung und Bauprozessen von Planer- und Architekt\*innen.

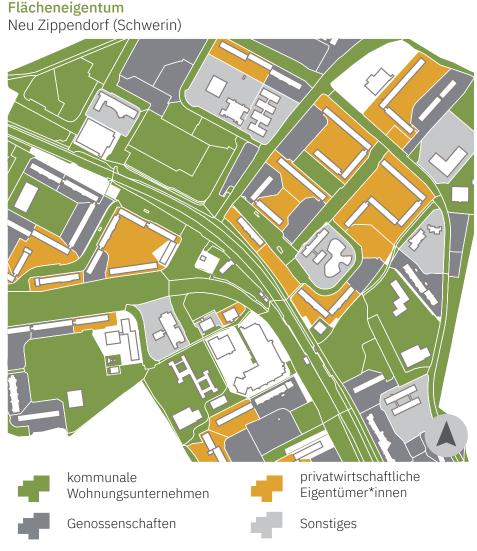
Der gelebte Raum ist an Menschen und ihre individuelle Lebenssituationen gebunden. Wenn wir uns mit Zuhause-sein beschäftigen, haben wir es mit Leiblichkeit und Stimmungen zu tun, die wir im Projekt nutzen, um leibbezogene Indikatoren abzuleiten und somit Wohnbedingungen bewerten zu können. Der gelebte Raum weist Bezüge zu philosophischen und umweltpsychologischen Raumkonzepten auf. So orientieren sich beispielsweise die räumliche Umwelt des Menschen (Kruse 1974), die Lebenswelt (Schütz, Luckmann 1979) und vor allem die Leiblichkeit mit all ihren Atmosphären (Schmitz 2007) am Erleben des Menschen. Der Mensch ist dabei Bedeutungsgeber zum Beispiel als Empfindender, Handelnder, Erinnernder. Siehe dazu auch:

Kruse, L. (1974): Räumliche Umwelt. Die Phänomenologie des räumlichen Verhaltens als Beitrag zu einer psychologischen Umwelttheorie. Walter De Gruyter, Berlin.

Schütz, A.; Luckmann, T. (1979): Strukturen der Lebenswelt. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Schmitz (2007): Der Leib, der Raum und die Gefühle. Bielefeld: Edition Sirius.





Recherche und Datenaufbereitung: IÖR, IRS, B.B.S.M., Stand: 11/2021 AfGVK Mecklenburg Vorpommern (ALKIS-Gebäude), Eigentumübersicht ISEK 2016, Quelle: OpenStreetMap-Mitwirkende

Daher fehlt es trotz des generell großen Flächenangebots oftmals an niedrigschwelligen, offenen Angeboten, um die vorhandenen Flächen auch nutzen zu können, um Nachbar\*innen zu treffen, sich auszutauschen. Gemeinsamkeit zu schaffen und aktiv zu werden.

Mit Gemeinschaftsgärten können gezielt solche Angebote geschaffen werden<sup>5</sup>. Sie haben das Potenzial, Menschen zusammenzubringen und zugleich das Wohnumfeld und den Lebensalltag der Bewohner\*innen der Quartiere aufzuwerten. Das Gärtnern kennen viele Menschen aus ihrer Kindheit, ihren Herkunftsländern oder sie begeistern sich einfach für das Selbermachen und wünschen sich Zugang zu frischen, lokal erzeugten, vielleicht auch speziellen oder kostenfreien Lebensmitteln. Die gemeinsame Arbeit im Garten wird positiv wahrgenommen. Während derartige Gärten in anderen Quartierstypen fast schon zum städtebaulichen Repertoire gehören, gab es bisher kaum erfolgreiche Bottom-up-Initiativen aus der Bewohner\*innenschaft von Großwohnsiedlungen,

<sup>5</sup> Müller, C. (2002): Wurzeln schlagen in der Fremde. Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse. München: Oekom Verlag.



wenngleich der Wunsch danach häufiger geäußert wird. Oft werden die Gemeinschaftsgärten in diesen Quartieren deswegen von der Stadtverwaltung oder den in den Gebieten aktiven Institutionen initiiert und betreut. Die Intentionen und Zukunftsperspektiven sind dementsprechend sehr unterschiedlich. (siehe Interview mit Reinhard Huß)



Auffällig ist, dass viele Freiflächen von den in den Quartieren aktiven Vereinen genutzt bzw. aktiv bespielt werden. Die Potenziale und Herausforderungen, die damit für das Zusammenleben im Quartier verbunden sind, werden im Kapitel (Zusammen)Leben im Quartier in einem Beitrag zu den zwei Seiten der Infrastrukturen beschrieben.

Der Nutzungsdruck auf Freiräume ist durchaus hoch: Die beengten Wohnverhältnisse, potenzielle Konflikte mit Nachbar\*innen, die Gewohnheit von Treffen im großen Familienverband und der mangelnde Zugang zu anderen Freizeitorten (Restaurants, Sporteinrichtungen) machen das grüne Wohnumfeld zu wichtigen Orten für Treffen, Familienfeiern und gemeinsame Freizeitaktivitäten. Somit stehen insbesondere die öffentlichen Freiräume auch im Spannungsfeld vielfältiger Anforderungen von neuen und alten Bewohner\*innen<sup>6</sup>. So gibt es unterschiedliche Vorstellungen in Bezug auf Lautstärke und Lärm, Müll und Sauberkeit, Gleichberechtigung von Nutzergruppen oder das Sicherheitsbedürfnis im öffentlichen Raum. Die gruppenspezifische Aneignung einzelner Räume kann zu Nutzungskonflikten führen. Intensive Nutzung und Aneignung können auch dem Bedürfnis nach Ruhe und Erholung entgegenstehen. Entsprechend bedarf es auch in den Freiräumen Regeln und einer Gestaltung, die Aktivitäten ermöglicht, aber auch ordnet.

Angesichts der vielfältigen ökologischen Leistungen, die Grünflächen erbringen können, spielen sie auch für einen nachhaltigen Umbau der Großwohnsiedlungen eine wichtige Rolle<sup>7</sup>. Bäume und Parks schaffen Schatten und Abkühlung und tragen so zu einem besseren Mikroklima auch unter den Bedingungen stetig steigender Durchschnittstemperaturen und häufigerer Hitzewellen bei. Dies ist insbesondere für verletzliche Bevölkerungsgruppen wie Kleinkinder, ältere und kranke Menschen

6 Haase, A.; Schmid, A. (2019): Grüne Freiräume in Ankunftsquartieren: Funktionen und Herausforderungen für ihre kooperative Entwicklung. UFZ Discussion Papers Nr. 4. https://nbn-resolving. org/urn:nbn:de:0168-ssoar-63120-4.

Frohn, H.-W.; Birkenstein, G.; Solveig, J.; Brennecke, Diemer, S.; Koch, E. und Ziemek, H.-P. (2020): Perspektivwechsel: Naturpraktiken und Naturbedürfnisse sozialökonomisch benachteiligter Menschen. Eine qualitative Pionierstudie. In: BfN-Skripten 559.

Neugebauer, C. (2018): Städtische Freiräume und Migration. In: Friedrichs, A.; Gössl, S. L.; Hoven, E.; Steinbicker, A. U. (Hrsg.), Migration, Paderborn: Brill/Schoeningh.: S. 51-75.

7 Naturkapital Deutschland – TEEB DE (2016): Ökosystemleistungen in der Stadt – Gesundheit schützen und Lebensqualität erhöhen. In: Kowarik,I.; Bartz, R.; Brenck. M. (Hrsg.). Technische Universität Berlin, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ. Berlin, Leipzig.



wichtig. Die Trockenheit wiederum wird selbst auch zur Gefahr für das Stadtgrün. Ohne Regen oder Bewässerung können Grünflächen ihre regulierende Wirkung nicht mehr entfalten. Damit wird auch ihre Nutzbarkeit und Aufenthaltsqualität und ihre Erholungsfunktion eingeschränkt.

#### Infrastrukturen

Die Quartiere sind im Grundsatz ausreichend mit Infrastruktur ausgestattet. Dies betrifft die Grundversorgung für den täglichen Bedarf, die medizinische Versorgung und in weiten Teilen auch den öffentlichen Personennahverkehr. Bildungs- und Kindereinrichtungen sind in Vielzahl vorhanden, angesichts der Zuwanderung und vor allem auch des wachsenden Kinderanteils reichen die Kapazitäten und auch die qualitative Ausstattung jedoch nicht aus. Zudem bieten die Angebote in den Quartieren wenig Anlässe, sich im Alltag zu begegnen. Viele sogenannte Sonderbauten aus der Entstehungszeit der Quartiere (Tanzcafés, Musikclubs und ähnliches) sind abgerissen worden. Dadurch wurde das räumliche Gefüge und die funktionale Mischung in den Quartieren stark beeinträchtigt und die ursprünglich vorgesehenen Stadtteilzentren funktionieren nur noch an wenigen Orten. Großmaßstäbliche bauliche Ergänzungen mit Supermärkten oder neuen Einkaufszentren stehen häufig nicht im städtebaulichen Zusammenhang mit dem Quartier. Und da die vielbesuchten Discounter in der Regel lediglich von Parkplätzen umgeben sind, bieten sie keine Möglichkeit, den Einkauf mit einem längeren Aufenthalt vor Ort zu verbinden. Somit können sie trotz einer hohen Frequentierung kaum für Begegnungen dienen. Straßenbahnhaltestellen liegen in den Quartieren häufig isoliert im Straßenraum. Selten haben sich an diesen Transitorten Kioske oder Imbisse angesiedelt, die die eigentlich sehr belebten Orte funktional ergänzen können und Begegnung ermöglichen.

Trotz engagierter Akteure vor Ort, die Angebote machen, um die Aufenthaltsqualität in den Quartieren zu erhöhen und Begegnungsräume zu schaffen (siehe die zwei Seiten der Infrastrukturen), können die ungeeigneten städtebaulichen Voraussetzungen der Großwohnsiedlungen nur in kleinen Teilen kompensiert werden. Die Quartiere sind deswegen in weiten Bereichen von einer Ereignislosigkeit geprägt, große Flächen sind menschenleer und selbst auf zentral gelegenen öffentlichen Wegen sind oft nur Menschen dabei zu sehen, wie sie schwere Einkaufstüten zügig in die Wohnhäuser tragen.

#### Empfehlungen

Der gebaute Raum sollte dem Zusammenleben der Menschen dienen, damit Bewohner\*innen vertrauensvolle Nachbarschaften bilden können. Aber die Gestaltung der Gebäude und des Stadtraums schaffen nicht allein die Voraussetzungen für Begegnung. Die sozio-ökonomischen Bedingungen, wie z. B. geringe finanzielle Kapazitäten, prekäre Lebenslagen, hohe Fluktuation, Fluchtgeschichte und Sprachbarrieren wirken sich auf das Leben in den von Zuwanderung geprägten Großwohnsiedlungen aus und führen zu teils erschwerten Bedingungen. Um dennoch Begegnungen und Nachbarschaft zu ermöglichen, braucht es neben sozialer und finanzieller Unterstützung auch vielfältige Begegnungsorte, welche



durch folgende Maßnahmen unterstützt werden können:

- Es bedarf, offener' Freiräume, die eine selbstbestimmte Aneignung und Nutzung durch die Bewohner\*innenschaft ermöglichen. Diese Räume müssen so gestaltet und ausgestattet sein, dass sie nicht nur einem Zweck dienen können, sondern vielfältig nutzbar sind. Sie brauchen eine verbindliche Zuständigkeit und möglicherweise unabhängige "Kümmerer\*innen" (z. B. Stadtteilmanagements), die Nutzungskonflikte erkennen und gemeinsam mit den Nutzer\*innen Lösungsansätze erarbeiten können (siehe Beitrag zum Keplerplatz in diesem Kapitel).
- Die Wiederbelebung und Aufwertung von Stadtteil- bzw. Quartierszentren kann dazu beitragen, zum einen das Versorgungsangebot vielfältiger, kleinteiliger und damit auch attraktiver zu machen und zum anderen dadurch sowohl alltägliche als auch anspruchsvolle Begegnungsorte zu schaffen. Gegebenenfalls könnten die Bewohner\*innen sich in ,ihren' Quartierszentren auch kulturell oder künstlerisch zum Ausdruck bringen (hier ist eine große Bandbreite von Stadtteilfesten bis hin zu Graffitikunst denkbar) und somit die Identifikation mit dem Stadtteil erhöhen.
- Durch einfache, ggf. auch temporäre bauliche Interventionen an strategisch wichtigen Orten können "urbane Inseln" geschaffen werden. Beispiele hierfür sind Kleinstarchitekturen wie Kioske und Container, Grillplätze und Sportparcours, Sonnensegel und Regenschutzdächer sowie die Integration von neuen öffentlichen Nutzungen in die Erdgeschosszonen der Wohnbauzeilen. Die dadurch entstehenden Angebote entfalten weitere positive Wirkungen im Quartier, indem sie Außenbereiche aufwerten, neue Nutzungen ermöglichen, eine soziale Kontrollfunktion übernehmen sowie zu einer Erweiterung der Angebotspalette und Stärkung der lokalen Ökonomie beitragen.
- Niedrigschwellige Begegnungen im öffentlichen Freiraum können Impulse für die Nutzung dieser Räume geben. Wenn lokale Akteure im Stadtraum sichtbar werden (z. B. bei Open-Air-Sprechstunden von Quartiersmanager\*innen) und sie Angebote machen, um stehenzubleiben und miteinander ins Gespräch zu kommen, werden bisher eher vergessene Orte belebt und rücken ins Bewusstsein. Dies kann insbesondere in den Randlagen der Quartiere, die oft nur wenige Angebote aufweisen und wo die Bewohner\*innen weite Wege zu Freizeit- oder Unterstützungsangeboten haben, neue Nutzungsperspektiven für die Freiräume schaffen. Robustes und multifunktionales Stadtmöbeldesign kann solche Treffpunkte unterstützen und deren Nutzung befördern.
- Wenn Eingangsbereiche und die Innenhöfe bzw. rückwärtigen Grünflächen der Gebäude besser nutzbar gemacht werden, unterstützt dies auch nachbarschaftliche Begegnungen im



direkten Wohnumfeld. Eine vielfältige Gestaltung schafft Abwechslung im Kontext der sehr großmaßstäblichen Gebäudestrukturen, was wiederum zum Austausch anregt. Wenn Bewohner\*innen zudem die Chance bekommen, sich individuell und gemeinschaftlich im Raum auszudrücken, indem sie Aufenthaltsbereiche mitgestalten können, kann eine echte Aneignung und somit Bindung an und Identifikation mit diesen Räumen erfolgen.

Eine klimawandelangepasste Grünflächengestaltung, die Verwendung neuer Baumarten, die Gebäudebegrünung oder auch die Entwicklung von pflegearmen Blühwiesen kann einerseits die Anpassungsfähigkeit an die Folgen des Klimawandels verbessern und andererseits auch die biologische Vielfalt in den Quartieren erhöhen. Nur vitale Grünflächen mit einer hohen Vielfalt an Pflanzen- und damit häufig auch Tierarten haben eine hohe Aufenthaltsqualität, eignen sich als Begegnungsund Erholungsorte und letztlich auch als Orte der Naturerfahrung und Umweltbildung.



# Informationen zum Interviewpartner:

Reinhard Huß war bis zu seinem Ruhestand im April 2022 Mitarbeiter der Landeshauptstadt Schwerin, Fachdienst Stadtentwicklung und Wirtschaft, Fachgruppe Stadtentwicklung und Stadtplanung.

# Teil(Frei)Räume - Interview mit Reinhard Huß zu den Erfahrungen mit Gartenprojekten in Schwerin

Herr Huß, Sie arbeiteten als Stadtplaner bei der Stadt Schwerin über 28 Jahre in den Quartieren Neu Zippendorf und Mueßer Holz. Unter anderem haben Sie zwei Projekte zum nachbarschaftlichen Gärtnern initiiert. Wie kam es dazu?

Durch den 2002 beginnenden Stadtumbau sind immer mehr Brachflächen entstanden. Um diese Flächen einer sinnvollen Nutzung zuzuführen, habe ich 2013 das Projekt "brach und danach" initiiert. Damals lagen allein im Mueßer Holz ca. 20 Hektar brach. Es ging darum, zu schauen, welches Interesse von Schulen, Trägern der Sozialarbeit und natürlich den Bewohner\*innen am Gärtnern im Stadtteil besteht. Ich habe deshalb eine Landschaftsarchitektin und einen bereits im Stadtteil aktiven Architekten damit beauftragt, Interessent\*innen fürs Gärtnern zu finden. Bei ihrer Suche nach Garteninteressent\*innen haben sie viele Gespräche geführt. Dabei war schon ein Interesse auch von Institutionen, z. B. Schulen und sozialen Diensten festzustellen, doch vielfach stellten sich die internen Hürden als zu groß heraus. Letztlich konnten zwei Gärten realisiert werden, ein freier Stadtteilgarten – der Blattgarten – und ein Garten für die Gemeindemitglieder der russisch-orthodoxen Kirche im Mueßer Holz – der Sonnenuhrgarten. Beide Gärten wurden aus Mitteln des Programms ,Soziale Stadt' angelegt und sind für die Nutzer\*innen kostenlos.

## Wer engagiert sich in den Gartenprojekten und wie funktioniert das Zusammenarbeiten im Garten?

Vom Sonnenuhrgarten bekomme ich wenig mit. Dieser wird von der Kirchengemeinde betreut und es gibt inzwischen einen Wasseranschluss mit Wasseruhren für die Nutzer\*innen.

Der Blattgarten wurde von mir selbst betreut, weshalb ich die Entwicklungen hautnah miterlebt habe. Im Blattgarten habe sich Menschen zusammengefunden die gärtnern wollen, aus den unterschiedlichsten Motiven, insgesamt über die Jahre 22 Nutzer\*innen. Für sie ist das kostenlose, sehr wohnungsnahe Angebot interessant, und dass die Größe des Gartens ganz individuell wählbar ist, bis zu einer Fläche von 150 qm. Einige sind von Beginn dabei, einige im Laufe der Zeit dazu gekommen wenn Flächen frei wurden. Es sind Alte und Junge, Männer und Frauen, Deutsche und Migrant\*innen, Familien und Einzelpersonen. Dabei ging es in der Vergangenheit nicht immer harmonisch zu und eine Gemeinschaft ist nur partiell entstanden. Meine Erwartungen hierzu haben sich nicht ganz erfüllt. Streit gab es vorwiegend um die Verteilung des nicht immer ausreichend vorhandenen Wassers, aufgrund störender Gärtner\*innen und unerlaubter Nutzungen. Selten hat es die Gemeinschaft selbst geschafft, den Streit zu schlichten. In der Regel musste ich als Schlichter einschreiten.

#### Gibt es Probleme, und wenn ja wie gehen Sie bzw. die Aktiven vor Ort damit um?

Probleme mit Externen hat es nie wirklich gegeben. Nur einmal gab es eine Beschwerde wegen Lärm. Ein Nutzer soll mit Freunden gefeiert haben. Mieter\*innen des benachbarten Hochhauses fühlten sich gestört. Ansonsten waren die Reaktionen positiv. Den Nachbar\*innen hat die grüne Oase vor der Tür gefallen. Ein 1,20 Meter hoher Zaun umgibt das Gelände und das Tor ist zu verschließen, doch ist es auch ohne Schlüssel leicht zu öffnen. Zu Vandalismus ist es dennoch



nie gekommen, auch wurde nie Obst oder Gemüse entwendet.

Wie bereits erwähnt, hat es Probleme innerhalb der Gruppe gegeben. Die gravierendsten Probleme sind durch rücksichtsloses oder anmaßendes Verhalten, teilweise auch unter Alkoholeinfluss entstanden. Das führte schon mal dazu, dass Nutzungszeiten eingeschränkt wurden. Ein Nutzer musste ausgeschlossen werden. Mit diesen zwischenmenschlichen Problemen war die Gruppe überfordert und ich wurde um Problemregulierung gebeten.

# Was würden Sie anderen raten, wenn Nachbarschafts- oder Gemeinschaftsgärten in Großwohnsiedlungen mit ähnlichen Rahmenbedingungen umgesetzt werden sollen?

Nach meinen Erfahrungen mit diesen beiden Gärten müsste ich sagen: suchen Sie sich eine organisierte Gruppe, wie die russisch-orthodoxe Kirche, und realisieren mit dieser einen Garten. Vermutlich werden Sie anschließend nicht mehr viel davon hören. Jedoch halte ich auch das Projekt 'Blattgarten' für gelungen, es ist nur unrealistisch, dass ein solch 'freier' Garten ganz ohne Begleitung funktioniert. Damit es wenig Reibungspunkte gibt und es somit wenig Eingreifen von außen bedarf, ist es wichtig, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Besonders die Wasserversorgung muss problemlos funktionieren. Wichtig sind auch klare, mit den Nutzer\*innen gemeinsam entwickelte Regeln für die Bewirtschaftung. Dürfen Bäume gepflanzt und Hütten gebaut werden? Darf der Garten verkrauten? Eine sorgfältige Planung zusammen mit den Nutzer\*innen verhindert somit spätere Probleme.



Was wünschen Sie sich oder empfehlen Sie für die künftige Freiraumentwicklung in den Quartieren?

Das wichtigste wäre Raum für Eigeninitiative zu geben und Initiativen zu fördern, sowohl auf öffentlichen wie auch auf privaten Flächen. Dass hört sich einfach an, ist jedoch schwerer als man denkt, denn gegenwärtig wird auch die Grünflächenpflege vorwiegend nach ökonomischen Gesichtspunkten organisiert. Besonders günstig es nun mal, wenn alles möglichst einheitlich gepflegt wird. Es ist schon ein Problem, wenn

ein Vorgarten vom Mieter gepflegt wird und deshalb nicht vom Pflegetrupp bearbeitet werden muss, der rechts und links alles macht. Sowas geht leicht daneben und führt dann zu mehr Ärger als Freude. Oder wenn eine Fläche nur einmal im Jahr gemäht werden soll, um eine Blühwiese zu entwickeln und nicht zwei oder drei Mal im Jahr. Hier ist Umdenken von den Wohnungsunternehmen und den Grünflächenämtern erforderlich! Eine differenzierte Bewirtschaftung der Grünflächen führt dann auch zu mehr biologischer Vielfalt.

## Freiraumstruktur

### **Neu Zippendorf (Schwerin)**





Wald und dichte Bepflanzung

Spiel-/ Sportfläche

Grünfläche

Sondernutzungsfläche (Kinderbetreuungs- & Bildungseinrichtungen, umzäunt)

Gemeinschaftsgarten

Parkplatzflächen

Straßenbäume

Gebäude

Recherche und Datenaufbereitung: IÖR, B.B.S.M., Stand: 11/2021 AfGVK Mecklenburg-Vorpommern (ALKIS-Gebäude), Eigentumübersicht ISEK 2016, Quelle: OpenStreetMap-Mitwirkende







Russisch-orthodoxe Kirchengemeinde

A Spielplatz

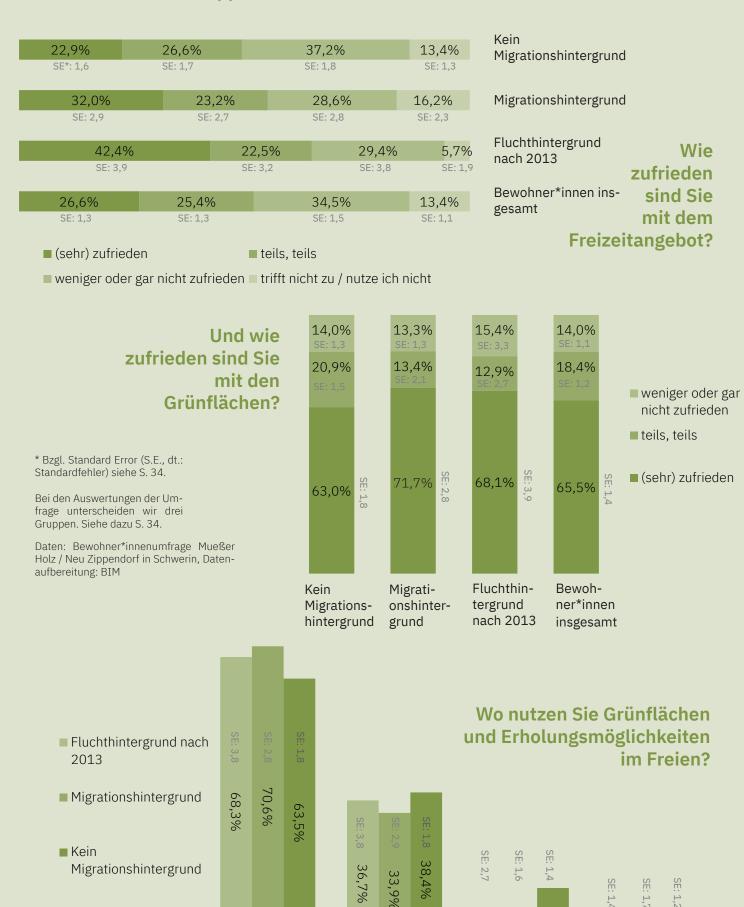
Öffentliches Sportfeld/ -angebot

Institutionelles/ zivilgesellschaftliches Angebot

Gemeinschaftsgarten

### Räume & Infrastruktur

### Mueßer Holz / Neu Zippendorf in Schwerin



6

#### Begegnungsraum Keplerplatz

Der Keplerplatz, von der Keplerpassage bis zum Bertha-Klingberg-Haus, ist das Zentrum von Schwerin-Mueßer Holz. Er ist gekennzeichnet durch den Vorbereich des Einkaufscenters Kaufland, die viel befahrene Hamburger Allee, die Straßenbahn und ihre Haltestellen, einen Imbiss sowie einen Obst- und Gemüsestand. 'Am Stein' gibt es Sitzbereiche und einen nahen Spielplatz. Der Platz ist damit Treffpunkt, Anlaufstelle und belebter Mittelpunkt, der aber sehr unterschiedlich wahrgenommen wird: die einen meinen, es ist ein lebendiger Platz, den viele Menschen gerne nutzen, die anderen stört der Dreck, der Lärm und der Alkoholkonsum. In der aufgrund der zunehmenden Nutzungskonflikte und Beschwerden ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe Keplerplatz diskutieren Akteure aus dem nahen Umfeld des Keplerplatzes, die Ortsbeiratsvorsitzende, die sozialdiakonische Arbeit der Petrusgemeinde, die Kontaktbeamten der Polizei und das Quartiersmanagement gemeinsam mit Anwohner\*innen und Nutzer\*innen, wie es mit dem Keplerplatz weitergehen kann. Wichtig an diesem Prozess ist die Beteiligung und Aktivierung der Betroffenen durch eine Funktion als Kümmernde und somit ein hohes Maß an Selbstwirksamkeitserfahrung. Um ein Wir-Gefühl zu erzeugen, wurde dem Langzeitprojekt der Titel 'Aktion Keplerplatz! gemeinsam. neu. gestalten.' gegeben und ein entsprechendes Logo entworfen. Das Langzeitprojekt ist bestückt durch viele Kleinprojekte. Bereits in der Durchführung befindet sich das trägerübergreifende Projekt gegen die Müllproblematik am Keplerplatz. Die Jugendfirma des Nachbarschaftstreffs

ZiMT vom VSP gGmbH hat in Kooperation mit der Petrusgemeinde Müllbehälter gebaut und kümmert sich um die Müllentsorgung. Zwei Dixi-Toiletten wurden am Rande des Platzes aufgestellt und werden von zwei Personen mit Funktion als Kümmernde auf- und zugeschlossen, gereinigt und betreut. In jüngster Zeit wurden die Schwerlastenanhänger ,HAWAZUZI' (Handwagen zum Ziehen) gebaut und werden von zwei Nutzer\*innen des Platzes vermietet, gewartet und regelmäßig verbessert. Außerdem gibt es eine kümmernde Person die sich um alle Ordnungsaufgaben auf dem Platz kümmert.

Hierzu zählen zum Beispiel die Grünpflege sowie die Beseitigung von Scherben und Zigarettenstummeln. Durch die enorme Identifikation der Nutzer\*innen mit dem Ort entsteht ein großes Verantwortungsgefühl und Engagement. Das Quartiersmanagement sieht regelmäßig nach dem Rechten und veranstaltet jede Woche gemeinsam mit dem Mitarbeiter der Petrusgemeinde eine Open-Air-Sprechstunde an der Planbude, einem temporären Ideen-Ort, an dem Vorschläge für die Neugestaltung des Keplerplatzes gesammelt werden.

#### Autorinnen:

Stefanie Rößler, Katja Friedrich, Sara Köhler, Anne-Katrin Schulz

#### In Kooperation mit:

Die Platte lebt e.V. Bauspielplatz Schwerin e.V.



"Es gibt Spielplätze, aber wenige und es gibt nicht so viele Spiele, die die Kinder unterhalten können. Nicht so richtig. Es gibt kein Fitness-Studio nur für Frauen. Nur für Frauen.

Wir brauchen das."



53

Quelle: K. Friedrich, IÖR-Media



# (ZUSAMMEN)LEBEN IM QUARTIER

Welche Perspektiven haben Bewohner\*innen auf ihr Stadtviertel und welche Erfahrungen machen sie dort? Das folgende Kapitel behandelt diese Frage in Bezug auf verschiedene Aspekte. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie lokale Infrastrukturen, soziale Netzwerke und Begegnungen erlebt werden und welche Zugänge und Ausschlüsse in diesem Kontext existieren.



#### Autor\*innen:

Nihad El-Kayed, Leoni Keskınkıliç, Vojin Šerbedžija, Anna Wiegand, Yağmur Dalga, Hêlîn Demirkol

- 1 Putnam, R. D. (2007): E Pluribus Unum: Diversity and community in the twenty-first century. In: Scandinavian Political Studies 30/2, 137–174.
- 2 Gilroy, P. (2004): After empire. Melancholia or convival culture? London: Routledge.

Nowicka, M.; Vertovec, S. (2014): Comparing convivialities: Dreams and realities of living-with difference. In: European Journal of Cultural Studies 17(4), 341–356.

#### (Zusammen)Leben - Zugänge und Ausschlüsse im Ouartier

Was gutes Zusammenleben in Stadtteilen mit einer diversen Bewohner\*innenstruktur ausmacht, ist eine oft behandelte Frage, die sehr unterschiedlich betrachtet wird. Es wird zum Beispiel untersucht, inwiefern man anderen Menschen im Stadtviertel vertraut oder mit ihnen Kontakt hat<sup>1</sup>, was oft dazu führt, dass Homogenität positiver bewertet wird und soziale Ungleichheiten aus dem Blick geraten. Eine andere Perspektive untersucht unter dem Stichwort "Konvivialität", inwieweit sich auch unter Bedingungen von Konflikten und Auseinandersetzungen neue Modi des Zusammenlebens herausbilden, die durch Respekt, Anerkennung und Gleichberechtigung geprägt sind und in denen Diversität "gewöhnlich" wird<sup>2</sup>. Bei der Betrachtung von lokalem (Zusammen)Leben geht es daher nicht unbedingt um ein harmonisches "Zusammen", also zum Beispiel darum, dass sich die Bewohner\*innen eines Stadtteils gut verstehen, die gleichen Werte teilen oder sich persönlich kennen, sondern auch darum, Konflikte, Hierarchien und Ausschlüsse sichtbar zu machen. Auch ein ,Nebeneinanderherleben' kann vor diesem Hintergrund erstrebenswert sein.

Im Folgenden betrachten wir, welche Zugänge Geflüchtete in den Großwohnsiedlungen haben – zu ihrem Umfeld, den Infrastrukturen und anderen Bewohner\*innen – aber auch, auf welche Ausschlüsse und Konflikte sie treffen und wie sich das Leben vor Ort in diesem Kontext gestaltet. Das betont zum einen die Gleichzeitigkeit von konflikthaften und unterstützenden Aspekten der Stadtteile und zeigt zum anderen auf, was das Alltagsleben von Geflüchteten positiv wie negativ prägt und wie die Stadtteile inklusiver gestaltet werden können.

Einwanderung ist in den Siedlungen kein neues Phänomen. Vor 2014/15 stellten Personen mit postsowjetischem Migrationshintergrund die größte migrantische Gruppe in den drei untersuchten Stadtvierteln. Diese kamen in den 1990er Jahren vor allem als (Spät-)aussiedler\*innen und jüdische Kontingentflüchtlinge nach Deutschland. Seit 2014 hat sich der Anteil von Bewohner\*innen mit nicht-deutschen Staatsangehörigkeiten in ostdeutschen Großwohnsiedlungen stark erhöht und die Herkunftsgruppen sind diverser geworden. Die Zusammensetzung der Bewohner\*innenschaft nach Altersgruppen, Migrationshintergrund und Herkunftsland hat sich dadurch stark verändert. Damit haben auch an-



dere Sprachen in die Stadtviertel Einzug gehalten und die Bedarfe, z. B. in Bezug auf Sprachvermittlung, haben sich verändert. Darüber hinaus änderte sich durch die Fluchtmigration seit 2014/2015 auch die Alterszusammensetzung der Bevölkerung, so dass wieder mehr Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen leben.

Wir unterscheiden im Folgenden in Bezug auf Migrationserfahrungen in drei Gruppen: a) Personen ohne Migrationshintergrund, b) Personen mit Migrationshintergrund, die nicht zur Gruppe der Geflüchteten seit 2014/2015 gehören und c) Personen mit Fluchthintergrund, die seit 2014/2015 nach Deutschland gekommen sind. Die Angehörigen dieser drei Kategorien treffen auf unterschiedliche Rahmenbedingungen in den Quartieren, die im Folgenden auf Basis von Befragungen in den drei Untersuchungsquartieren im Projekt StadtumMig beschrieben werden³. Im Fokus dieses Beitrags steht vor allem die Perspektive von Bewohner\*innen, die seit 2014/2015 nach Deutschland geflüchtet sind. Die Daten zeigen, dass das Leben im Quartier für Geflüchtete zum einen durch Unterstützung und Austausch und zum anderen durch Konflikte, Ausschluss und Diskriminierung geprägt ist.

#### Unterstützung

In welchem Ausmaß erfahren Geflüchtete in den Stadtvierteln Unterstützung? In der Umfrage, die wir in der Schweriner Großwohnsiedlung Mueßer Holz / Neu Zippendorf durchgeführt haben, haben wir Geflüchtete und andere Bewohner\*innen danach gefragt, ob, durch wen, wo und in welcher Sprache sie bei verschiedenen Dingen Unterstützung erfahren haben – u. a. bei der Arbeits- oder Wohnungssuche, bei Kinderbetreuung oder Asyl- und Aufenthaltsfragen (vgl. Tabelle).

- 3 Die Forschungsfragen des BIM wurden mit einer quantitativen Umfrage in Mueßer Holz / Neu Zippendorf in Schwerin und qualitativen Interviews in allen drei Städten untersucht. An der Einwohner\*innenumfrage haben knapp 1.300 Personen teilgenommen. In den drei Stadtvierteln wurden insgesamt 35 qualitative Interviews durchgeführt.
- 4 Bei den Auswertungen der Umfrage unterscheiden wir drei Gruppen. Siehe dazu S. 34.

#### Erläuterungen zur Tabelle:

Für Auswahlwahrscheinlichkeit gewichtete Daten. Mittlerer Anteil erhaltener Unterstützung in Prozent, Standardfehler (SE) in Klammern (S.E.: siehe Seite 34). Kategorien unter 30 Fällen und Zellbesetzungen unter 5 Fällen werden nicht ausgewiesen. a: nur Personen, die Unterstützung entweder erhalten oder benötigen, aber nicht erhalten haben (ohne Personen, die angegeben haben, keine Unterstützung benötigt zu haben)

b: nur Personen, die Unterstützung erhalten haben

\*\*\* p<0,001; \*\* p<0,005; \*p<0,05, + p>0,1; p-Werte immer im Vergleich zur Kategorie "kein Migrationshintergrund" (ANOVA)

#### Erhaltene Unterstützung4:

	Personen ohne Migrationshintergrund		Personen mit Migrationshintergrund		Personen mit Fluchthintergrund nach 2013		Total	
	mittlerer Anteil (%)	S.E.	mittlerer Anteil (%)	S.E.	mittlerer Anteil (%)	S.E.	mittlerer Anteil (%)	S.E.
Unterstützung erhalten (insgesamt) <sup>a</sup>	77,6	(2,7)	66,9	(3,7)*	58,1	(3,4)***	70,8	(1,9)
Unterstützung durch b								
Organisation	31,0	(3,5)	32,4	(4,3)	62,3	(4,0)***	36,9	(2,4)
Einzelpersonen	45,1	(3,8)	47,9	(4,7)	24,5	(3,5)***	42,4	(2,5)
Unterstützung erhalten Ort b								
Stadtviertel	45,6	(3,7)	54,1	(4,9)	36,4	(4,7)	46,5	(2,6)
andere Viertel Schwerin	39,9	(3,7)	33,6	(4,6)	57,5	(4,6)***	41,2	(2,5)
Deutschland	-	-	-	-	-	-	-	
Ausland	-	-	-	-	-	-	-	
online/telefon	9,6	(2,2)	10,8	(3,1)	2,5	(0,9)+	8,7	(1,5)
Sprache Unterstützung <sup>b</sup>								
Deutsch	100,0	(0,0)	52,7	(4,9)***	83,6	(3,6)***	83,0	(2,0)
Arabisch	-	-	-	-	13,0	(2,8)***	2,2	(0,5)
Russisch	-	-	43,1	(4,9)***	-	-	13,5	(1,9)
Andere	-	-	-	-	-	-	1,1	(0,6)
Andere Sprache wäre besser gewesen <sup>b</sup>	3,3	(1,6)	19,3	(5,2)**	36,3	(5,3)***	13,9	(2,1)



Die Ergebnisse zeigen, dass Geflüchtete im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund weniger oft Unterstützung erhalten, obwohl sie sie benötigt hätten. Die Unterstützung, die sie bekommen, erhalten sie darüber hinaus wesentlich öfter durch Beratungsstellen, Vereine oder andere Organisationen. Diese Art der Unterstützung findet jedoch im Vergleich zu privater Unterstützung durch Einzelpersonen vor allem in anderen Vierteln der Stadt statt (Analyse nicht in Tabelle abgebildet). Geflüchtete berichten daher auch in größerem Ausmaß als andere Bewohner\*innengruppen, dass sie Unterstützung in anderen Stadtvierteln Schwerins erhalten haben. Ob privat oder durch Organisationen: Geflüchtete erhalten im Schnitt nur 13% der Unterstützung auf Arabisch – der am weitesten verbreiteten Muttersprache unter den geflüchteten Befragten – und in weit überwiegendem Maß auf Deutsch. Sie geben daher öfter als andere Bewohner\*innen an, dass es besser gewesen wäre, wenn sie die Unterstützung in einer anderen Sprache erhalten hätten.

Wir wissen aus den qualitativen Interviews, dass sich Geflüchtete dort, wo Beratung in ihrer Sprache bereitgestellt wird, besonders effektiv und niedrigschwellig unterstützt fühlen, wie in diesem Beispiel deutlich wird:

"Ich habe [von der Einrichtung] von anderen Menschen erfahren. Und das ist ganz hilfreich, z. B. helfen sie dabei, einen Antrag auszufüllen, ein paar Unterlagen zu erledigen. Und ich habe das Gefühl, dass sie nicht alle hundertprozentig Deutsche sind. Sie reden auch Arabisch dort, ich habe gute Erfahrungen gemacht." (Interview geflüchtete Bewohnerin, Sandow, Cottbus).

Ein Beispiel dafür, wie Unterstützung durch Einzelpersonen im Viertel aussehen kann, wird in diesem Zitat deutlich:

"Mit den Nachbarn auf der linken Seite habe ich einen sehr guten Umgang. Die waren auch sehr hilfsbereit. Die haben geholfen mit Übersetzungen von Briefen und solche Angelegenheiten. Die kamen auch zum Kaffeetrinken." (Interview geflüchteter Bewohner, Südliche Neustadt, Halle (Saale)).

Es zeigt sich insgesamt, dass Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete in den Großwohnsiedlungen zwar vorhanden sind, dass der Bedarf jedoch weitaus größer als das Angebot ist. Unterstützung erhalten Geflüchtete darüber hinaus häufiger an anderen Orten der Stadt. Insgesamt spielt Sprache eine wichtige Rolle bei dem Zugang zu Unterstützungsstrukturen. Vor allem mehrsprachige Angebote von Beratungsstellen, Schulen, Kindergärten und Sozialarbeit können besonders effektiv Unterstützung und Beratung bereitstellen, sind jedoch nur in begrenztem Maße vorhanden.

#### Konflikte, Ausschluss und Diskriminierung

Der Alltag von Geflüchteten in den Stadtvierteln ist maßgeblich von Konflikten, Ausschluss und Diskriminierung geprägt. Etwa zwei Drittel der in den Umfragen befragten Geflüchteten berichten, dass sie sehr häufig, häufig oder manchmal das Gefühl haben im Stadtviertel wegen ihrer Her-



kunft, Nationalität, Hautfarbe oder Religion aufzufallen. Mehr als ein Drittel berichtet davon, dass manchmal bis sehr häufig Situationen auftreten, in denen sie aufgrund von Vorurteilen im Zusammenhang mit Herkunft, Hautfarbe, Nationalität oder Religion im Stadtviertel schlechter behandelt werden. Diese diskriminierenden Situationen erfahren sie vor allem auf der Straße, im öffentlichen Nahverkehr sowie im Park oder auf dem Spielplatz. Auch in persönlichen Schilderungen wird deutlich, dass Beleidigungen und Angriffe in öffentlichen Räumen eine große Rolle spielen. Hier werden zudem die Auswirkungen für die Betroffenen deutlich:

"Es gibt zwar keine bestimmten Orte, wo wir nicht gerne hingehen, aber oft ist es hier so am Abend, dass wir dann schon spätestens um 19 Uhr zu Hause sind, weil … es gibt dann auch Leute, die sind Alkoholiker. Wir werden dann beleidigt oder angespuckt. Die trifft man überall plötzlich und manche nicht nur draußen, sondern manche beleidigen auch vom Fenster aus, von zuhause aus, werfen Flaschen. Manche machen das Fenster auf und hauen dann ihre Sprüche raus. Sie werfen mit irgendwelchen Gegenständen und dann machen sie das Fenster ganz schnell zu." (Interview geflüchtete Bewohner\*in, Südliche Neustadt, Halle (Saale))

Von offenem antimuslimischem Rassismus im direkten Wohnumfeld erzählt diese geflüchtete Bewohner\*in:

"Wir haben einen Nachbar, drei Häuser weiter, … der sagt immer: "Wir möchten keine Moslems in Deutschland. Die deutschen Frauen tragen kein Kopftuch. Warum tragen Sie, nicht Sie - "Du", warum trägst Du ein Kopftuch? Hier kein Kopftuch.'…" (Interview geflüchtete Bewohnerin, Sandow, Cottbus).

Ein Viertel der befragten Geflüchteten macht diskriminierende Erfahrungen auch in ihrem Wohnhaus und die daraus hervorgehenden Konflikte und Spannungen spielen auch bei der persönlichen Schilderung von Erfahrungen eine wesentliche Rolle. Ein wiederkehrender Anlass für Konflikte in der direkten Nachbarschaft ist die Lautstärke der Kinder. Darin wird oft eine vermeintliche Ruhestörung gesehen und es werden auffallend schnell offizielle Stellen wie Polizei, Jugendamt, Sicherheitsdienst oder Wohnungsunternehmen angerufen:

"Der [eine Nachbar] konnte die Kinder spielen und laufen hören. Und einmal habe ich einen Kaffee gekocht, heißen Kaffee. Und dann kommt meine kleine Tochter und hat etwas Heißes getrunken. Und sie hat sich ihren Mund verbrannt. Und sie weint und weint und weint. Und mein Nachbar hat sofort die Polizei angerufen und hat erzählt: "Er schlägt seine Kinder". Und dann kommt die Polizei sofort. Aber die Polizei hat alles gesehen und ein Polizist hat mir gesagt: "Tut mir leid, aber wir haben eine Beschwerde und müssen kommen." Aber alles in Ordnung" (Interview geflüchteter Bewohner, Mueßer Holz / Neu Zippendorf, Schwerin).

Insgesamt zeigt sich, dass Konflikte und Diskriminierungen ein wesentlicher Teil des Alltags von Geflüchteten in den Stadtvierteln sind und ihre



Lebensqualität stark einschränken. Dies gilt zum einen für den öffentlichen Raum, wo viele geflüchtete Bewohner\*innen versuchen, bedrohlichen Situationen aus dem Weg zu gehen, in denen Sie zum Beispiel auf der Straße oder im ÖPNV für ihre Herkunft, Hautfarbe oder Religion angefeindet werden. Zum anderen spielt Diskriminierung durch direkte Nachbar\*innen eine wesentliche Rolle und schränkt das Sicherheitsgefühl von geflüchteten Bewohner\*innen oft stark ein.

#### **Fazit**

Die untersuchten Quartiere bieten Unterstützung und Kontaktmöglichkeiten, die jedoch ausbaufähig sind. Insbesondere mehrsprachige Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sind wichtig, um auch Personen mit geringen Deutschkenntnissen zu erreichen. Dort, wo diese vorhanden sind, ist Beratung, Unterstützung und Verständigung oft besonders effektiv und erfolgreich<sup>5</sup>. Der Alltag für geflüchtete Bewohner\*innen in den Großwohnsiedlungen ist jedoch auch stark durch Diskriminierung, Anfeindungen und Angriffe im öffentlichen Raum und im Wohnhaus geprägt. Geflüchtete schildern in persönlichen Gesprächen zum Teil eindrücklich, wie sie versuchen, die gut funktionierenden Aspekte des lokalen (Zusammen)Lebens mit den konflikthaften auszubalancieren:

"Ehrlich, ich finde Sandow in Cottbus, nahe der Stadtmitte, schon gut... hier finde ich Sicherheit für meine Kinder, auch wenn ich auf der Straße laufe, das ist sicherer als andere Stadtteile. ... Einmal hatte meine Nachbarin Streit mit einem Mann [aus der Nachbarschaft]. ... Der hat ein Problem mit dem Kopftuch... Aber zum Glück haben wir [ansonsten] gute Nachbarn. Das ist sehr wichtig." (Interview geflüchtete Bewohnerin, Sandow, Cottbus)

In dem Zitat zeigt sich eine Gleichzeitigkeit von geschätzten und konflikthaften Aspekten des Lebens im Stadtviertel. Auf der einen Seite sind Geflüchtete oft froh darüber, eine eigene Wohnung in einem für Kinder sicheren und ruhigen Wohnumfeld zu haben, sie schätzen das Vorhandensein von unterstützenden Kontakten zu Nachbar\*innen und mehrsprachigen Netzwerken sowie Beratungsstellen. Auf der anderen Seite schränken rassistische Anfeindungen im öffentlichen Raum und durch direkte Nachbar\*innen das alltägliche Leben stark ein.

Um die Stadtviertel für Geflüchtete und andere neu ankommende Migrant\*innen weiter zu öffnen, ist es besonders wichtig, mehrsprachige und diversitätssensible lokale Angebote weiter auszubauen. Darüber hinaus sollten antirassistische Haltungen und Institutionen in den Vierteln gestärkt werden – z. B. durch Anti-Rassismus-Trainings in lokalen Einrichtungen oder Opferberatungsangebote für Betroffene von rassistischer Gewalt und Diskriminierung. Bei der Bearbeitung dieser Thematiken ist es zentral, migrantische Selbstorganisationen mit einzubeziehen und diese durch finanzielle Mittel und Räumlichkeiten dabei zu unterstützen, auch eigene Angebote entwickeln zu können.

<sup>5</sup> El-Kayed, N.; Keskinkılıç, L.; Juhnke, S.; Hamann, U. (2021): Nachbarschaften des Willkommens – Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in super-diversen Quartieren (NaWill). Abschlussbericht. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin. DOI: 10.18452/22850.



#### **Autorinnen:**

Madlen Pilz, Stefanie Rößler, Katja Friedrich

# Die zwei Seiten der Infrastrukturen: Unterstützung und eingeschränkte Teilhabe

Infrastrukturen sind die Schlagadern eines Quartiers. Sie bilden ein materielles und immaterielles, soziales und räumliches Netz von Versorgung, Angeboten und Möglichkeiten in Form von Freiflächen, Schulen und Kindergärten bis hin zu Vereinen und Beratungsangeboten (siehe Räume und Infrastrukturen). Auch wenn bei der Planung, der Umsetzung und dem täglichen Betrieb von Infrastrukturen Wert daraufgelegt wird, dass diese inklusiv sind und allen offenstehen, können sie dennoch, oft unbeabsichtigt, zur Reproduktion von Ausgrenzung und zu einer eingeschränkten Teilhabe in der Gesellschaft beitragen.



Nahversorgungs- und Infrastrukturangebot "Am Treff" (Südliche Neustadt, Halle)

Ursache für den Ausschluss bzw. für den fehlenden Zugang zu Infrastrukturen ist die oftmals fehlende Reflektion darüber, wessen Interessen, Möglichkeiten und Bedürfnisse bei der Planung und Organisation von Infrastrukturen im Vordergrund stehen und wer möglicherweise nicht berücksichtigt wird. Einfluss darauf haben auch unterschiedliche politische Zielsetzungen, die die Umsetzung von Infrastrukturen implizit beeinflussen. Denn verschiedene Akteure auf unterschiedlichen strukturellen Ebenen kooperieren bei der Gestaltung der Infrastrukturlandschaft im Einwanderungsquartier, sei es bei der Entscheidung über Schulstandorte, beim Betrieb von

Beratungsangeboten, bei der Planung von Freiraumnutzungen oder bei Fördermittelentscheidungen für Vereine. In der Planung, Organisation und bei der finanziellen Unterstützung spielen die Ziele der jeweils am Prozess beteiligten Ressorts, z. B. Stadtplanung, Soziales oder Integration, eine Rolle. Die Perspektiven Betroffener sind dabei nicht immer ausreichend präsent, zudem beeinflussen mehrheitsgesellschaftliche Positionen, Konflikte und öffentliche Debatten die Entscheidungen. Inwiefern spezifische Bedürfnisse von Personen mit Migrationsgeschichte, z. B. sprachlicher Art, und weitere potenziell exkludierende Mechanismen mitgedacht und reflektiert werden, beeinflusst maßgeblich die Funktionsweise der Infrastrukturen und macht sie zu Orten der Inklusion oder auch des Ausschlusses. Um es kurz zu sagen: Infrastrukturen sind nur dann offen für unterschiedliche, diversifizierte Bedürfnisse und Personengruppen, wenn diese Diversität auch in der Planung, der Ausgestaltung und der Unterstützung berücksichtigt wird. Um Inklusion und Teilhabe zu ermöglichen, muss jedoch nicht jede Infrastruktur alle Gruppen und Bedürfnisse adressieren – es sollte aber für alle Gruppen und jedes Bedürfnis ein passendes Angebot vorhanden sein, das dann auch entsprechend unterstützt wird<sup>1</sup>. Wie sich das im Detail darstellt, wird an zwei Beispielen aufgezeigt: einer zivilgesellschaftlichen Organisation, die als Verein um eine institutionelle und finanzielle Unterstützung kämpfen muss, und einem Stadtteilpark, der vor allem ein Anlaufpunkt für Kinder und Jugendliche ist.

## Zivilgesellschaftliche Organisationen als wichtige soziale Infrastruktur im Zuwanderungsquartier

Der gemeinnützige Verein Ma'an e. V. wurde 2016 gemeinsam von syrischen und deutschen Schweriner\*innen gegründet und hat sein Büro dort eröffnet, wo die meisten arabischsprachigen Bürger\*innen wohnen: in der Großwohnsiedlung Mueßer Holz. Der Verein bietet verschiedene Bildungs- und Kulturaktivitäten an und versteht sich als Vernetzungsplattform. Zum Angebot gehören schulische Nachhilfeangebote, Schwimmunterricht, Fahrrad- und IT-Kurse. Der Verein hat eine Theatergruppe und organisiert ein internationales Lesefestival, des Weiteren eine Sonntagsschule zur arabischen Sprachvermittlung für arabischsprachige Kinder, damit diese sich mit ihren Verwandten in den Herkunftsländern unterhalten können.

Mittlerweile wird die Sonntagsschule für den Arabischunterricht von der Stadtverwaltung unterstützt, doch am Anfang stieß das Projekt auf viel Unverständnis und es war dementsprechend schwer, eine finanzielle Unterstützung zu bekommen. Deutsche Mitbürger\*innen, aber auch Mitarbeitende der Stadtverwaltung verstanden nicht, warum arabischsprachiger Unterricht wichtig ist und gefördert werden sollte. Für sie stand die Unterstützung des Erwerbs der deutschen Sprache im Vordergrund. Diese Sichtweise entspringt dem grundsätzlichen Verständnis des Integrationsgedankens: Eingewanderten soll durch den schwerpunktmäßigen Erwerb der deutschen Sprache eine gute Teilhabe in der neuen Heimat ermöglicht werden.

Zu selten noch ist Teil dieses Integrationsverständnisses auch der Gedanke, dass zu einer erfolgreichen Beheimatung in einem neuen Land auch eine gute und stabile Beziehung zum Herkunftsland gehören kann. Wohingegen Erfahrungen der Verneinung oder gar Abwertung der eigenen Herkunft das Selbstwertgefühl von Menschen stark beeinträchtigen und der Integration insbesondere jüngerer Generationen nachhaltig schaden können. Zu selten wird auch daran gedacht, dass beispielsweise arabische Sprachkenntnisse über den individuellen Gebrauch hinausgehend einen Wert haben. Sprachkundige der arabischen und der deutschen Sprache können auch in der Zukunft privat und beruflich als Mittler\*innen zwischen Menschen in Politik-, Wirtschafts- oder auch Religionsfragen fungieren. Die Herkunftssprache nicht zu verlieren, hat einen großen Wert für die Persönlichkeitsbildung und zukünftige Berufsmöglichkeiten².

Im Moment des Unverständnisses und der Nichtunterstützung der Sonntagsschule trafen zwei verschiedene Integrationsverständnisse aufeinander, wobei das Verständnis der "Deutschen" im Vergleich zum Verständnis des Vereins zunächst dominant war. In vielen kommunalen Integrationskonzepten wird die Bedeutung guter deutscher Sprachkenntnisse für eine erfolgreiche Integration, aber nicht die der Herkunftssprache beschrieben, was bei der Vergabe finanzieller Mittel

<sup>1</sup> Meeus, B.; Arnaut, K.; van Heur, B. (2018): Arrival Infrastructures. Migration and Urban Social Mobility. Palgrave Macmillan.

<sup>2</sup> Vergleiche dazu auch den Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit (2021): Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten, S. 107.

somit eine Nichtförderung offiziell begründen kann. Das ist eine Zeit lang auch geschehen, so dass der Verein den Sprachlehrer\*innen z. B. keine Kompensationen für die Vorbereitung und Durchführung der Arabischstunden zahlen konnte und die ehrenamtliche Tätigkeit der Lehrer\*innen wiederum auch nicht in gleicher Weise anerkannt wurde, wie anderes ehrenamtliches Engagement.

An diesem Beispiel lässt sich die Dominanz des mehrheitsgesellschaftlichen Integrationsverständnisses und dessen Auswirkungen auf die konkreten Arbeitsmöglichkeiten eines Vereins, auf die Ungleichstellung von ehrenamtlichem Engagement sowie die direkten ökonomischen und sozialen Auswirkungen für die Freiwilligen gut beobachten. Das Beispiel zeigt die möglichen Auswirkungen auf, wenn das inklusive Ziel infrastruktureller Angebote nur partiell umgesetzt wird oder nicht erkannt und anerkannt wird<sup>1</sup>.

## Der "Platten-Park" zwischen Begegnungsort und nutzungsoffener Freifläche



Der "Platten-Park" inmitten großer Freiflächen im Süden von Schwerin-Mueßer Holz

Die Darstellungen beruhen auf einem Interview mit Vertreter\*innen des Ma'an e. V. im Januar 2020. Mittlerweile konnte der Kooperationspartner IB dem Verein pandemiebedingt nicht mehr ausreichend Schulräume für den Unterricht zur Verfügung stellen, weshalb der Verein aktuell vor neuen Schwierigkeiten steht, das Angebot abzusichern.

2 Weblink: http://www.dieplattelebt.de Das Areal des "Platten-Parks" sowie sein Umfeld im Schweriner Stadtteil Mueßer Holz sind durch Rückbau entstanden. Die Gestaltung und der Name gehen auf den Verein "Die Platte lebt" zurück, einer Initiative von Anwohner\*innen, die durch das Quartiersmanagement unterstützt wurde. Sie hatte sich zum Ziel gesetzt, die Fläche mit recycelten Plattenbauelementen als künstlerisch gestaltete Scheiben oder als Füllmaterial in Drahtkörben aufzuwerten und zu beleben<sup>2</sup>. Seit 2012 finden auf dem Areal Aktivitäten statt. Der ca. 1,8 ha große Park mit Sitzgelegenheiten, Wegen, Staudenpflanzungen und Bienenstöcken grenzt an weitere Sport- und Spielfelder. Die wenigen niedrigen Gebäude auf dem Gelände sind den vor Ort aktiven Vereinen zugeordnet (Halle des Familientreffs,

Container und Bauwagen vom Verein "Ost 63", kleines Holzhaus des Vereins "Die Platte lebt" sowie eine Sporthalle, u. a. betreut vom Internationalen Bund für das Angebot von Boxkursen). Sie nutzen und bespielen den Park mit Festen sowie regelmäßigen Betreuungsangeboten und Aktivitäten bis hin zur Versorgung mit Essen durch die Kindertafel. Letztere führte zur Etablierung spezifischer Vereine mit Betreuungsangeboten für die bei der Tafel versorgten Kinder. Die Angebote des bürgerschaftlichen und institutionalisierten Engagements in und um den "Platten-Park" kompensieren in gewisser Weise den Mangel an entsprechenden Freizeit- oder Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche. Es kristallisiert sich ein wichtiger, teils betreuter, teils offener Treffpunkt für Jugendliche im Park heraus, die sich mit ihren Aktivitäten und gestalterischen Eingrif-

fen hier ihre eigene Atmosphäre im öffentlichen Raum schaffen. Jedoch erreichen die engagierten Vereine und sozialen Träger nur Teile der Bewohner\*innenschaft. Die vorhandenen Angebote sind zwar vielfältig und tragen dazu bei, den Park zu beleben. Sie sind allerdings projektgebunden oder ehrenamtlich und damit unsicher in ihrer Langfristperspektive. Mit dem Fokus auf Kinder und sportinteressierte Jugendliche richten sie sich an eine explizite Zielgruppe. Dies schließt ggf. andere Personen aus, die nicht in dieses Spektrum passen. Zudem gibt es kaum Schnittmengen zwischen den Kindern und Jugendlichen im Park und anderen Bewohner\*innen, die außer zur Durchquerung kaum Anlässe haben, den Park zu nutzen

Die räumliche Einbettung in die umgebenden weiten Freiflächen, das Fehlen attraktiver Infrastrukturen wie Cafés oder Spielplätze und für Aktivitäten am Abend sowie am Wochenende begrenzen das Potenzial des Parks. Häufig sind die Jugendlichen auf der an sich nur wenig funktional bestimmten Fläche sich selbst überlassen. Oftmals findet gar keine Nutzung, und vor allem auch keine Nutzung durch Erwachsene statt. Die explizite Nutzung und Bespielung öffentlicher Freiräume durch die in der Nachbarschaft ansässigen Vereine und sozialen Träger trägt dazu bei, diese aufzuwerten und für bestimmte Zielgruppen attraktiv zu machen. Die spezifische Lesart des Platzes, sowie die relativ weite Entfernung zu den Wohngebäuden führen jedoch dazu, dass der Park weniger wohnungsnaher, alltäglicher Aufenthaltsort ist.

Das Beispiel zeigt, dass es in Anbetracht der sehr großen Fläche und der mangelnden städtischen Funktionen (wie gastronomische Angebote oder Einzelhandel) sowie einer fehlenden räumlichen Fassung durch Gebäude (samt Nutzer\*innen), schwer ist, lebendige von vielen verschiedenen Bewohner\*innen genutzte, öffentliche Begegnungsräume zu kreieren. Es bedarf für große Freiflächen mehr als engagierte Vereine, die mit guten Ideen, jedoch begrenzten Ressourcen die Bedürfnisse der Menschen aufspüren und zeitweise bedienen.



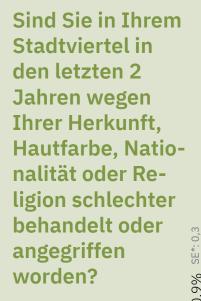
Im Areal des "Platten-Parks" in Schwerin Mueßer Holz befinden sich gestaltete Platten (in Verantwortung des Vereins "Die Platte lebt"), Wege, Wiesen, Bäume und ein umzäunter Bienenstock.

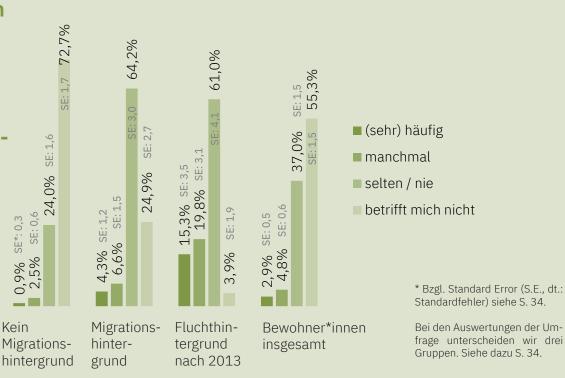


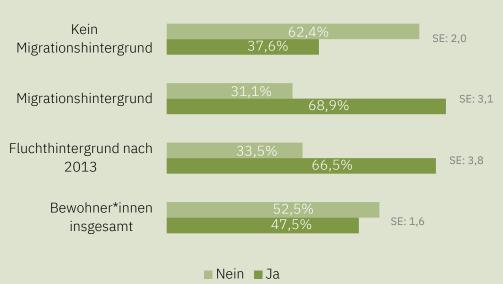
Graffiti an der Sporthalle (mit Basketballkorb) am Platten-Park in Schwerin-Mueßer Holz.

### (ZUSAMMEN)LEBEN IM QUARTIER

Mueßer Holz / Neu Zippendorf in Schwerin



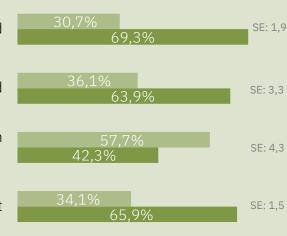




Haben Sie in Ihrem Stadtviertel persönlichen Kontakt zu Personen MIT Migrationshintergrund, die in Deutschland leben?

Haben Sie in Ihrem Stadtviertel persönlichen Kontakt zu Personen OHNE Migrationshintergrund, die in Deutschland leben?

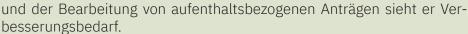




### Bleibeperspektiven

Autor: Voijn Šerbedžija

Hodan Abdulle\* ist Mitte 20 und 2015 als Geflüchteter aus Somalia nach Halle-Südliche Neustadt gekommen. Seine Partnerin lebt in einer anderen Stadt. In Zukunft würde er gerne mit ihr gemeinsam in Halle leben. Zwar hat Hodan in Somalia eine Fachausbildung absolviert, in Halle konnte er jedoch nur einen Job in einer Leiharbeitsfirma finden. Die Arbeitsbedingungen sind nicht optimal, gerade was den finanziellen Aspekt angeht: "Wir arbeiten genug und bekommen wenig Geld". Eigentlich würde Hodan lieber etwas in seinem erlernten Bereich machen und wünscht sich mehr Unterstützung durch die Behörden bei der Vermittlung adäquater Jobs. Auch bei der Gewährung von weiterführenden Sprachangeboten



Aktuell wohnt Hodan Abdulle allein in einer 1-Zimmer-Wohnung. Er ist mehrmals innerhalb von Halle umgezogen, teilweise arbeitsbedingt, und ist mit den Wohnverhältnissen und dem Nachbarschaftsleben in der Südlichen Neustadt zufrieden: "Ich wohne jetzt hier alleine in einer Wohnung, in einem Zimmer. Und meine Nachbarn sind okay. Wir haben ein gutes Verhältnis." In seiner Freizeit ist Hodan sportlich aktiv und hat dadurch viele Kontakte im Quartier geknüpft. Eines Tages entdeckte er auf dem Weg zum Jobcenter die Skaterbahn in der Neustadt. Dort, aber auch in naheliegenden Parks und Cafés, verbringt er seitdem viel Zeit mit Fußballspielen oder Fußballschauen mit jungen Leuten aus verschiedenen Ländern: "Als ich früher zum Jobcenter gehen musste (...) bin ich durchgelaufen, durch den Weg über die Skaterbahn und habe gesehen, dass die Leute spielen und es Spiele gibt und so weiter und da habe ich dann angefangen dort zu spielen. (...) Am Wochenende gehe ich zur Skaterbahn und manchmal gehe ich in eine Gaststätte, wo man ruhig sitzen kann (...) Ja, wir treffen uns. verschiedene Menschen aus verschiedenen Nationalitäten, die Fußball gucken kommen und wir kennen viele (...), ich bin auch bekannt hier, viele kennen mich. An den Fußballplätzen bin ich immer bekannt."

Auch im Alltag auf der Straße trifft Hodan Abdulle immer wieder Menschen, die er kennt und grüßt. Er erlebt aber auch Anfeindungen, beispielsweise von Trinkergruppen, versucht diese jedoch zu ignorieren, um potenziellen Konflikten aus dem Weg zu gehen: "Ja, es passiert manchmal, aber (…) ich gehe einfach weiter. Und ich gucke nicht und ich höre nicht. Manchmal laufen die betrunkenen Menschen auf der Straße rum, schreien rum, gucken komisch, dann laufe ich einfach so weiter. Da rein, da raus." Trotz solcher Vorfälle sieht Hodan aktuell keinen Grund aus Halle wegzuziehen, auch wenn er es in Zukunft nicht komplett ausschließt.

<sup>\*</sup> Der Name der Person wurde geändert und die Angaben zur Person anonymisiert.

### Anfeindungen

Autorin: Yağmur Dalga



Amara Naim\* ist alleinerziehende Mutter und wohnt seit 5 Jahren in Cottbus-Sandow. Bevor sie mit ihren Kindern in die erste eigene Wohnung in Cottbus-Sandow zog, lebte sie in einer Unterkunft in Brandenburg. Das Viertel Sandow wählte Amara, da bereits ihre Schwester dort lebte. Doch der Umzug in die eigenen vier Wände wurde schnell von rassistischen Anfeindungen durch eine Nachbarin im Wohnhaus überschattet. Amara Naim schildert die Anfeindungen ihrer Nachbarin wie folgt: "Sie sagte: 'Warum kommst du, ich möchte nicht, dass ihr hier wohnt.' Und sie hat so viel Papier in unseren Briefkasten getan. Sie hat geschrien, meine Kinder hatten Angst." Notgedrungen zog sie mit ihren Kindern zu ihrer Schwester, wo die Wohnverhältnisse sehr beengt waren: "Wir waren 7 Personen in einer Zwei-Zimmer-Wohnung." Mehrfache Anfragen nach

einer neuen Wohnung beim Jobcenter und der Hausverwaltung blieben zunächst ergebnislos, da der Rassismus durch die Nachbarin nicht als Umzugsgrund akzeptiert wurde: "Jobcenter sagt nein. Dieser Rassismus ist kein Grund." Trotz Einbeziehung der Polizei kommt es weder zu einer Lösung, noch zu einer Anzeige. Erst nachdem eine Freundin von Amara Naims Schwester ihr hilft und die Kommunikation mit den Institutionen übernimmt, bekommt die Familie eine neue Wohnung. Aber auch in der neuen, nahegelegenen Wohnung erfahren Amara und ihre Kinder anhaltende rassistische Anfeindungen durch Nachbar\*innen. Dennoch steht für Amara fest, dass sie im Viertel wohnen bleibt. Die Gründe dafür sind komplex: "die Schule ist hier, der Hort ist hier, ich arbeite hier in der Nähe (…). Ich habe auch meine Schwester, sie hat ein Problem mit ihrem Auge, ich muss jeden Tag eine Stunde, zwei Stunden bei ihr sein und deshalb kann ich nicht umziehen. Ich bleibe hier."

<sup>\*</sup> Der Name der Person wurde geändert und die Angaben zur Person anonymisiert.

### Unterstützungsstrukturen

Autorin: Leoni Keskinkılıç

Gefragt nach der Erreichbarkeit von Unterstützungsangeboten, geben geflüchtete Bewohner\*innen in Schwerin - Mueßer Holz / Neu Zippendorf an, dass dies oft eine Hürde darstellt. In den Interviews berichten sie, in beiden Quartieren kaum Unterstützungsstrukturen vorzufinden. Diesbezüglich führten ihre Wege eher in Richtung Innenstadt. Als zentrale Einrichtung nennen sie zum Beispiel eine im Zentrum liegende Migrationsberatung, wo auch eine arabischsprachige Mitarbeiterin tätig ist. Von mehreren Personen wird dieses Angebot positiv hervorgehoben. Auch Esma Mounir\* nahm dort Hilfe beim Ausfüllen von Formularen in Anspruch. Sie schildert, dass das Beratungsbüro zwar außerhalb des Viertels liegt, wenn der Verein je-



doch Veranstaltungen organisiert, sind "die meisten Veranstaltungen im Mueßer Holz, weil die meisten Teilnehmer aus Mueßer Holz kommen." Vor diesem Hintergrund hält sie es für wichtig, dass solche Angebote auch generell direkt vor Ort verankert sind, um sie besser in Anspruch nehmen zu können: "Es wäre schon sehr hilfreich, wenn es sowas im Mueßer Holz geben würde." Zum Teil entsteht jedoch auch der Eindruck, dass Angebote, die im Viertel vorhanden sind, aufgrund von Standortwechseln oder größeren Distanzen nicht (mehr) oder nur über Umwege gefunden werden: Esmas Mutter lernte beispielsweise ein Nachbarschaftszentrum im Wohnviertel erst durch die Veranstaltung einer Organisation außerhalb kennen: "Bei einem Treffen wurden wir zu dieser Organisation gebracht und so haben wir das Nachbarschaftszentrum kennengelernt und meiner Mutter gefiel es dort und sie fing dann dort auch an mit zu unterstützen." Größere Distanzen sind aber auch in Hinblick auf alltägliche Besorgungen besonders im Mueßer Holz ein wiederkehrendes Thema: Ein anderer Geflüchteter aus Mueßer Holz erzählt im Interview etwa, dass einige Supermärkte in der Nähe seien, andere, wie arabische Lebensmittelläden, "die sind so ein bisschen weit weg." So ergeht es auch Esma und ihrer Familie, selbst Läden innerhalb des Viertels lägen zum Teil weit voneinander entfernt und "dann fahren wir mit dem Auto".

<sup>\*</sup> Der Name der Person wurde geändert und die Angaben zur Person anonymisiert.

## ZUWANDERUNG ALS KOMMUNALES **HANDLUNGSFELD**

Zuwanderung ist traditioneller Bestandteil der städtischen DNA, trotzdem stellt die Integrationspolitik ein relativ junges kommunales Handlungsfeld dar, das mehrheitlich in den Bereich der freiwilligen Aufgaben fällt. Was dies für Städte in einer Zuwanderungssituation wie 2014/15 oder auch aktuell bedeutet, wie sie dafür aufgestellt sein müssen, wird am Beispiel der Organisation der städtischen Integrationspolitik in Schwerin, Halle und Cottbus diskutiert.



**Autorin:** Madlen Pilz

### **Zuwanderung als kommunales Handlungsfeld:** Strukturen, Akteure und Kooperationsformen

Spätestens seit der Süßmuth-Kommission ist Zuwanderung als kommunales Politikfeld in den Kommunen etabliert1. Bestandteil dessen ist u. a. die Berufung von Integrationsbeauftragten, die Erarbeitung von Konzepten und Leitbildern für die kommunale Integrationsarbeit sowie die Einbindung bzw. Beteiligung migrantischer Bewohner\*innen über verschiedene Modelle wie Beiräte oder Netzwerke<sup>2</sup>. Ein Großteil der Integrationsarbeit stellt jedoch eine freiwillige Aufgabe der Kommunen dar, die als Querschnittsaufgabe in den Verwaltungen verankert ist. In der Realität bringt das einige Herausforderungen mit sich. Eigene Mittel können nur in begrenztem Umfang für die Aufgaben veranschlagt werden, abhängig von der Haushaltssituation und oft auch von parteipolitischen Konstellationen. Des Weiteren setzt diese Situation die freiwillige Kooperation von Akteuren innerhalb der Stadtverwaltung und die Akzeptanz in den Ressorts voraus, sich zusätzlich zu den bereits vorhandenen Aufgaben mit der Thematik auseinanderzusetzen und ihre ohnehin knappen finanziellen Mittel entsprechend aufzuteilen.

Die Zuwanderungssituation 2014/15 machte deutlich, dass weder die vorhandenen Strukturen und das Personal noch die finanziellen Mittel in den Städten ausreichten, um die gewachsenen Integrationsaufgaben gut zu meistern. Wie sich Kommunen in dieser Situation neu organisieren können, wird am Beispiel der in Schwerin, Halle und Cottbus eingeschlagenen Wege diskutiert. Dabei wird deutlich, dass die Restrukturierung der Verwaltung nur ein Teil der Lösung ist. Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist die Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung.

#### Die Organisation der Integrationsarbeit in Schwerin, Halle und Cottbus

Als in den Jahren 2014/2015 die Zuwanderung syrischer Bürgerkriegsgeflüchteter in die Kommunen einsetzte, hatten Schwerin, Halle und Cottbus bereits Integrationsbeauftragte eingesetzt; in Schwerin und Halle (Saale) war die Integrationsarbeit bereits auf der Grundlage partizipativ erarbeiteter Konzepte strukturiert. Doch die vorhandenen Strukturen, die geringe Zahl der Mitarbeiter\*innen und Infrastrukturen in der Integrationsarbeit in den Städten reichten in der geänderten Situation nicht (2005): Erfolgreiche Integration ist kein mehr aus, um die Erstversorgung der Geflüchteten zu koordinieren. In allen drei Städten erfolgte deswegen eine Um- und Neustrukturierung.

- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2001): Zuwanderung gestalten, Integration fördern. Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung. Berlin.
- Bertelsmann Stiftung, Bundesministerium des Innern (Hrsg.) Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh.



Während Halle gleich zu Beginn eine neue Arbeitsstruktur – ein Dienstleistungszentrum – etablierte, erfolgte die Umstrukturierung in den anderen beiden Kommunen sukzessiv: In Schwerin übernahm zunächst eine verwaltungsinterne bereichsübergreifende Arbeitsgruppe die neuen Aufgaben, bevor sie später im Sozialdezernat gebündelt wurden. In Cottbus wurde ausgehend von der Koordinatorin für Asyl und ihrem schnell anwachsenden Arbeitsbereich die Migrationssozialarbeit komplett neu aufgestellt und damit auch eine Entwicklung für das Land Brandenburg angestoßen.

In Halle wurde bereits im September 2015 im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters das Dienstleistungszentrum Migration und Integration (DLZ) mit mehreren Personalstellen und verschiedenen Aufgabenbereichen etabliert. Anfangs bestand das Zentrum aus der Integrationsbeauftragten und dem Umzugs- und Betreuungsmanagement für Geflüchtete. Mit der Neugründung wurde auch gegenüber den Bürger\*innen und der Politik signalisiert, dass die Koordination der Zuwanderung eine hohe Priorität hat: "Das war der Impuls, [...] wir müssen zentral in der Verwaltung etwas steuern. Wir müssen die Aufgabe bewältigen und wir wollten natürlich auch ein Signal geben in die Stadtgesellschaft, dass wir sagen, wir nehmen diese Aufgabe an." (Leiter DLZ). Das Dienstleistungszentrum organisiert seitdem die Erstversorgung und Beratung von Eingewanderten und unterstützt die in die Integrationsarbeit eingebundenen Verwaltungsressorts, sozialen Träger, Initiativen und Migrant\*innenselbstorganisationen. Seit 2015 erfolgte die Eingliederung weiterer Fachbeauftragter, z. B. für Senior\*innen, für Kinder und Jugend, Behinderte, Gleichstellung sowie Demokratieförderung<sup>3</sup>. Diese Zusammenführung der unterschiedlichen Beauftragten mit ihren jeweils eigenen Zielgruppen und Aufgabenbereichen bringt einige Vorteile mit sich. Einerseits dient es der Festigung der neuen Verwaltungsstruktur. Andererseits befördert es den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Beauftragten: "Wir haben jetzt auch […] die Strukturen, um uns auszutauschen, denn es gibt im Migrationsbereich natürlich auch ältere Menschen, es gibt behinderte Menschen, wir haben Kinder und Jugendliche. Wir sehen das als gesamten Komplex, in dem wir sagen, es sind Menschen, die in unserer Stadt leben und wohnen und da liegt das Augenmerk." (Integrationsbeauftragte).

Halle: Eine neue kommunale Schnittstelle für Integration.

Nach der Organisation der Erstversorgung von Geflüchteten lag der Fokus in Schwerin zunächst auf der konzeptionellen Neujustierung der Integrationsarbeit. Der neue Sozialdezernent maß den Integrationsaufgaben eine hohe Priorität bei und veranlasste eine breit angelegte Verschränkung der traditionellen Aufgaben im Dezernat mit den Integrationsaufgaben: "Wir haben also ein neues Integrationskonzept geschrieben, haben eine neue Schulentwicklungsplanung veranlasst und auch die Kitabedarfsplanung fortge-

#### Schwerin: Integration als Querschnittsaufgabe im Sozialdezernat.

3 Die Fachstelle für Demokratieförderung wurde in Reaktion auf den Anschlag auf die Synagoge im Oktober 2019 in das Dienstleistungszentrum integriert. Damit einhergehend erfolgte auch die Umbenennung in Zentrum für Integration und Demokratie.



schrieben. Dann haben wir geguckt, wo weitere Schwerpunktthemen sind." (Sozialdezernent). Zur Bewältigung der Mehraufgaben in der Verwaltung, im Jobcenter und in den Zuwanderungsquartieren Neu Zippendorf und Mueßer Holz wurden zudem Integrations- bzw. Lotsenteams eingerichtet. Letztlich wurde 2017 die Stelle der Integrationsbeauftragten aus dem Bereich des Oberbürgermeisters ins Sozialdezernat transferiert. Diese Verschiebung ist eher ungewöhnlich – meist erfolgt eine Reorganisation in die andere Richtung, was dann als wachsendes Bekenntnis der Stadtspitzen zur Integration interpretiert wird. In Schwerin war die Umstrukturierung hingegen eine Reaktion auf die offensichtliche Überschneidung der Integrationsarbeit mit den sozialen Versorgungsaufgaben und eine Folge des starken Engagements des Sozialdezernenten in diesem Bereich. Für die Integrationsarbeit resultierte daraus die Möglichkeit, einige Aufgaben im Integrationsbereich mit den Pflichtaufgaben der Kommune im Sozialdezernat zusammenzuführen und finanziell zusätzlich abzusichern: "Einer der Schwerpunkte war Jugend, Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit. Dafür habe ich ein neues Strategiepapier veranlasst. [...] wir sind stolz darauf, dass wir pro Jahr 800.000 € mehr aus dem städtischen Haushalt für Jugend und Jugendsozialarbeit ausgeben. Viele der dadurch geschaffenen Stellen [...] sind im Mueßer Holz angesiedelt worden." (Sozialdezernent).

Cottbus: Integration als gesellschaftliche Öffnung.

Während in Halle und Schwerin der Prozess der Verwaltungsrestrukturierung Top-down verlief, wurde er in Cottbus, mit Unterstützung des damaligen Sozialdezernenten, Bottom-up, also von der Basis her organisiert. Ausgegend von der Stelle für die Koordination von Asylfragen im Sozialdezernat wurde seit 2016 der Servicebereich Bildung und Integration aufgebaut. In enger Abstimmung mit Akteuren in den Einwanderungsquartieren wurde die aus Landesmitteln finanzierte Migrationssozialarbeit neu interpretiert und entsprechend den Bedarfen vor Ort als offenes Angebot für alle eingewanderten Gruppen, auch für anerkannte Geflüchtete und Eingewanderte, konzipiert (siehe Interview mit Dr. Stefanie Kaygusuz-Schurmann). Nach erfolgreicher Verhandlung mit der Landesregierung über das neue Konzept für die Migrationssozialarbeit, wurde es zu einer wichtigen Grundlage der städtischen Integrationsarbeit und zur Blaupause im Land Brandenburg. Über die Einwerbung weiterer Fördermittel, u. a. für zahlreiche Bildungsprojekte, konnten zusätzliche, wenn auch nur temporäre Personalstellen im Servicebereich eingerichtet werden. "Wir sind jetzt 16 Personen. [...] Aber es sind eben alles Fördermittel. 2022 laufen die letzten aus. [...] wir haben jetzt einen großen BAMF-Antrag gestellt [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge], wir haben nochmal einen AMIF-Antrag gestellt [Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der Europäischen Union]. Wir sind sozusagen so ein Räderwerk, das permanent guckt, wie kriegen wir wieder neue Gelder ran, auch für neue Bedarfe.", (Leiterin Servicebereich Bildung und Integration). Die Leitung der mit Fördermitteln



eingeworbenen Projekte ist interkulturell besetzt, hier sind viele zuvor ehrenamtlich aktive Eingewanderte tätig, die ihr eigenes Migrationswissen mitbringen. Wie auch in Schwerin, entwickelte sich die Neustrukturierung in Cottbus sukzessive aus der Arbeitspraxis heraus. Inzwischen ist der Servicebereich Bildung und Integration in das Büro des Oberbürgermeisters eingegliedert und als Fachbereich eingestuft worden, wodurch er den übrigen Fachbereichen in der Verwaltung gleichgestellt wurde. Diese Entwicklung bringt eine spezifische Aufteilung der Integrationsaufgaben zwischen der Integrationsbeauftragten und dem Fachbereich mit sich. Während die Integrationsbeauftragte als Schnittstelle innerhalb der Verwaltung fungiert und u. a. die Demokratieförderung und Öffentlichkeitsarbeit koordiniert, bearbeitet der Fachbereich alle Fragen rund um die alltägliche Versorgung und Integration Eingewanderter.

Die drei vorgestellten Steuerungsmodelle – das Dienstleistungszentrum in Halle, der Fachbereich in Cottbus und der Fachdienst in Schwerin gehen auf die in den Jahren 2014/2015 notwendig gewordene Reorganisation kommunaler Integrationspolitik zurück. Die unterschiedliche Form der neuen bzw. angepassten Strukturen hat sich in den Verwaltungen situativ herausgebildet, in Abhängigkeit vom jeweiligen Engagement der Mitarbeitenden und von weichenstellenden Entscheidungen an der Stadtspitze. Eine weitere Herausforderung war die stabile Verankerung der Integrationsarbeit in der Verwaltung, um sie finanziell sowie aufgabenspezifisch weiterentwickeln zu können. In Halle ist die neue Struktur vor allem eine Schnittstelle zwischen den verschiedenen Verwaltungsbereichen, sozialen Trägern und Migrant\*innen – dabei spielt die Sichtbarkeit und Symbolik des Dienstleistungszentrums eine wesentliche Rolle. In Schwerin wird Integrationsarbeit sehr stark als soziale Arbeit interpretiert und ist als Querschnittsaufgabe im Sozialdezernat verankert. Symbolisch bedeutet das eine geringere Sichtbarkeit, politisch bietet diese Lösung allerdings auch eine geringe Angriffsfläche. In Cottbus ist die Integrationsarbeit ebenfalls zu einem großen Teil sozialarbeiterisch konnotiert, wird dabei aber als Prozess der gesellschaftlichen Öffnung interpretiert, der Beratungsinfrastrukturen und Verwaltung ebenso betrifft, wie die Veränderung von Konzepten und den Wandel der Stadtgesellschaft.

Die in der Situation 2014/15 entstandenen verschiedenen Organisationsformen der kommunalen Integrationsarbeit zeigen, dass es kaum möglich ist, erfolgreiche Modelle einfach auf andere Kommunen zu übertragen. Jede Kommune muss sich vielmehr bei der Organisation ihrer Integrationsarbeit mit ihren lokal spezifischen Voraussetzungen beschäftigen, herausfinden welche Förderprogramme sie umsetzen kann, wie die lokalpolitische Gemengelage ist, wie verwaltungsinterne Kooperationen unterstützt und welche Synergien hergestellt werden können. Welche Herausforderungen für Kooperationen innerhalb der Verwaltung bestehen, wird im Folgenden am Beispiel der Bereich Integration und Stadtplanung dargestellt.



#### Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Integration & Stadtplanung

Wie in anderen Städten auch, konzentriert sich die Zuwanderung in Halle, Cottbus und Schwerin mehrheitlich in bestimmten Quartieren - hier sind es vor allem die Großwohnsiedlungen. Das hat zur Folge, dass sowohl die Quartiere als auch die Städte in besonderer Weise gefordert sind – die Quartiere damit, die neuen Bewohner\*innen aufzunehmen und die Kommunen damit, die entsprechenden Infrastrukturen der Unterstützung und Versorgung bereitzustellen. Das setzt die Zusammenarbeit verschiedener Ressorts der Stadtverwaltung voraus, unter anderem der Bereiche Integration und Stadtplanung. Dabei können verschiedene Faktoren, die mit den unterschiedlichen Rationalitäten in den Bereichen zu tun haben, schnell zu einer Herausforderung werden<sup>4</sup>:

- Die Arbeitsweise in den Bereichen Integration und Stadtplanung ist von unterschiedlichen Planungshorizonten geprägt. Die Zeithorizonte in der Planung liegen im langfristigen Bereich, was mit der Dauer von Planungsprozessen, mit den hohen Projektkosten und der materiellen Beständigkeit des Geplanten zu tun hat. Unter diesen Umständen kann Stadtplanung nur bedingt auf kurzfristige Entwicklungen reagieren, auch wenn vielerorts mittlerweile zwischen einem Planungsrahmen mit übergeordneten Zielen und dem projektbezogenen, ergebnisoffeneren Prozess mit flexiblen Umsetzungsmöglichkeiten unterschieden wird<sup>5</sup>. Im Vergleich dazu steht die Integrationsarbeit oft vor der Herausforderung, innerhalb kurzer Zeiträume sehr kontextspezifisch agieren zu müssen, wie auch die Einwanderungsgeschehen 2014/15 und 2022 zeigten. Kommunale Integrationsarbeit wird erst seit den 2000er Jahren als dauerhafter Prozess verstanden, was zunehmend mit langfristig angelegten Zielsetzungen und Projekten einhergeht. Eine umfassendere finanzielle Unterstützung der Kommunen erfolgt erst seit 2016 im Rahmen der auf jeweils zwei Jahre befristeten Bund-Länder-Vereinbarungen. Die kommunale Integrationspolitik kennzeichneten somit bislang zahlreiche verschiedene und teilweise auch kurzfristig gedachte migrations- bzw. integrationspolitische Regelungen. Die Entwicklung langfristiger Ziele und Handlungsansätze und ihre reguläre Verankerung in der Kommunalpolitik gestaltet sich jedoch nach wie vor schwierig<sup>6</sup>.
- Zwischen Stadtplanung und Integration unterscheidet sich auch der Blick auf die Einwanderungsquartiere maßgeblich. Die Stadtplanung legt einen Fokus auf Räume und bauliche Infrastrukturen. Für sie stehen Projekte und Maßnahmen in den oft peripheren und ärmeren Einwanderungsquartieren in Konkurrenz zu solchen in innerstädtischen Gebieten. Insbesondere in finanzschwächeren und verschuldeten Kommunen geht diese Situation noch stärker zu Lasten der hier dringend benötigten sozialen Infrastrukturen, Schulen, Quartierszentren und Freiräume, die oft nur mit Hilfe spezifischer Städtebauförderungsprogramme saniert oder neu aufgebaut werden.
- 4 Jessop, B. (2000): The Dynamics of Partnership and Governance Failure. In: Stoker, G. (Hrsg.): The New Politics of Local Governance in Britain. Basingstoke: S. 11–32.
- 5 Berding, U. (2008): Migration und Stadtentwicklungspolitik. Eine Untersuchung am Beispiel ausgewählter Stadtentwicklungskonzepte. Saarbrücken.
- 6 Bommes, M. (2018): Die Rolle der Kommunen in der bundesdeutschen Migrations- und Integrationspolitik". In: Gesemann, F. und Roland R., (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: S. 99–123.



Die Integrationspolitik wiederum fokussiert mit den Neueingewanderten in erster Linie auf spezifische Bevölkerungsgruppen, egal wo sie in der Stadt leben. Mit Mitteln des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, den Integrationspauschalen und weiteren, meist zeitlich begrenzten Förderprogrammen werden die Integrations- und Sprachkurse sowie verschiedene Beratungs-, Unterstützungs- und Vermittlungsangebote entwickelt. Diese sind in erster Linie zielgruppenspezifisch ausgerichtet und nicht auf bestimmte Quartiere fokussiert. Zum Teil kommt es aber auch in der Integrationsarbeit zu einer Überlagerung der räumlichen und der zielgruppenspezifischen Perspektive, wenn sich die Einwanderung auf bestimmte Quartiere konzentriert. Die Gründe dafür sind vielfältig, teilweise sind kommunalpolitische Strategien der Wohnraumversorgung Zugewanderter ursächlich, die auch darauf abzielen, Ressourcen und Unterstützungsangebote gezielt räumlich zu konzentrieren (siehe Wohnungsmarkt). Die Idee des Ankunftsquartiers<sup>7</sup> hat in den Kommunen damit durchaus einen gewissen Leitbildcharakter, wenn auch die Verwendung des Begriffs oft sehr kontrovers diskutiert wird.

- Im Unterschied zur Stadtplanung kann die kommunale Integrationsarbeit, wenn nicht direkt, dann zumindest mittels ihrer Netzwerke und Kontakte zu sozialen Trägern sowie Initiativen von und für Migrant\*innen, auf ein ausdifferenziertes, zielgruppenspezifisches Wissen in ihrer Arbeit zurückgreifen. Im Gegensatz dazu fehlt es in der Stadtplanung an einer kontinuierlichen Möglichkeit, sich mit Wissen über Migration und mit migrantischen Wissensbeständen über Städte auseinanderzusetzen, auch weil Migrant\*innen in stadtplanerischen Beteiligungsprozessen aus verschiedenen Gründen schwerer zu erreichen sind.
- Diese unterschiedlichen Arbeitsprämissen führen auch zu einem unterschiedlichen Verständnis von Migrations- und Integrationsprozessen. Für die Stadtplanung ist die Frage nach dem längerfristigen Bedarf, z. B. bei der Einrichtung von Kindertages- und Schulplätzen, und somit auch nach dem Verbleib der Eingewanderten im Quartier von starker Relevanz für entsprechende Entscheidungen. Die Materialität der Infrastrukturen sowie der damit verbundene Kosten- und Planungsaufwand kollidiert hier mit der ungewissen Zukunftsperspektive vieler Eingewanderter und der für sie notwendigen Flexibilität, da sie erst mit zunehmender Orientierung und Etablierung ihren Platz in der Gesellschaft und letztlich auch den passenden Wohnraum am gewünschten Ort finden können<sup>8</sup>.
- Im Unterschied dazu haben viele Integrationsangebote mittlerweile zum Ziel, Eingewanderten eine Orientierung innerhalb der Gesellschaft zu vermitteln, die sie befähigt ihr Leben nach Möglichkeit selbstständig einzurichten. Den wichtigsten Faktor mit Blick auf Bleibe- oder Umzugswünsche bilden in der Regel die limitierten Arbeitsmöglichkeiten vor Ort bzw. die Jobangebote andernorts.
- 7 Mit dem Begriff des Ankunftsquartiers (Saunders, D. (2011): Arrival City. München.) ist die Idee verbunden, die Potenziale diverser Quartiere für ihre Bewohner\*innen und für die Kommunen stärker in den Blick zu nehmen, indem hier gezielt Angebote und Infrastrukturen des Ankommens geschaffen werden.
- 8 Meeus, B.; Beeckmans, L.; van Heur, B.; Arnaut, K. (2020): Broadening the Urban Planning Repertoire with an 'Arrival Infrastructures' Perspective. Urban Planning 5(3): 11–22.



Insgesamt betrachtet, gestalten viele Verwaltungsressorts Ankunft und Teilhabemöglichkeiten für Eingewanderte. Um dabei zu guten Ergebnissen zu gelangen, braucht es auch eine gute Kooperation. Wichtig dafür sind ein regelmäßiger Austausch und ein Verständnis der unterschiedlichen Arbeitsweisen und Grundlagen, ebenso wie auch ein Verständnis der Spezifika von Migrationsprozessen. Dabei steht jeder Bereich vor eigenen Herausforderungen, muss Arbeitsweisen und Entscheidungsgrundlagen anpassen. Für die Stadtplanung liegen diese darin, einen stärkeren Fokus auf Übergangs- und Interimsoptionen zu legen, d. h. auch eine größere Flexibilität der Nutzungen einzuplanen (siehe Räume und Infrastrukturen). Für Integrationsdienste liegt die Herausforderung darin, sich noch stärker in den Verwaltungen zu vernetzen und die Belange der Migration zu mainstreamen, also sie in reguläre Prozesse einfließen zu lassen.

# Handlungsempfehlung für die Verbindung der Aufgabenfelder Integration und Stadtplanung

"Ein resilientes Zuwanderungsquartier zu schaffen, das eine Heimat für ein paar Jahre und einen guten Start ins neue Leben woanders bietet" Stadtplaner aus Halle.

#### Kooperation

- Aktiver Einbezug der Stadtplanung in Fragen der Integrationspolitik und -arbeit
- Einrichtung von Arbeitskreisen zum Themenfeld Stadtplanung in den lokalen Migrationsnetzwerken
- Gemeinsame Diskussionen von Stadtplanungs- und Integrationsdiensten über das (Einwanderungs-)Quartier als Bezugsraum

#### Verbesserung der Wissensgrundlagen über Migration/Integration

- Kontinuierlicher Einbezug von Migrant\*innen in die Stadtplanung, z. B. über die Schaffung von Konsultations-/ Praktikums-/ Volontariatsstellen für Migrant\*innen in der Stadtplanung
- Inklusion von Migrant\*innen in die Konzeption und Organisation von Beteiligungsverfahren
- Verständnis für die notwendige Flexibilität im Integrationsprozess entwickeln
- Verständnis für die transnationalen räumlichen Bezüge von Migrant\*innen schaffen

#### Ankommen gestalten

- Öffentliche Räume in Einwanderungsquartieren "transnationalisieren" (siehe Räume und Infrastrukturen), z. B. durch die Einrichtung von Erinnerungs- oder Identifikationsorten mit Bezug zum Migrationsprozess oder zu den zahlreichen Herkunftsstädten der Bewohner\*innen im Quartier.
- Räume für die gemeinschaftliche Gestaltung des Lebensumfelds öffnen
- Offene, multifunktionale und temporär nutzbare Architekturen fördern



#### Interviewpartnerin:

Dr. Stefanie Kaygusuz-Schurmann, Leiterin des Fachbereichs Bildung und Integration, Cottbus/ Chóśebuz

#### Interview mit Dr. Stefanie Kaygusuz-Schurmann

# Wie sind Sie in Ihre Position gekommen und wie hat sich Ihr Arbeitsbereich entwickelt?

Im Jahr 2016 war in Cottbus die Stelle als Koordinatorin für Asyl ausgeschrieben. Ich hatte schon vorher etliche Erfahrungen in der Sozialarbeit mit Geflüchteten gesammelt, sowohl im Hauptamt als auch im Ehrenamt. Meine Dissertation war ebenfalls im Themenfeld Migration und Migrationsregime verortet. Deswegen konnte ich, nachdem ich die Stelle im Juli 2016 angetreten hatte, auf diese Erfahrungen und Netzwerke aufbauen. Die Stelle der Koordinatorin Asyl war als Stabsstelle konzipiert. Aufgrund einer Gemengelage von neuen Gesetzen, wie die zwei Asylpakete mit dem Asylbeschleunigungsgesetz und der Einführung der Wohnsitzauflage, erlebte die Stadt Cottbus einen starken Zuzug von bereits bleibeberechtigten Geflüchteten, vorrangig aus den anderen Brandenburger Kommunen. Dieser Zuzug erzeugte einen Handlungsdruck und hat notwendige Prozesse unglaublich beschleunigt und die Grundlage für noch heute funktionierende Netzwerke und neue Strukturen geschaffen. Es gab die Möglichkeit, unterschiedliche Fördermittel zu beantragen. Bis zur Bewilligung verging zwar jeweils ein halbes bis dreiviertel Jahr, aber so ist der Bereich dann sukzessive gewachsen und wurde 2018 zunächst zum Servicebereich und 2020 zum Fachbereich Bildung und Integration umstrukturiert. Wir ergänzen und konkretisieren damit die Arbeit der Integrationsbeauftragten, wobei im Fachbereich der Fokus vor allem auf den neu Zugewanderten liegt. Wir haben gemeinsam ein dynamisches Integrationskonzept entwickelt, uns auf Leitziele u. a. in den Bereichen Bildung, Arbeit, Wohnen, Teilhabe verständigt. Wichtige Vorhaben sind zum Beispiel, dass ein Mehrsprachenkonzept entwickelt wird und dass mehr Menschen mit Migrationsbiographien in der Verwaltung beschäftigt werden. Im Fachbereich Bildung und Integration wird darüber hinaus die Migrationssozialarbeit gesteuert. Die Grundlage dafür ist das 2017 beschlossene Umsetzungskonzept zur Migrationssozialarbeit.

#### Was ist Migrationssozialarbeit und was beinhaltet das Konzept?

Ein Konzept zur Migrationssozialarbeit wird im Land Brandenburg seit 2016 durch das Landesaufnahmegesetz gefordert. Es regelt die im Zusammenhang mit der Zuwanderung stehende Sozialarbeit, also die Flüchtlingsberatung und die Sozialarbeit in der vorläufigen Unterbringung bei Menschen im Asylverfahren. Bei der Erarbeitung des Konzeptes haben wir gemerkt, dass wir neben diesen beiden vom Land vorgegebenen Säulen noch eine dritte Säule brauchen: Migrationssozialarbeit im Quartier und in den Regeldiensten für Personen, deren Asylverfahren (durch Anerkennung) abgeschlossen ist. Die klassische Migrationssozialarbeit wird nur für diejenigen Personen finanziert, die sich noch im Asylverfahren befinden oder deren Antrag abgelehnt wurde. Für alle anderen gab es bis dahin praktisch keine Angebote mehr. Wir haben das beim Land so lange eingefordert, bis diese dritte Säule für ganz Brandenburg eingeführt wurde.

Die Migrationssozialarbeit vor Ort in den Quartieren und in den Regeldiensten, also bei Ämtern, Beratungs- und Bildungsangeboten, ist darauf

ausgerichtet, den spezifischen Bedarfen der neu Zugewanderten gerecht zu werden, um die Integration langfristig besser zu ermöglichen. Diese Bedarfe ergeben sich zum Beispiel aus Sprachbarrieren, durch kulturelle Besonderheiten, aber auch durch Traumatisierungen und andere gesundheitliche Einschränkungen. Die Herausforderungen des Ankommens, die Fragen und Handlungsbedarfe enden nicht, wenn Personen als Geflüchtete anerkannt werden. Migrationssozialarbeit muss deswegen weiter angeboten und als Querschnittsaufgabe gedacht und umgesetzt werden. Dies erfordert Weiterbildungen und die interkulturelle Öffnung der öffentlichen und freien Träger sowie die Erweiterung der Ausbildungscurricula von Erzieher\*innen und Sozialarbeiter\*innen um diesen Aspekt.

#### Wie wird das Konzept zur Migrationssozialarbeit in Cottbus umgesetzt?

Als wir im August 2016 gemerkt haben, dass der Zuzug plötzlich stark zunahm, war klar, dass wir schnell aktiv werden müssen. Die Menschen, die damals nach Cottbus kamen, hatten zum größten Teil schon eine Anerkennung als Geflüchtete. Sie waren also nicht mehr die klassische Zielgruppe der ersten beiden Säulen in der Migrationssozialarbeit, die in den Unterkünften betreut und beraten wurde, sondern sie mussten sich mehr oder weniger ohne Unterstützung im regulären Wohnungsmarkt, im Arbeitsmarkt und den sozialen Sicherungssystemen sowie in Schulen und Kindertagesstätten zurechtfinden. Die meisten dieser Personen hatten das Anerkennungsverfahren recht schnell durchlaufen, sie hatten daher weder relevante Sprachkenntnisse noch das notwendige Wissen über Strukturen und Institutionen erwerben können. Hier mussten wir also handeln, damit die Menschen gut ankommen und die Bildungseinrichtungen und Beratungsstrukturen nicht überfordert werden. Wir haben uns dann auf die dritte Säule der Migrationssozialarbeit fokussiert und Stadtteilkonferenzen organisiert. Teilgenommen haben Stadtteilmanager\*innen und Akteur\*innen aus Arbeitskreisen, von sozialen Trägern und Beratungsstrukturen. Diese Stadtteilkonferenzen dienten sowohl der Information über die Situation als auch der Vernetzung und Bedarfserfassung. Es ist zwar immer noch an der einen oder anderen Stelle etwas holprig, aber jeder weiß, wer was macht und an wen man welche Sachen abgeben kann. Das funktioniert trägerübergreifend und ohne Konkurrenz, was wirklich schön ist. Wichtig ist auch, dass wir mit den Migrant\*innenselbstorganisationen in engem Austausch stehen, zum Beispiel mit dem Geflüchtetennetzwerk. Wir werden dadurch von allen als koordinierende Stelle anerkannt und können bei Bedarfen und auch in herausfordernden Situationen vermitteln. Darüber hinaus werden wir auch stärker in der Stadtverwaltung und Politik wahrgenommen und in Prozesse eingebunden.

Es ist also ein relevanter Teil Ihrer Stelle, zwischen den Akteur\*innen und Trägern die Koordinierungsarbeit zu leisten. Gleichzeitig kümmern Sie sich darum, Ressourcen und Mittel für die Migrationssozialarbeit zu organisieren. Wie gelingt Ihnen das?

Eine Grundlage ist die Bedarfsanalyse, die wir für das Konzept zur Migrationssozialarbeit erstellt haben. Sie dient dazu, aufzuzeigen, wo Gelder und Personal gebraucht werden. Auf dieser Basis schauen wir, wo wir die Mittel herbekommen können. Es erfordert oftmals einiges an Kreativität – und manchmal braucht es zynischerweise offenbar auch dramatische Anlässe: Es gab in Cottbus/Chóśebuz 2018 zwei Messerstechereien. Diese Vorfälle waren Anlass für das Land Brandenburg, der Stadt endlich die geforderte Hilfe zukommen zu lassen. Das hatte zur Folge, dass sowohl die Staatssekretärin des Sozialministeriums hier war, als auch alle Landtagsabgeordneten aus der Region und das Thema Integration durch ein vom Sozialministerium initiiertes Fachgespräch im Land eine große Aufmerksamkeit erfuhr. Und dadurch konnten wir viele Forderungen, die wir in der Migrationssozialarbeit hatten, umsetzen.

Eine Besonderheit bei uns ist, dass wir sehr viele Programme, Töpfe und Fördermöglichkeiten zusammengeführt haben. Dazu gehören das für alle Kommunen bereitgestellte Regionalbudget, sowie etliche Programme in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarktintegration, Jugendförderung, Vielfalt. Das sind Programme, die allen Kommunen offenstehen, aber auf die sich nicht alle bewerben. Wir nutzen zusätzlich auch Forschungsprojekte, wie das StadtumMig-Projekt. Und wir haben das Integrationsbudget, wodurch einige Projekte finanziert werden. Bei uns wurden all diese Programme und Mittel in einem Bereich zusammengeführt, wodurch wir effizient agieren und Parallelstrukturen vermeiden konnten.

#### Wie ist Ihre bisherige Bilanz zur Migrationssozialarbeit in Cottbus?

Es gibt viele Herausforderungen und braucht einen langen Atem. Aber wir haben auch einige Erfolge. Im Bereich der Arbeitsmarktintegration steht Cottbus vor der Herausforderung, dass die Stadt nicht so viele Arbeitsstellen im Helfer\*innenbereich und im geringqualifizierten Servicebereich bieten kann. Auch die Ansprache und das Aufschließen von regionalen Arbeitgeber\*innen erfordert Zeit und Geduld. Also man muss tatsächlich sehr viel mehr investieren, um eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration zu erreichen. Und wir hatten in den Jahren 2018 und 2019 über 700 Personen, die in den Arbeitsmarkt integriert wurden. Dazu zählen auch prekär Beschäftigte. Da müssen wir genau hinschauen, wie sich das entwickelt. Aber sehr viele Personen arbeiten im pädagogischen Kontext und bei sozialen Trägern. Das dient der Arbeitsmarktintegration und schafft gleichzeitig passgenaue Angebote. Viele Geflüchtete haben sich für eine Ausbildung in der Pflege entschieden. Eine große Herausforderung ist, sie nach der Ausbildung zum Bleiben zu bewegen. Wenn wir es nicht schaffen, diesen Menschen zu zeigen, dass Cottbus eine schöne und liebenswerte Stadt ist und dass sie hier willkommen sind, dann wandern sie irgendwann ab. Deswegen ist der Umgang mit Rechtspopulismus und Rassismus auch eine dauerhafte Herausforderung. Und es gibt auch darüber hinaus noch viel zu tun. Ein Thema, was mir sehr am Herzen liegt, ist der funktionale Analphabetismus. Auch der Nachteilsausgleich und der Übergang von Schule in den Beruf sind weiterhin wichtige Themen. Und es gibt sehr viel Engagement im Ehrenamt – da wird schon jetzt viel Verantwortung übernommen und ich würde auf dieser Basis gern auch den Weg in Richtung politischer Verantwortungsübernahme gestalten.

# Zeitliche Entwicklung der kommunalen Integrationsarbeit in Schwerin

	2003: Erste Integrationsbeauftragte
0	2007: Beauftragung der Universität Rostock zur Erstellung des Berichts: "Integration zum Thema machen! Problemanalysen und Handlungsempfehlungen für die Stadt Schwerin"
•	2009: neuer Integrationsbeauftragter, partizipative Ausarbeitung des Integrationskonzepts
	2011: Integrationskonzept
•	2015: Ankunft syrischer Bürgerkriegsgeflüchteter
	,AG Geflüchtete in der Verwaltung'
	2016: Neuwahlen OB, neuer Sozialdezernent
	2017: Integrationskonzept (Basis-Konzept, Schwerpunkt: aktuelle Herausforderungen)
	Integration wird zur Querschnittsaufgabe im Sozialdezernat
	Eingliederung der Integrationsbeauftragten in das Sozialdezernat
	2019: Neue Integrationsbeauftragte
Č	2022: Integrationskonzept (partizipative Fortschreibung und Qualifizierung des Basiskonzepts)

#### Projektbeschreibung der POST 63 und Interview mit einem Vertreter des Vereins KOMBINAT63 e. V.

Der Verein organisiert Formate der Kunst und Soziokultur im Quartier, um Spielräume für Beteiligung zu ermöglichen und Gemeinschaft zu stiften.

# **Autor:** Hiram Fernandes

#### Dranbleiben - POST63

Mit dem Projekt POST63 findet eine Weiterentwicklung der Großwohnsiedlung durch einen künstlerischen Perspektivenwechsel statt. Das Projekt birgt viel kreatives Potenzial, zeigt aber auch, das Aktive einen langen Atem brauchen.

Wer Neu Zippendorf und Mueßer Holz verändern will, um mit Kultur und Teilhabe das Zugehörigkeitsgefühl und die soziale Gemeinschaft in den Stadtteilen zu stärken, muss damit beginnen, die Stadtteile mit einem anderen Blick zu sehen und aus neuer Perspektive zu zeigen.

Die Aktiven des Vereins KOMBINAT63 e. V. ermöglichen einen solchen Blickwechsel durch Kunst. Der Verein wurde offiziell 2021 gegründet, als informelle Vereinigung von Künstler\*innen, Straßensozialarbeiter\*innen und Engagierten gab es ihn aber bereits seit Frühjahr 2019. Damals hat sich die Gruppe in Form der AG "Kultureller Stadtumbau" zusammengetan. Ziel der AG war es, eine integrierte und vielfältige Stadtteilentwicklung mitzugestalten. Kultur und Beteiligung sollten dabei im Vordergrund stehen.

Im Laufe der Zeit haben sich die Aktivitäten der AG immer stärker auf die Belebung des Berliner Platzes, eines zentralen Ortes in Neu Zippendorf, ausgerichtet. Zentrales Vorhaben ist der Aufbau eines soziokulturellen Zentrums im ehemaligen Postgebäude, einem der letzten öffentlichen Gebäude am Berliner Platz. Unter dem Namen "POST63" soll das Zentrum offen für alle Bewohner\*innen und Besucher\*innen des Quartiers und der Stadt sein, unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft oder Einkommen. Ziel dieses Modellprojekts ist es, mit Kultur-, Bildungs- und Teilhabeangeboten ein Forum für die nachhaltige Entwicklung der Stadtteile zu schaffen und den sozialen Zusammenhalt innerhalb des Quartiers und der Gesamtstadt zu fördern. Dafür will der Verein KOMBINAT63 e. V. das Postgebäude in Kooperation mit dem Mecklenburgischen Staatstheater nutzen und bespielen.

#### Unter anderem sind folgende Aktivitäten geplant:

- eine regelmäßig geöffnete Kantine mit einfachen Essens-Angeboten, die als erste Anlaufstelle, als Begegnungsort und Informationsbörse für Interessierte und Engagierte sowie für kleinere öffentliche, teils musikalische und szenische Veranstaltungen dient; sie soll barrierefrei und zugänglich sein
- halböffentliche Workshops für künstlerische, sportliche oder soziale Gruppenprozesse, wie beispielweise Formate der Theaterpädagogik. Betreut und angeleitet werden diese Workshops durch Expert\*innen
- dezentrale Formate im Hof, rund um das Gebäude, im Quartier oder in anderen Stadtteilen. POST63 soll in die Umgebung ausstrahlen und von dort Impulse empfangen. Dafür ist eine Vielfalt von Formaten und Kooperations-

möglichkeiten angedacht, so kann z. B. die Laderampe im ummauerten Hof in der wärmeren Jahreszeit für kleinere Open-Air-Konzerte oder Freiluftaufführungen genutzt werden; der Vorplatz seinerseits lädt zur Belebung ein und ist ein idealer Ort für die Ansprache von Passant\*innen am Schnittpunkt zwischen Straßenbahnhaltestelle und Wohngebiet sowie zwischen Strand und Freizeitpark

Für die Übergabe des Gebäudes befindet sich der Verein bereits seit 2020 in Verhandlungen mit der Eigentümerin, der Landeshauptstadt Schwerin. Nach mehreren Interessensbekundungen, Nutzungskonzepten und Absichtserklärungen zeigte sich jedoch, dass der Prozess komplizierter und langwieriger werden würde als man zuerst gedacht hatte. Vor allem bürokratische und finanzielle Hürden sowie die Zwischennutzung für andere Bedarfe – wie zum Beispiel für ein Corona-Testzentrum, eine Schulwerkstatt, einen Jugendtreff, eine Kleider- und Möbelbörse für Geflüchtete aus der Ukraine - bremsen die Verwirklichung dieses Vorhabens beträchtlich, obwohl KOMBINAT63 e. V. mehrfach Kooperationswillen mit den interessierten Träger\*innen signalisiert hat. Deshalb ist der Prozess für die Engagierten zum Teil sehr herausfordernd und ermüdend. Nichtsdestotrotz bleibt KOMBINAT63 e. V. dran und entwickelt parallel zu den Verhandlungen für das soziokulturelle Zentrum POST63 auch andere Formate und Aktivitäten, um mit Kunst, Kultur und Partizipation die Entwicklung des Quartiers zu gestalten.

Mit dem Ausbau der POST63 auf dem Berliner Platz als soziokulturelles Zentrum für ganz vielfältige Nutzungen habt Ihr Euch ein ambitioniertes Ziel gesetzt. Warum ist es Eurer Meinung nach bisher noch nicht gelungen, dieses Ziel wie geplant umzusetzen?

Da greifen mehrere Faktoren ineinander:

- Es gab und gibt zu viele konkurrierende Interessen an der gut gelegenen und vielseitig nutzbaren städtischen Immobilie, zum Teil von Träger\*innen wie dem Internationalen Bund (Schulwerkstatt), AWO – Soziale Dienste gGmbH Westmecklenburg (Jugendtreffpunkt ,Déja vu'), HELIOS Kliniken (Testzentrum) und dem Kinderschutzbund Kreisverband Schwerin e. V. (Begegnungsort, Kleider- & Möbelbörse), denen sich die Stadtverwaltung entweder grundsätzlich oder krisenbedingt stärker verpflichtet fühlt als einem langfristigen, freiwilligen, soziokulturellen Angebot.
- Konsolidierungsbedingt steht die Stadt unter dem Druck der Kommunalaufsicht der Landesregierung, die erworbene Immobilie möglichst bald und möglichst gewinnbringend zu verwerten, weshalb eine dauerhafte Nutzung ohne greifbare, positive Haushaltseffekte für die Stadtverwaltung weniger attraktiv erscheint.
- In Stadtverwaltung und Stadtvertretung ist die Wertschätzung für die Potenziale, die die Partner\*innen im KOMBINAT63 e. V. und ihr Nutzungskonzept POST63 für die Aufwertung des Quartiers

#### Interviewpartner:

Marc Steinbach, Vertreter des KOMBINAT63 e. V.

Wir wollten wissen, warum dranbleiben so wichtig für die Stadtteilarbeit Ehrenamtlicher ist und wie das gelingt.

- und die Integration seiner Bevölkerung bieten, noch nicht genug ausgeprägt. Daher bleiben das Engagement und die Kommunikation zwischen den befassten Dezernaten (Bauen/Stadtentwicklung, Soziales/Kultur) mit dem KOMBINAT63 e. V. unzureichend.
- Die ehrenamtlichen Aktivist\*innen des Trägervereins KOMBI-NAT63 e. V. können neben ihren Hauptämtern in Kultur und Sozialem nicht genügend Energie aufbringen, um in den hauptamtlichen Strukturen der Stadtverwaltung das Nötige zu bewegen oder um Fördermittel für den Betrieb des Zentrums einzuwerben.

Was fehlt noch, damit das Projekt verwirklicht werden kann? Welche Unterstützung würdet Ihr Euch von der Stadt und von anderen Akteuren noch wünschen?

Um weiter zu kommen, wäre ein verbindliches Bekenntnis der Stadt zu dem Nutzungskonzept für die POST63 sowie ein ergebnisorientierter Runder Tisch mit sämtlichen Beteiligten notwendig.

Wenn Ihr auf Eure eigene Arbeit als AG / Verein blickt: was hättet Ihr anders machen können? Was würdet Ihr anderen Initiativen raten?

- Die AG Kultureller Stadtumbau als Vorläufer-Initiative zum KOM-BINAT63 e. V. hätte das Gebäude besetzen sollen, als es noch leer stand und umgehend mit einem improvisierten Programm beginnen müssen, um Stadt und Land zu einem ergebnisorientierten Dialog zu motivieren.
- KOMBINAT63 e. V. hätte frühzeitig ein Manifest und/oder Nutzungskonzept publizieren müssen.
- KOMBINAT63 e. V. hätte parallel zum Dialog mit der Stadtverwaltung auch mit Stadtvertretung und Ortsbeirat ins Gespräch kommen müssen.
- Ob das in dieser Gruppe und unter den Bedingungen der Pandemie möglich gewesen wäre, sei allerdings dahingestellt.

Wie lange lohnt es sich, dranzubleiben? Oder anders formuliert: merkt man den Moment, in dem man die Strategie und die Ziele lieber ändern sollte?

Das Engagement belohnt sich selbst, so lange die Identifikation mit der Gruppe gegeben ist, solange der Prozess Freude macht und solange es eine Perspektive gibt. Wenn diese Dimensionen schwinden, ist es Zeit für einen Strategiewechsel. Bei uns markierten Vereinsgründung, Portfolio-Prozess, Vorstandsneuaufstellung, Veranstaltungs-Fokus solche Kursänderungen.

#### Angesichts aller Hindernisse und Schwierigkeiten und der daraus zum Teil resultierenden Ermüdung und Entmutigung: Was motiviert Euch, weiter an dem Projekt dranzubleiben?

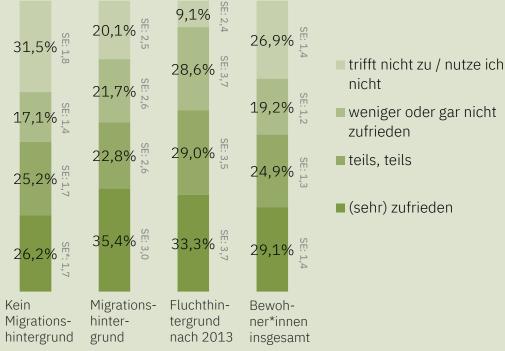
Die Freundschaften in der Gruppe, die Freude am Gestalten und das Ziel, das Herz des Plattenbaugebiets auf dem Berliner Platz dauerhaft zum Schlagen zu bringen – das motiviert mich und, wie ich glaube, auch die übrigen Aktiven im KOMBINAT63. Auch die Aussicht, einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der tiefsten sozialen Spaltung in Deutschland zu leisten, ist ein starker Motor. Weil es uns eben nicht genügt, zuzusehen, wie die Segregation durch eine Diversifizierung von Wohnformen statistisch verschleiert wird. Stattdessen wollen wir beweisen, dass Kultur und Beteiligung Quartier und Bevölkerung nicht nur besser durchmischen können, sondern auch aufwerten ohne zu verdrängen.

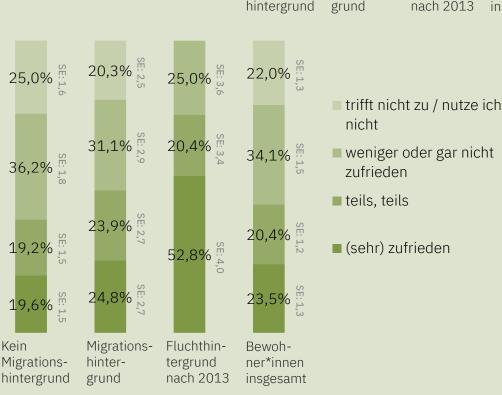


# Zuwanderung als kommunales Handlungsfeld

Mueßer Holz / Neu Zippendorf in Schwerin

Wie zufrieden sind Sie mit den sozialen Einrichtungen und Beratungsangeboten in Ihrem Stadtviertel (z. B. Miet- und Sozialberatung)?



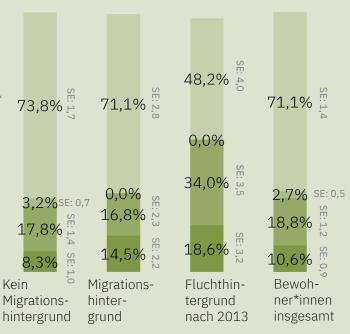


Und wie zufrieden sind Sie mit der Erreichbarkeit von Ämtern (z.B. Jobcenter, Einwohnermeldeamt, Ausländerbehörde)?

\* Bzgl. Standard Error (S.E., dt.: Standardfehler) siehe S. 34.

Bei den Auswertungen der Umfrage unterscheiden wir drei Gruppen. Siehe dazu S. 34.

Wo nutzen Sie Vereine oder Vereinsangebote (z.B. Kulturverein, freiwillige Feuerwehr, Chor o. a.)?



■ trifft nicht zu/nutze ich nicht

■ außerhalb Schwerins

■ andere Stadtviertel

■ in diesem Stadtviertel

Daten: Bewohner\*innenumfrage Mueßer Holz / Neu Zippendorf in Schwerin, Datenaufbereitung: BIM

### Mehrsprachigkeit

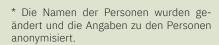
Autor\*innen: Leoni Keskinkılıç & Voijn Šerbedžija

Mehrsprachige Unterstützungsangebote spielen eine wichtige Rolle im Alltag von Geflüchteten. In Cottbus-Sandow wird zum Beispiel eine lokale Beratungsstelle mehrmals genannt, in der ein arabischsprachiger Mitarbeiter tätig ist. Dort wurde etwa dem jungen Erwachsenen Muhammet El-Fardu\* "viel dabei geholfen, den Lebenslauf zu machen, sich zu bewerben bei unterschiedlichen Unternehmen". Bei seiner aktuellen Anstellung bemüht er sich, seine Deutschkenntnisse weiter zu verbessern, um seinem Ziel, eine Ausbildung zu absolvieren, näherzukommen. Das teils mehrsprachige Personal in der lokalen Beratungsstelle empfindet er als große Hilfe auf diesem Weg.

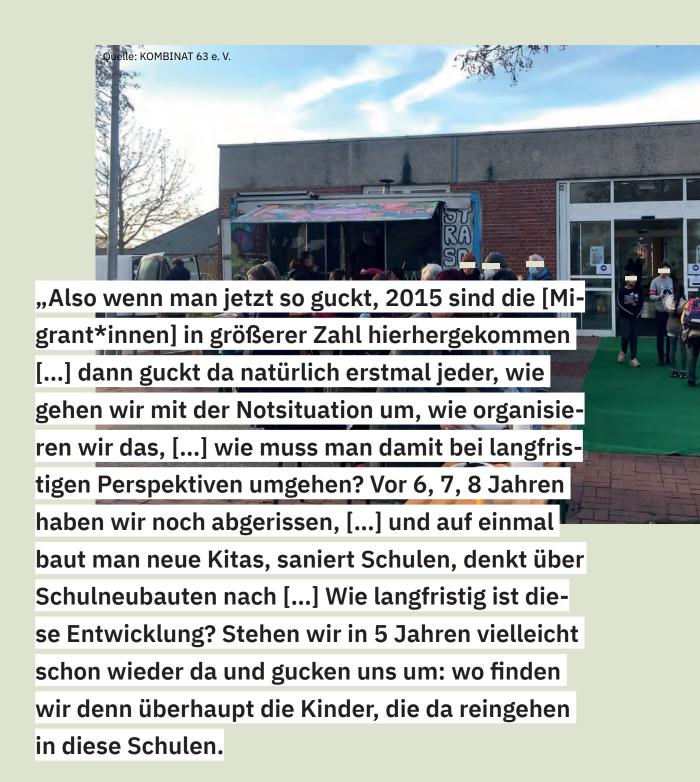
In Beratungsstellen finden Geflüchtete aber nicht nur Unterstützung, sondern einige engagieren sich dort gleichzeitig auch und bieten zum Beispiel Projekte und Begegnungsformate für Arabisch-sprechende Familien an. So etwa Habiba Salman\*, die sich neben Übersetzungsarbeiten insbesondere bei Bildungsfragen eh-

renamtlich engagiert: "wir bieten Nachhilfe für Kinder an und einen Leseclub für Kinder". Sie wünscht sich mehr Sprachunterricht für die Kinder geflüchteter Familien, der auch Arabisch einschließt, "damit die Kinder das nicht vergessen".





"Ich rede nicht gern über Schwerpunkte, [...] wir brauchen dort Bildungseinrichtungen, wo die Sprache erlernt werden muss. Das heißt, wenn wir [...] hier einen hohen Migrations- oder Ausländeranteil haben, dann brauchen wir hier mehr Bildungsträger, die sich dort ansiedeln, damit dort auch gelernt werden kann, damit die Wege nicht so weit werden. Das heißt, wir haben hier mehr Anbieter als in anderen Stadtgebieten. Wir haben [...] aufgrund des Aufkommens mehr Beratungsstellen als in einem anderen Quartier oder im Stadtzentrum und so wird das unsererseits dann auch gesteuert." Integrationsbeauftragte **Quelle: Interview IRS** Quelle: K. Friedrich, IÖR-Media



## Mitarbeiter Stadtplanungsamt

**Quelle: Interview IRS** 

# **AUSBLICK**

In den vorangegangenen Kapiteln wurden wesentliche Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen dargestellt und diskutiert, die sich aus dem Wandel der ostdeutschen Großwohnsiedlungen von Stadtumbauschwerpunkten zu Einwanderungsquartieren ergeben. Dabei zeigen sich neue Perspektiven und Zusammenhänge zwischen den Themenfeldern auf: Die Rahmenbedingungen auf dem Wohnungsmarkt hängen eng mit den Lebensbedingungen in den Quartieren zusammen. Die (Frei-)Räume sowie die baulichen und sozialen Infrastrukturen weisen je nach Lage, Gestaltung und konkretem Angebot eine unterschiedliche Nutzbarkeit für verschiedene Personengruppen sowie spezifische Ein- und Ausgrenzungsmechanismen auf. Die nachbarschaftliche Nähe, aber auch Konflikte und Rassismus in den Quartieren beeinflussen das Sicherheitsgefühl und die Identifikation der Bewohner\*innen mit ihren Vierteln. Und die jeweiligen Steuerungsansätze für den Stadtumbau, die Integration und die soziale Einbindung wirken sich auf die Handlungsspielräume von Akteuren aus und führen zu spezifischen Weichenstellungen bei der Ressourcenverteilung und letztlich der sozialräumlichen Struktur.

Bei der Betrachtung aller Themen wird immer wieder deutlich, wie elementar das Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure ist. Vom Bund und den Ländern über die Kommunen und Wohnungsunternehmen bis hin zu sozialen Trägern, Migrant\*innenselbstorganisationen und den Bewohner\*innen hat jeder dieser Akteure Einfluss auf die Entwicklung der Großwohnsiedlungen zu Einwanderungsquartieren und gestaltet diese mit. Einige dieser unterschiedlichen Perspektiven bilden den Abschluss dieses Handbuches, indem sie die Vielfalt der Herausforderungen in den Einwanderungsquartieren exemplarisch verdeutlichen.

## RESSOURCENARMUT AUF UNTERSCHIED-LICHEN EBENEN

"Die Hauptherausforderung ist die Ressourcenarmut in den Großwohnsiedlungen. Erstens betrifft das die dort ansässige Bevölkerung. Da gibt es mittlerweile über Jahrzehnte einen Segregationsprozess in den Städten, der zu einer materiellen Ressourcenarmut und einer Armut an Bildungsressourcen sowie an Beteiligung und Engagement geführt hat. Zweitens gibt es eine Ressourcenarmut auf der kommunalen Ebene, sowohl beim Geld als auch beim Personal. Dort liegt die Hauptherausforderung und da muss auf allen Ebenen etwas passieren, sowohl in den Kommunen als auch in den Ländern und beim Bund. Die Ouartiere bekommen für die Leistung, die sie erbringen, nicht die adäquaten Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die Arbeit, die vor Ort bereits geleistet wird, ist in vielen Punkten schon hervorragend, aber die Ressourcen reichen einfach nicht für die Größe der Aufgaben und für die Größe der Ouartiere."

Mitarbeiter im Stadtplanungsamt

"Die Herausforderungen bei der verstärkten Einwanderung in die Großwohnsiedlungen liegen für uns als Verwaltung darin, dass wir nicht möchten, dass die Einwanderungsquartiere gleichzeitig sozial prekäre Armutsquartiere werden. Wir wollen im Gegenteil Potenziale dafür schaffen, weiterziehen zu können in andere Stadtteile. Eine gewisse Offenheit und Fluktuation gehört zu diesen Quartieren dazu und hilft dabei, dass keine Verstetigung einer sozial prekären Situation eintritt."

Integrationsbeauftragte

# EINWANDERUNGSQUARTIERE ALS DURCHGANGSQUARTIERE

"Eine Herausforderung ist die fehlende Infrastruktur in den Stadtteilen. Hier fehlen auch Sprachmittler, die die bestehenden Angebote wie Stadtteilprojekte, Initiativen, Institutionen bei den neu Eingewanderten bekannt machen und Vertrauen aufbauen. Dazu braucht es Personen als Brückenbauer."

Mitarbeiterin bei einem sozialen Träger

# ANKOMMEN<br/>IN DER STADT

"Als die Leute neu hergekommen sind, gab es viele Herausforderungen, zum Beispiel die Sprache. Sie kannten die Stadt nicht und wussten nicht, wohin sie sich wenden sollen, um z. B. für die Kinder einen Kitaplatz oder einen Schulplatz zu finden. Hier gibt es auch nicht so viele Arbeitsplätze und insbesondere für neu eingewanderte Menschen fehlen Jobs. Deswegen verlassen die Menschen die Stadt nach zwei, drei Jahren wieder. Und das ist sehr traurig, wenn man für drei Jahre kommt, die Stadt und die Menschen kennenlernt, und dann muss man wieder weg. Das ist wirklich eine Herausforderung"

Aktivistin in einer Migrant\*innenselbstorganisation

"Dadurch, dass viel Bewegung drin ist, muss man sehr flexibel auf Dinge reagieren und kann heute nicht voraussehen was in zehn Jahren passiert. Stadtplanung muss deswegen auch flexible Räume schaffen. Man muss vielleicht sogar auch architektonisch flexibler sein, indem man temporäre Bauten anbietet, die sich dann vielleicht wieder verändern und die Ouartiere mit ihnen."

Aktivistin in einem Verein

ANPASSUNG DER GROßWOHNSIEDLUNGEN AN SICH VERÄNDERNDE BEDINGUNGEN

#### SPANNUNGEN UND VORURTEILE ZWISCHEN EINGEWANDERTEN UND SCHON LÄNGER VOR ORT LEBENDEN BEWOHNER\*INNEN

2013 gab es hier nur vier Geflüchtete aus Syrien und jetzt sind es auf einmal 2.300. Und jetzt herrscht in den Gebieten, wo viele Geflüchtete wohnen, eine Spannung zwischen einheimischen und neuen Bürger\*innen, was das Zusammenleben erschwert. Da gibt es Situationen, wo die Bewohner\*innen nicht miteinander klarkommen und das ist eine große Herausforderung."

Aktivistin in einer Migrant\*innenselbstorganisation

"Es gibt viele Herausforderungen, unter anderem, wie wir Menschen miteinander ins Gespräch bringen und gesellschaftliche Vorurteile abbauen können. Es gibt nach wie vor viele Vorurteile und es ist unsere Aufgabe als Menschen, die in diesen Stadtteilen aktiv und unterwegs sind, daran zu arbeiten. Aber das ist ein langer Weg, das wird nicht von heute auf morgen passieren."

Aktivistin in einer Migrant\*innenselbstorganisation



